auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

21.3.1996

Nr. 368



Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Liebe LeserInnen ! Gleich auf der Seite gegenüber findet ihr den Aufruf zur Antira-Demo, Donnerstag 18 Uhr. Am besten ihr geht da jetzt gleich hin und lest später weiter. Weitere Papiere mobilisieren für die Demo gegen Sozialabbau, die BesetzerInnenwoche und Aktionen zum Papstbesuch in Berlin (was mit ein wenig phantasievollen Aktionen mal wieder Spaß machen könnte). So wichtig wir die Demo gegen Sozialabbau finden, so viele Fragen fallen uns dazu ein. Daß sich der Wi derstand gegen die gigantische Umverteilung von unten nach oben bzw. den sozialen Angriff relativ spät und vereinzelt organisiert mag daran liegen, daß im Grund ein gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden konnte, daß es halt weniger zu verteilen gibt und "wir" eben sparen müssen. Dabei genügt der Blick in den Wirtschaftsteil einer beliebigen Tageszeitung, um die Meldungen über die Rekordgewinne von VW, Opel Bayer usw. nachzulesen. Auch die Diskussion über den "Standort Deutschland" scheint gegriffen zu haben. Fragt sich, wie im Zusammenhang mit den derzeitigen Kürzungen in Berlin von einer moralischen Diskussion zu einer Systemkritik gekommen wird. Ein Schwerpunkt im Heft bilden drei Texte zu Mißbrauch, die sich vielleicht ganz gut zum einlesen für die angekündigte Veranstaltung zu Männer-Sexualität eignen. Wegen Platzmangel wird ein ausführlicher Text zum 1.Mai daher später erscheinen.

Inhalt:

einiges mußten wir aufschieben!

Ordner:

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

INTERNATIONALER TAG GEGEN RASSISMUS



Demonstration am 21. März 1996, 18.00 Uhr

Treffpunkt: Adenauer Platz (U-Bhf. Adenauerplatz)

KEINE ENTWARNUNG NACH LÜBECK

ALLE FORMEN RASSISTISCHER GEWALT BEKÄMPFEN

GEGEN DIE MENSCHENVERACHTENDE AUSGRENZUNGS- UND ABSCHIEBUNGSPRAXIS

Am 18. Januar starben in Lübeck zehn Menschen durch einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft, 38 weitere wurden schwer verletzt. Diese Menschen aus Zaire, Togo, Syrien, der Türkei und dem Libanon kamen nach Deutschland auf der Flucht vor Verfolgung und Unterdrückung. Statt Solidarität und politisches Asyl erwartete sie hier der rassistische Alltag, geprägt durch Übergriffe, menschenunwürdige Unterbringung in Sammellagern, behördliche Willkür und der ständigen Angst vor Abschiebung und Illegalität.

Zwei Monate später soll nun einem von ihnen, dem 21jährigen libanesischen Flüchtling Safwan E., auf der Grundlage von unhaltbaren Anschuldigungen der Prozeß gemacht werden. Aussagen von HeimbewohnerInnen und anderen EntlastungszeugInnen, die einen rechtsgerichteten und rassistischen Hintergrund für den Anschlag weiterhin nahelegen, werden von Polizei und Justiz kaum zur Kenntnis genommen. In den Medien wird der erleichterten Öffentlichkeit die Tat als ein Ergebnis von Streitereien zwischen Arabern und Afrikanern präsentiert.

Wir wissen jedoch genau: Die versuchte Umkehrung von Opfern zu Tätern wie in Lübeck ist in Deutschland wahrlich kein Einzelfall. Auch in anderen Städten wie Herford, Detmold, Bochum, Hattingen und Stuttgart sind Ermittlungen gegen deutsche Brandstifter vorschnell eingestellt worden oder werden die Betroffenen angeklagt. So steht in Hattingen eine türkische Frau unter Tatverdacht, das Haus angesteckt zu haben, in dem sie selbst mit ihren fünf Kindern schlief. Als im März 1994 in Stuttgart sieben Menschen bei einem Brandanschlag ums Leben kamen, lautete das Urteil der Polizei zunächst "Unfall". Zwei Jahre später wissen wir, der Täter ist Deutscher mit offensichtlich rechtsextremen Hintergrund.

Schon längst sind das Erschrecken und die Empörung über die Toten und unzähligen Opfer rassistischer Gewalt der Sorge um das Ansehen Deutschlands gewichen. Keine Rede mehr von massenhaftem zivilem Ungehorsam gegen die herrschende Asylpolitik, geschweige denn ein gesichertes Bleiberecht und menschenwürdige Wohnungen für die Überlebenden!

Es liegt an uns allen, den rassistischen Konsens zu durchbrechen und die Opfer zu unterstützen.

Deswegen fordern wir:

GESICHERTEN AUFENTHALT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN

SCHLUSS MIT DER UNTERBRINGUNG IN LAGERN UND DER SOZIALEN AUSGRENZUNG

FREIHEIT FÜR SAFWAN E. UND DIE ANDEREN OPFER RASSISTISCHER JUSTIZ

PROZESS AM 26.3. 12 UHR RAUM 571 AMTSGERICHT MOABIT

wegen volksverhetzung und sachbeschädigung pp.

einer frau und drei männern wird vorgeworfen ,sie hätten kurz nach der ermordung halim deners an einer sprühaktion teilgenommen und sollen folgenden spruch an eine wand gesprüht haben:
"1.7. kurdischer jugendlicher in hannover von den bullen ermordet !!!

kurz nach der sprühaktion wurden die 4 festgenommen,aber nachder ed_mißhandlung wieder freigelassen. einige monate später folgten hausdurchsuchungen in zwei wohnungen von den betroffenen

solidarität mit dem kurdischen widerstand!!!
und mit denen die ihn unterstützen!!!
für die sofortige einstellung aller ermittlungsverfahren
unterstützt alle kriminalisierten und verfolgten

Den Haushalt kippen!

Für eine Umverteilung von Oben nach Unten

Am 28.03 entscheidet das Abgeordnetenhaus über beispiellose Kürzungsmaßnahmen. Dazu zählen:

- Abbau und flächendeckende Schließung von Kinder-, Jugend-, Frauen-, Kultur- und Sozialpro jekten
- drastische Erhöhung von Gebühren und Eintrittsgeldern für Schwimmbäder, Bibliotheken, Theater...
- Studienplatzabbau, Einführung von Studiengebühren, Schließung von Fachbereichen und Mittelkürzungen an den Unis und Fachhochschulen
- Kürzung der Lernmittelfreiheit, Einstellungsstopp für LehrerInnen, kein Ausbau von Schulen, Erhöhung der Klassenfrequenzen
- Verschlechterung des Angebots und einschneidende Verteuerung von Kita- und Hortplätzen
- Halbierung der Mittel im sozialen Wohnungsbau
- Stellenabbau im öffentlichen Dienst, insbesondere bei bürgernahen Dienstleistungen
- Gebührenerhöhung für Müll, Abwasser und BVG

Gleichzeitig hält sich der Senat bei der Erhöhung der Gewerbesteuer und der Verringerung von Polizei und Senatsverwaltungen merklich zurück. Sinnlose Großprojekte wie Tiergartentunnel, Lehrter Stadtbahnhof, Großflughafen und Messehallen werden fortgeführt. Die Große Koalition betreibt somit die Politik, die Berlin in den Bankrott geführt hat weiter. Die aktuelle Haushaltskrise in dieser Stadt ist kein Naturgesetz, sondern die Folge der Zurichtung Berlins zum hochsubventionierten Investoren-Eldorado und zur „größten Hauptstadt aller Zeiten". Diese Umstrukturierung Berlins wird finanziert durch die Demontage des Sozial- Kultur- und Bildungsbereichs. Die Logik der globalen Standortkonkurrenz mit Städten wie Paris, London oder New York hat nicht nur die Finanzen Berlins ruiniert, sondern ist auch mit dramatischen sozialen Folgen für die BewohnerInnen dieser Stadt verbunden.

Gegen diese Umverteilung von unten nach oben wehren sich überall mehr und mehr Menschen. Sozialabbau findet hier, in Europa und weltweit statt. Uns wird von Politik und Wirtschaft eingeredet, daß wir für das Wohl der „nationalen" Wirtschaftsinteressen den Gürtel enger schnallen müssen. So kürzt die Bundesregierung Sozial- und Arbeitslosenhilfen, plant die Einführung von Studiengebühren und beabsichtigt die Rentenbeiträge zu erhöhen. Gleichzeitig sind über 6 Millionen Menschen in diesem Land erwerbslos. Die Kosten der Krise sollen uns aufgebürdet werden. Demgegenüber sind in den letzten Jahren die Unternehmensprofite und Spekulationsgewinne drastisch gestiegen. Das machen wir nicht länger mit!

SchülerInnen, Lohnabhängige, MigrantInnen, StudentInnen, Erwerbslose, SozialhilfeempfängerInnen, Behinderte, Eltern und Kinder fordern gemeinsam:

- **Rücknahme des Nachtragshaushalts**
- **Die Stadt den Menschen, nicht den Konzernen**
- **Materielle Grundsicherung für alle Menschen**

DEMO

Mittwoch den 27. März, 17.00 Uhr

Treff: U-Bhf. Rosa Luxemburg Platz

Abschluß: Rotes Rathaus

BÜNDNIS Gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung

Das Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung wird bisher unterstützt von über 120 Gruppen

Am, Samstag, den 23. März findet im EX, Gneisenaustr. 2a, eine Newroz-Fete statt. Leider ist das dazugehörige Papier abhandengekommen.

Demonstrationsverbot vor kurdischem Fest

Bundesgrenzschutz in erhöhter Einsatzbereitschaft

Stadtväter fürchten neue Zusammenstöße

Demonstrationsverbote zum kurdischen Neujahrsfest

Hamburg. dpa
Wegen erwarteter Kurdenkrawalle haben zahlreiche deutsche Städte Demonstrationen und Umzüge an diesem Mittwoch anläßlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz untersagt, ergab eine Umfrage. Nach den blutigen Ausschreitungen vom Wochenende ging unterdessen die Diskussion über eine Verschärfung des Ausländerrechts weiter.

Starke Polizeikräfte werden um das Newroz-Fest herum für die Durchsetzung der Versammlungsverbote sorgen, hieß es gestern. Gleichwohl werden in Sicherheitskreisen neuerliche Ausschreitungen und gewalttätige Übergriffe auf die Polizei befürchtet.

Oggersheim betroffen

Demonstrationen zum kurdischen Neujahrsfest wurden unter anderem in den nordrhein-westfälischen Städten Duisburg, Bochum, Bielefeld und Bonn von den Behörden untersagt, nachdem am vergangenen Wochenende das Bundesland von schweren Ausschreitungen betroffen war. Verbote gab es auch in Frankfurt/Main, Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Mannheim und Ludwigshafen-Oggersheim, dem Wohnort von Bundeskanzler Kohl. In einer Reihe von Städten wurde gestern noch geprüft, ob Veranstaltungen zum Neujahrsfest der Kurden verboten werden sollen. Bundesinnenminister Kanther hat den Bundesgrenzschutz in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt.

Während von der Union in der Diskussion um eine Verschärfung des Ausländerrechts erweiterte Möglichkeiten zur Abschiebung gefordert wurden, lehnten SPD und Grüne Gesetzesänderungen ab. Die nordrhein-westfälische Landtagsfraktion der Grünen forderte, den 500 000 in Deutschland lebenden Kurden Wahlrecht und doppelte Staatsbürgerschaft zu geben. Es könne nicht hingenommen werden, daß sie auch hier Bürger zweiter Klasse blieben, hieß es in einer Pressemitteilung der Landtagsfraktion. Schnellere Abschiebungen und eine Verschärfung des Demonstrations- oder Ausländerrechts seien die falsche Antwort.

Bundeskanzler Kohl kündigte an, das Bundeskabinett werde bereits in der nächsten Woche einen Gesetzentwurf beraten, nach dem bei einer Verurteilung wegen schweren Landfriedensbruchs künftig zwingend abgeschoben werden muß.

Überlegungen in der CDU/CSU, Gewalttäter ohne rechtskräftige Verurteilung abzuschieben, liefen auf eine institutionalisierte Form der Lynchjustiz hinaus, kritisierte der Bundesvorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin. In ein Land wie die Türkei, wo Menschenrechte verletzt würden, könne man niemanden abschieben, sagte er im Deutschlandfunk.

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin meinte, der gesetzliche Rahmen gegen ausländische Gewalttäter reiche aus. Deutliche Kritik übte sie im Südwestfunk an der Türkei-Politik der Bundesregierung. Bonn müsse auch gegenüber der neuen Regierung in Ankara klarmachen, daß sie umgehend den Kurdenkonflikt zu entschärfen habe. Ihr Fraktionskollege Willfried Penner warnte in der „Westdeutschen Zeitung" vor parlamentarischen Schnellschüssen.

FDP-interner Disput

Bundesfinanzminister und CSU-Chef Theo Waigel forderte den Koalitionspartner FDP auf, die umgehende Abschiebung von Gewalttätern zu ermöglichen. Notfalls müsse die bestehende Rechtslage dahingehend geändert werden, daß eine sofortige Abschiebung ermöglicht wird, sagte Waigel der dpa.

Im Gegensatz zu Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig schloß Bundesaußenminister Klaus Kinkel (beide FDP) eine Gesetzesverschärfung nicht aus. Weitere Kurdenkrawalle könne sich das Land nicht mehr bieten lassen, sagte Kinkel dem „Mannheimer Morgen".

PKK bietet Frieden und droht mit Gewalt

Öcalan fordert Gespräche / Türken nutzen angeblich deutsches Militärgerät im Kurdengebiet

Ankara/Idstein. AP/Reuter
Der Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, hat dem neuen türkischen Regierungschef Mesut Yilmaz eine Verlängerung des von der PKK vor der Parlamentswahl am 24. Dezember ausgerufenen Waffenstillstands angeboten.

In einer am Montag von der kurdischen Nachrichtenagentur DEM verbreiteten Erklärung des PKK-Chefs Öcalan wurden als Gegenleistung für die Verlängerung des Waffenstillstands vom türkischen Premier Yilmaz konkrete Schritte für eine friedliche Lösung gefordert. Die PKK sei zu einem „ehrenhaften Frieden" und zur demokratischen Lösung des Kurden-Konflikts im Südosten der Türkei bereit. Gehe die neue Regierung aber nicht auf seine wiederholten Gesprächsangebote ein, werde der Kampf gegen türkische Wirtschafts- und Tourismuszentren ausgeweitet. Das Ausmaß der Gewalt werde in diesem Fall weitaus größer sein als bislang, mit täglich Hunderten Toten, drohte Öcalan laut Reuter. Der vor zwölf Jahren begonnene Kampf werde dann auch in die Großstädte getragen. Das morgen anstehende kurdische Neujahrsfest Newroz, an dem Kurden traditionell für ihre Unabhängigkeit demonstrieren, werde diesen Prozeß beschleunigen. Der Ministerpräsident müsse gar nicht mit der verbotenen PKK sprechen, erklärte Öcalan. Es gebe auch andere kurdische Führer oder Gruppen, mit denen Yilmaz reden könne. Die türkische Regierung weigert sich, mit der PKK zu sprechen, weil es sich dabei um eine terroristische Organisation handle. Die neue Regierung hatte eine vorsichtige Korrektur der festgefahrenen Kurdenpolitik angedeutet. Sie kündigte an, den Ausnahmezustand in den Südostprovinzen im Sommer aufzuheben.

Beim Einsatz in den türkischen Kurdengebieten ist angeblich erneut deutsches Militärmaterial beobachtet worden. Die „Kampagne gegen Rüstungsexport" meldete gestern, zwei Mitglieder der Gruppe hätten das deutsche Gerät „identifiziert", als ihnen im Grenzgebiet zu Irak und Iran die Weiterfahrt verweigert worden sei. Es habe sich dabei um Transporter der Hersteller Faun und MAN sowie um Mercedes-Benz-Unimogs gehandelt.

Für aus Deutschland abgeschobene kurdische Straftäter sind künftig die 17 Staatssicherheitsgerichte in der Türkei zuständig. Dabei spiele es keine Rolle, daß der Gesetzesverstoß in Deutschland begangen worden sei. Die Anklage werde auf Mitgliedschaft in einer illegalen Terrororganisation lauten. Den Abgeschobenen droht eine Haftstrafe von zehn bis 15 Jahren.

Ein Jahr nach der türkischen Großoffensive gegen Kurdenstellungen in Nord-Irak gibt es im Grenzgebiet neue Truppenkonzentrationen.

Unterkünfte kurdischer Flüchtlinge am Rande der südosttürkischen Stadt Adana. Foto: Kaiser/transparent

Newroz-Fest

Am 21. März eines jeden Jahres feiern die Kurden ihr Neujahrsfest, das sogenannte Newroz. Newroz oder Nouruz, wie es im Persischen heißt, bedeutet „neuer Tag". Nach dem iranischen Kalender beginnt mit diesem Fest das neue Jahr. Gleichzeitig ist es auch ein Frühlingsfest.

An diesem Tag der Tag-und-Nacht-Gleiche siegt das Licht wieder über die Dunkelheit. Licht und Dunkelheit waren in vorislamischen iranischen Religionen Symbole für das göttliche Gute und das Böse. Das auf Iran, Irak, Türkei, Syrien und auf Gebieten der früheren Sowjetunion verteilte kurdische Volk begeht das Newroz-Fest seit dem Jahr 612 vor unserer Zeitrechnung. Damals besiegten bei einer historischen Schlacht die Meder, Vorfahren der Kurden, die Assyrer. Seit jener Zeit erinnert Newroz an den Freiheitswillen der Kurden.

1982 bekam das Fest noch einmal eine neue Bedeutung, weil damals ein Kurdenführer in türkischer Haft starb. Begangen wird das dreitägige Fest mit dem Entfachen großer Feuer. AP

Die Pflegeversicherung ist ein Heimeinweisungsgesetz

„Niemandem wird es nach Einführung der Pflegeversicherung schlechter gehen als vorher."

Diese Beteuerungen der politisch Verantwortlichen haben sich als offensichtliche Lugen entpuppt.
Derzeit werden in Bonn Gesetzesänderungen verhandelt, die behinderte und alte Menschen, die auf umfangreiche Hilfe angewiesen sind ins Heim zwingen.

Durch die Anforderungen der Pflegeversicherung steht auch in Berlin zum 1.5.96 ein katastrophaler Rückschritt für alte und behinderte Menschen ins Haus. Nach jahrzehntelangen Kämpfen haben einige von ihnen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben durchgesetzt, auch wenn sie im Alltag ein hohes Maß an Hilfe/Assistenz brauchen.
Was für Nichtbehinderte selbstverständlich ist, nämlich nach eigenen Vorstellungen aufzustehen, ins Bett zu gehen oder zu essen, mußten sich Menschen, die dabei auf Hilfe/Assistenz angewiesen sind, erst mühsam erkämpfen.
Die Umsetzung der Pflegeversicherung droht nun diesem eigenständigen Leben die Grundlage zu entziehen.

Was wird sich verändern?
Weg von der am tatsächlichen Bedarf orientierten Assistenz - hin zu einer zeitlich normierten, standardisierten Kette von Pflegeleistungen (Modulsystem).
Weg von der stundenweisen Bezahlung - hin zur Vergütung nach Leistungskomplexen.
Dabei soll die Hilfeleistung in diverse Kategorien unterteilt werden. Diese Kategorien werden dann nach einem Punktsystem (Module) vergütet. Wobei davon ausgegangen wird, daß bestimmte pflegerische Arbeiten in durchschnittlichen Zeitvorgaben zu erledigen sind und pauschal bezahlt werden können.

Einige Beispiele:
Für die sog. erweiterte Morgentoilette, damit ist gemeint:
Hilfe beim "Aufsuchen oder Verlassen des Bettes, An/Auskleiden, Waschen oder Duschen, Mundpflege und Zahnpflege, Kämmen" sind insgesamt 45 Minuten vorgesehen.
Diese Tätigkeiten können aber in der Realität viel mehr Zeit in Anspruch nehmen.
Für das mundgerechte Zubereiten einer Mahlzeit, für die Hilfe beim Essen und Trinken sowie für die im Zusammenhang damit stehende Hygiene sind durchschnittlich nur 25 Minuten vorgesehen.
Für alle Tätigkeiten, die mit dem Einkauf verbunden sind, bleiben durchschnittlich zweimal 24 Minuten pro Woche, also nicht einmal 8 Minuten täglich!

Wie viele Minuten benötigen Sie morgens bis Sie geduscht und angezogen am Frühstückstisch sitzen?
Wie lange brauchen Sie für Ihre Einkäufe?
Wie lange dauert ein Toilettengang bei Ihnen durchschnittlich?

Solche oder ähnliche Fragen sind für behinderte Menschen, die ihr Leben den Zeitvorgaben der Pflegeversicherung unterwerfen müssen, eine existenzielle Bedrohung. Die Konsequenz aus diesen äußerst geringen Zeitvorgaben ist, daß Menschen "wählen" müssen, ob sie gewaschen werden oder doch lieber essen wollen. Für beides bleibt zukünftig keine Zeit mehr.

So werden assistenzabhängige Menschen zu Objekten, an denen Pflegehandlungen im Akkord durchgezogen werden. Eine Existenz außerhalb eines Heimes ist für Behinderte mit einem hohen Hilfebedarf nicht mehr vorgesehen.

So garantiert die Pflegeversicherung noch nicht einmal die sprichwörtliche "Satt- und Sauberpflege", sondern nur noch eine Satt-oder Sauberpflege. Menschenwürde oder Entfaltung der Persönlichkeit sind hier nicht mehr vorgesehen.

Würden andere Dienstleistungen nach diesem Vorbild vergütet werden, so würde beispielsweise ein Feuerwehrmann nur für einen bestimmten Einsatz bezahlt; nicht aber für die Zeit der Bereitschaft. Außerdem würde ihm vorgegeben, in welcher Zeit der Brand gelöscht zu sein hat.

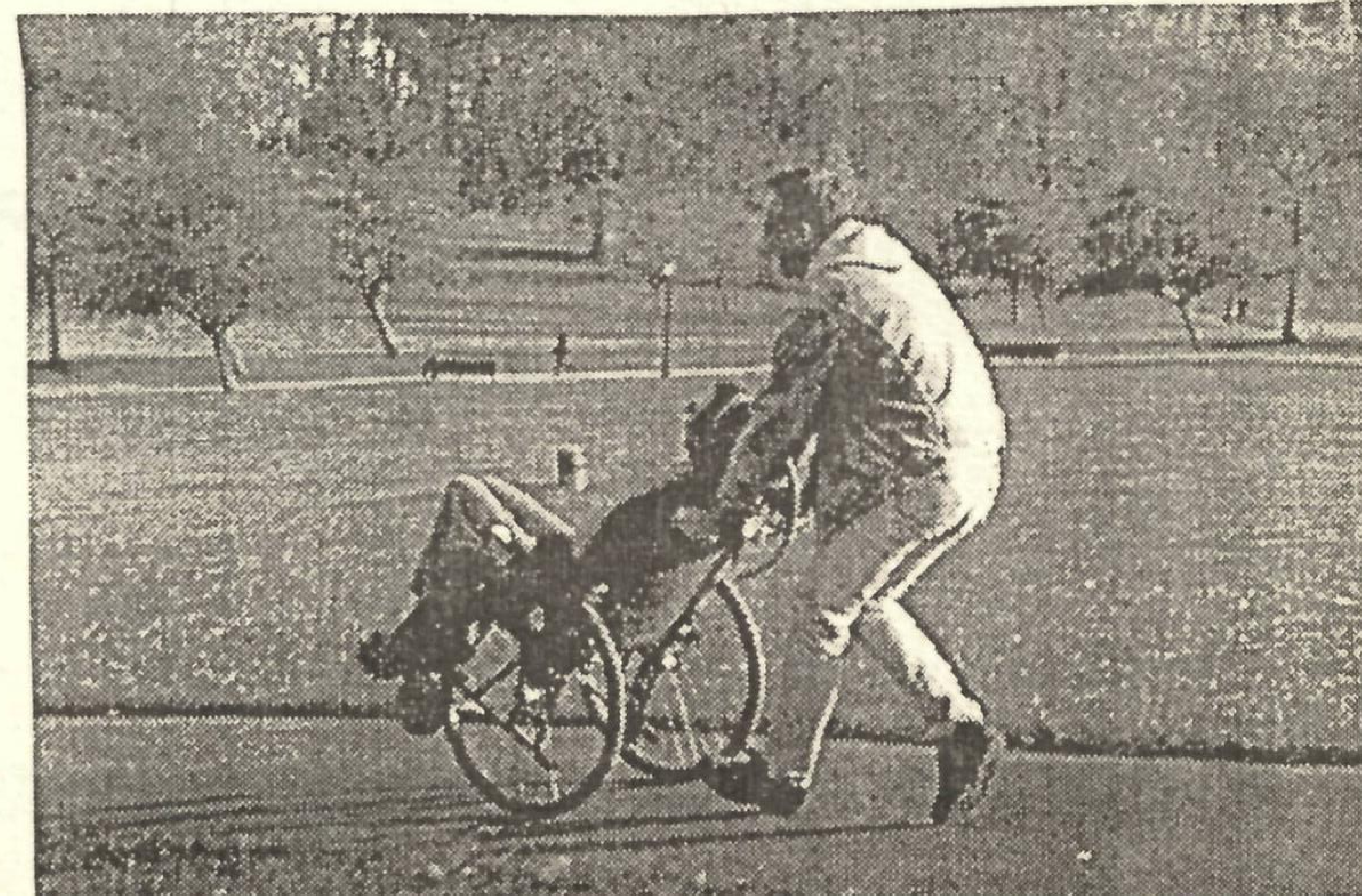
Die Wohlfahrtsverbände haben den ihnen angeschlossenen Pflegediensten dringend empfohlen, dem Modulsystem zuzustimmen. Für Sozialstationen, die gewillt sind Pflegeleistungen wie am Fließband zu erbringen, läßt sich so sogar noch Gewinn erzielen. Viele Pflegedienste erklären sich damit einverstanden, sie können damit leben.

Wir aber nicht!

Deshalb fordern wir:

Die bedarfsgerechte Assistenz, orientiert am individuellen Zeitaufwand muß erhalten bleiben.
Eine einheitliche Stundensatzvergütung für Pflege, hauswirtschaftliche Versorgung und Begleitung!
Der Vorrang ambulanter Hilfen darf nicht aus Kostengründen abgeschafft werden!
Niemand darf nur wegen seines Assistenzbedarfs ins Heim abgeschoben werden!

Bündnis für selbstbestimmtes Leben - gegen Modulabrechnung in der Pflege



Ein geübter Helfer beim Versuch das Spaziergangsmodul einzuhalten

PRESSEMITTEILUNG
AOK von 50 Behinderten besetzt

Bündnis für selbstbestimmtes Leben
- gegen Modulabrechnung in der Pflege:

Berlin, 28.2.1996

50 behinderte Menschen haben sich heute in der Zweigstelle der AOK, Zillestraße 10 eingefunden, um ihre Positionen lautstark zu
vertreten. Das Ergebnis der vierstündigen Besetzung ist die Zusicherung der AOK Berlin am Mittwoch, 6.3.96 um 11 Uhr eine Pressekonferenz zu veranstalten. Diese wird die Verschlechterungen für behinderte und alte Menschen durch die Pflegeversicherung zum Thema haben und in der Hauptverwaltung der AOK am Mehringplatz stattfinden.

Die heutige Besetzung unterstützte außerdem die Aktivitäten und
Aktionen von Behindertengruppen und -organisationen, die parallel in Bonn stattfanden.

Derzeit findet mit Hilfe der Pflegeversicherung und den geplanten Änderungen des BSHG von Seiten der politisch Verantwortlichen ein umfaßender Angriff auf alte und behinderte Menschen statt. Ein eigenständiges Leben außerhalb von Heimen ist für Menschen, die im Alltag Hilfe/Assistenz brauchen existenziell bedroht.

Deshalb fordert das Bündnis für selbstbestimmtes Leben:

- Daß die Abrechnung nach Leistungskomplexen in Berlin von der AOK nicht unterschrieben wird!

- Daß diese unmenschliche Regelung bundesweit zurückgenommen wird!

- Die bedarfsgerechte Assistenz, orientiert am individuellen Zeitaufwand muß erhalten bleiben.

- Eine einheitliche Stundensatzvergütung für Pflege, hauswirtschaftliche Versorgung und Begleitung!

- Deer Vorrang ambulanter Hilfen (3a BSHG) darf nicht aus

  Kostengründen abgeschafft werden!

- Niemand darf nur wegen seines Assistenzbedarfs ins Heim abgeschoben werden!

Bündnis für selbstbestimmtes Leben - gegen Modulabrechnung in der Pflege:

Bündnis für selbstbestimmtes Leben
- gegen Modulabrechnung in der Pflege:

Arbeitsgemeinschaft für selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen ASL e.V.

Berliner Behindertenverband BBV

Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben BZSL e.V.

Behindertenvereinigung Prenzlauer Berg e.V.

Eltern für Integration e.V.

HilfenehmerInnen und Vorstand der Ambulante Dienste e.V.

Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.

Spontanzusammenschluß Mobilität für Behinderte

Bündnis für selbstbestimmtes Leben - gegen Modulabrechnung in der Pflege:

Tel.: 821 70 90, 0172 306 53 72 Fax: 821 31 62

Den Faden weiterspinnen

Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Immigrantinnen, im Exil-lebenden und deutschen Frauen. Mit dieser Broschüre dokumentiert das internationale Frauenplenum, Berlin, die Erfahrungen der politschen Zusammenarbeit, von 1988 - 1991, von Frauen aus unterschiedlichen Ländern und unterschiedlichen Organisationen. Dabei werden die Knackpunkte, an denen die Zusammenarbeit besonders schwierig war, aufgearbeitet: z.B. bedeutet eine internationale Zusammensetzung auch internationalistische Arbeit? Warum ist eine Frauenorganisierung notwendig und wie ist ihr Verhältnis zu nationalen Befreiungsbewegungen? -Lesben und Heteras; eine Auseinandersetzung über Heterosexismus. - Schwierigkeiten im Umgang mit den unterschiedlichen Lebensrealitäten - diese ganzen Punkte im Zusammenhang mit der Rassismusdiskussion. In dieser Broschüre geht es weniger um eine theoretische Auseinandersetzung sondern vielmehr um praktische Erfahrungen und hoffentlich weitere Anregungen für die politische Praxis in der internationalen und internationalistischen Zusammenarbeit von Frauen.



Den Faden weiterspinnen
ISBN 3-88384-048-4
150 Seiten, DM 12.-
Rotation Verlag & Vertrieb
Mehringdamm 51
10961 Berlin, Fon: 030-6927934



Arbeitskreis zum Papst-Besuch am 23. Juni 96 in Berlin

Seit Bekanntwerden des Papstbesuches (siehe. Zeitungsausschnitte auf der Rückseite) gab es einige Treffen in unterschiedlichen papstkritischen Spektren. Daraus ist unser AK hervorgegangen. Wir planen Informationsveranstaltungen (Vorträge / Lesungen / Filme mit Diskussionen / Kundgebungen) im Vorfeld des Papstbesuches.

Aus dem reichhaltigen Themenfeld Papst / Vatikan / Katholische Kirche haben wir folgende Schwerpunkte gewählt:

- Papst / Vatikan / Katholische Kirche im 3. Reich (Reichskonkordat, Schweigen zur Judenvernichtung)
- Papst / Vatikan / Katholische Kirche in der Nachkriegszeit (Vatikanlinie/ Rattenlinie, "Stille Hilfe e.V.")
- rechte Organisationen innerhalb der Katholischen Kirche heute .(Opus Dei, Deutscher Orden, Grabesritter, sog. „Lebensschützer" KALEB, CDL....)
- die Seligsprechung Bernhard Lichtenbergs in Hitlers Olympiastadion (60 Jahre nach der Olympiade `36) als Versuch der Geschichtsfälschung.

Der Papstbesuch, als offizieller Staatsakt, verschlingt Millionen Steuergelder in Zeiten rigidester Sozialkürzungen. Zusätzlich wird er begleitet durch ein riesiges und kostenträchtiges Sicherheitsaufgebot (incl. Scharfschützen auf den Dächern wie bei der Einweihung der Neuen Wache). Er ist ein weiteres Element in der nicht endenden Reihe des Geschichtsrevisionismus: Von den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestages des einzigen offiziell gefeierten Attentats auf Hitler am 20.Juli 1944, über die, für Kohl & Co.`s Geschichtsbild, umgestaltete „Neue Wache" (Täter = Opfer), bis zum aktuell wiederaufgeflammten "Historikerstreit"
Durch die Seligsprechung Bernhard Lichtenbergs (wird im offiziellen kirchlichen Faltblatt als "Märtyrer" bezeichnet) sollen er und die wenigen NS-kritischen Katholiken, die nicht der offiziellen Linie des Vatikans (Reichskonkordat) gefolgt sind, zum "heldenhaften" katholischen Widerstand umgelogen werden.
Für die Seligsprechung im Olympiastadion werden über 80 000 Papst-Fanatiker erwartet, davon 30 000 aus dem nahegelegenen Polen.(zusätzlich Grossbildübertragung auf`s Maifeld / großes Jugendfest am Vorabend)
Wie aus den Zeitungs-Artikeln zu entnehmen ist, hat die katholische Kirche eine breit angelegte Kampagne u.a. mit der "Bernhard Lichtenberg-Zeitung" (Auflage 10 000) gestartet, um ihrem Ziel der Geschichtsfälschung näher zu kommen.
Es liegt an uns, dieser Geschichtsfälschung etwas entgegenzusetzen.

Wir sind Einzelpersonen, teilweise aus verschiedenen Vereinen kommend (Ökolinx, Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) , Junge HumanistInnen, Alternative Linke). Falls wir Euer Interesse geweckt haben, laden Euch ein bei uns mitzuarbeiten. Wir sind zu erreichen über :

Ökologische Linke, c/o Nachladen,
Waldemarstr. 36,
10999 Berlin-Kreuzberg,
Fon/Fax 615 73 29.

(Achtung die Kontaktadresse wird sich demnächst ändern , wir melden uns dann wieder)

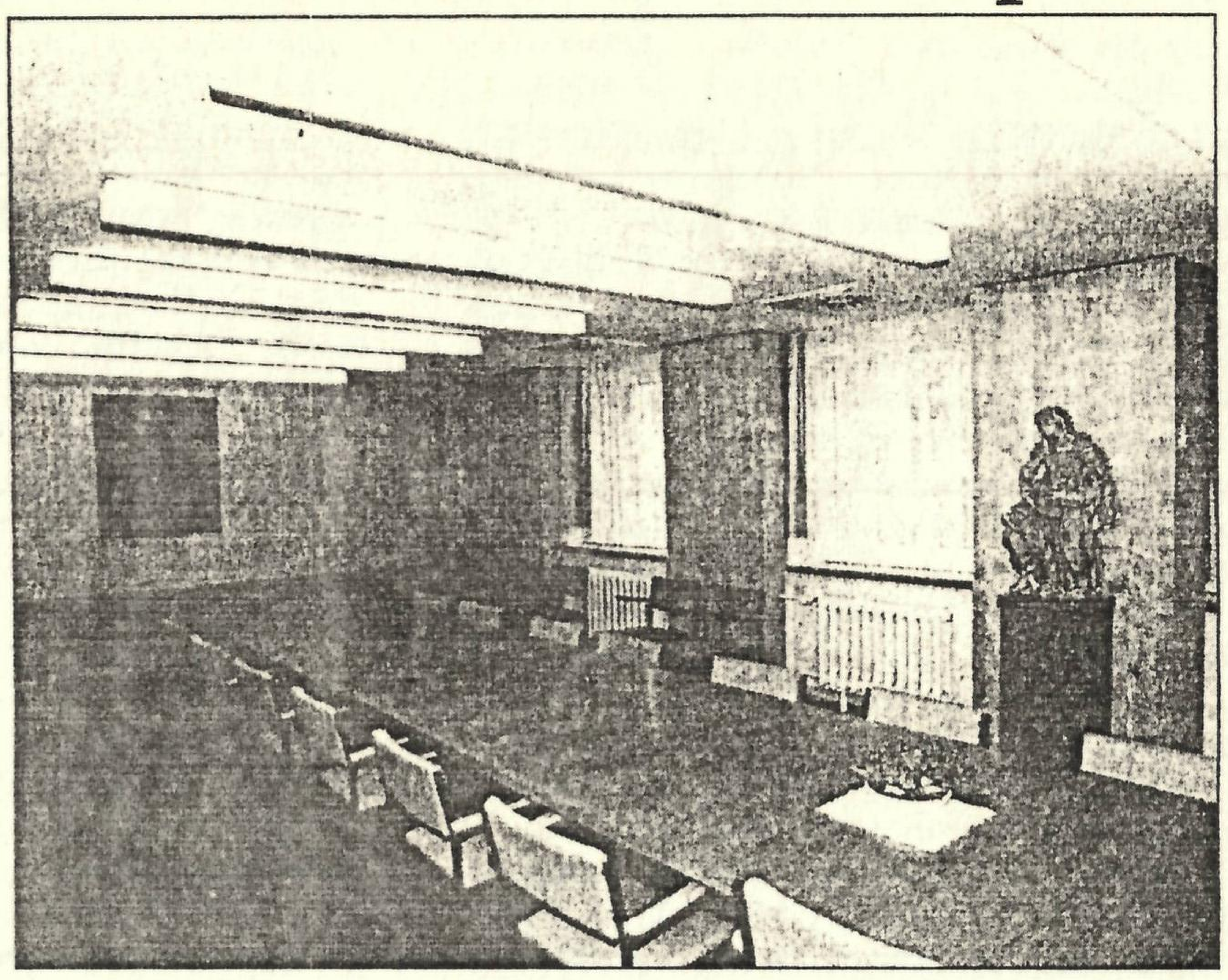
Zusammenarbeit könnten wir uns vorstellen in Form von: Informationen über unsere Themenschwerpnkte austauschen; Erfahrungen der Papstbesuche `80 nd `87 in Westdeutschland und des Katholikentages `90 in Berlin weitergeben; Videos ,Fotos und Ideen von damaligen Gegenaktionen sammeln; Filme vorführen; Räume und Finanzzuschüsse organisieren, ...

P.S.: zum Aspekt Katholische Kirche und Finanzmacht (Vatikanbank /Grabesritter...) wollen wir auch noch arbeiten ,der Aspekt, Berlin durch den Besuch des Papstes als Hauptstadt aufzuwerten liegt auf der Hand

Auf einen Blick: Stationen des Papstes



Das Oberhaupt der Katholischen Kirche: Papst Johannes Paul II. Ullstein



■ *Der Zeitplan für den Besuch am 23. Juni steht*

Von Lisa Uphoff

Der Zeitplan steht, die letzten Einzelheiten werden im April mit dem päpstlichen Reisemarschall, Jesuitenpater Tucci, besprochen. „Der Heilige Vater kommt nicht nur zu den Katholiken, sondern zu allen Berlinern, darum wird er am Brandenburger Tor auch eine Ansprache halten", erklärte gestern der Generalvikar des Erzbischofs von Berlin, Prälat Roland Steinke. Das Besuchsprogramm von Papst Johannes Paul II. am 23. Juni in Berlin ist dicht gedrängt.

■ 9.20 Uhr: Ankunft des Papstes auf dem militärischen Teil des Flughafens Tegel. Zuvor wird sich das Oberhaupt der Katholischen Kirche zwei Tage lang in Paderborn aufhalten, wo er nach einem pastoralen Besuch in Ungarn eintreffen soll.

■ 9.35 Uhr: Begegnung mit dem Bundespräsidenten im Schloß Bellevue, Flug dahin von Tegel aus mit einem Hubschrauber.

■ 10.40 Uhr: Ankunft Werferplatz beim Olympiastadion. Fahrt mit dem „Papstmobil" zum Marathontor und Tour durch das Stadion.

■ 11.10 Uhr: Heilige Messe mit Seligsprechung zweier christlicher Märtyrer aus der NS-Zeit: dem Berliner Dompropst Bernhard Lichtenberg (1875 bis 1943) und dem Münsteraner Priester Karl Leisner (1915 bis 1945). Berlins Erzbischof, Georg Kardinal Sterzinsky: „Wir feiern in diesem Gottesdienst nicht den Papst, wir feiern mit ihm Eucharistie." Die rund 80 000 Besucher der Messe werden zu einem Drittel aus Berlin und Umgebung kommen, ein weiteres Drittel aus anderen Diözesen – vor allem aus Münster wegen der Seligsprechung Leisners – der Rest werden ausländische Gäste sein. Allein etwa 30 000 Polen wollen ihrem Landsmann Karol Wojtyla zujubeln.

■ 13.55 Uhr: Rückkehr in die Sakristei im Untergeschoß des Olympiastadions. Andreas Herzig, Pressesprecher des Erzbistums Berlin: „Wir haben darauf geachtet, daß die Sakristei nicht in der Hertha-Kabine untergebracht wird."

■ 14.10 Uhr: Abfahrt zum Bernhard-Lichtenberg-Haus an der Französischen Straße 34 in Mitte, der Residenz des Erzbischofs. In der fünften Etage, in den Privaträumen Sterzinskys, werden der Papst und der Erzbischof gemeinsam zu Mittag essen. Herzig: „Wir werden dort vielleicht auch ein zweites Bett für Johannes Paul II. aufbauen, damit er sich ausruhen kann."

Anschließend sind in den kleinen Sälen des Hauses Begegnungen mit Repräsentanten des Zentralrats der Juden in Deutschland und mit Bundeskanzler Helmut Kohl vorgesehen.

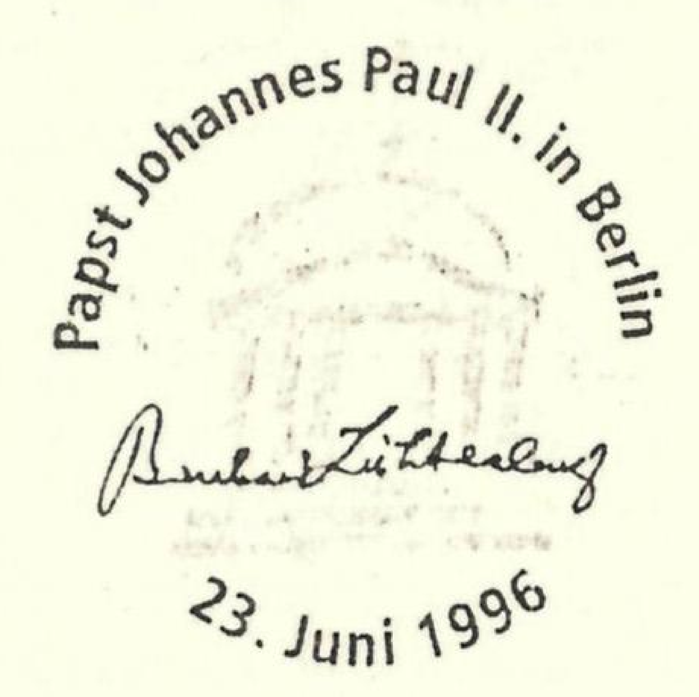
■ 18.35 Uhr: Gebet in der St.-Hedwigs-Kathedrale am Grab Bernhard Lichtenbergs in Anwesenheit des Domkapitels und des Präsidiums des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

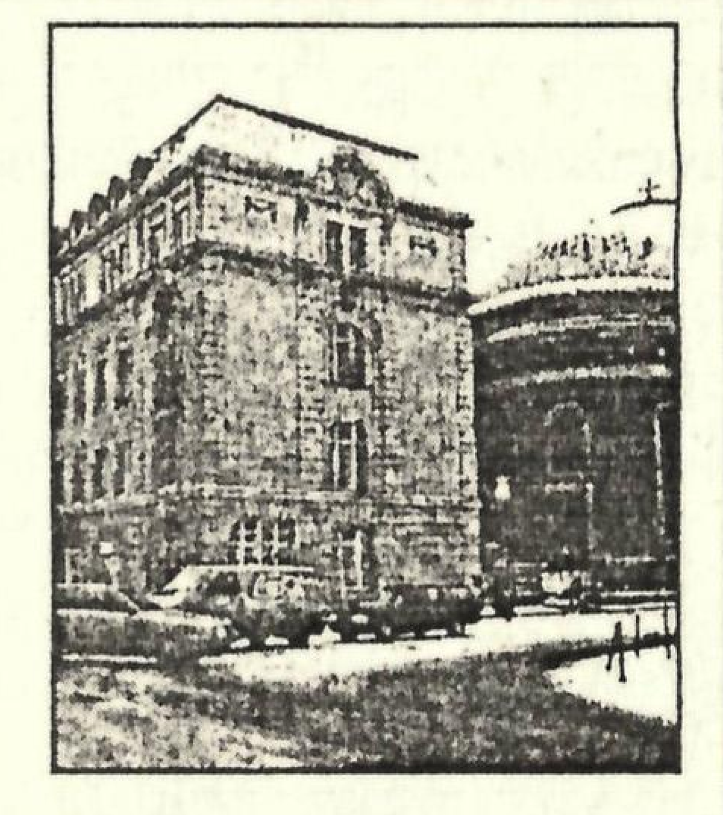
■ 19 Uhr: Abfahrt mit Papstmobil zum Brandenburger Tor.

■ 19.10 Uhr: Abschiedszeremoniell am Brandenburger Tor mit Ansprache des Papstes, des Bundeskanzlers und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz. Hier wird sich der 75jährige Geistliche auch in das Goldene Buch der Stadt Berlin eintragen und eventuell das Tor durchschreiten.

■ 19.45 Uhr Abfahrt zum Flughafen Tegel.

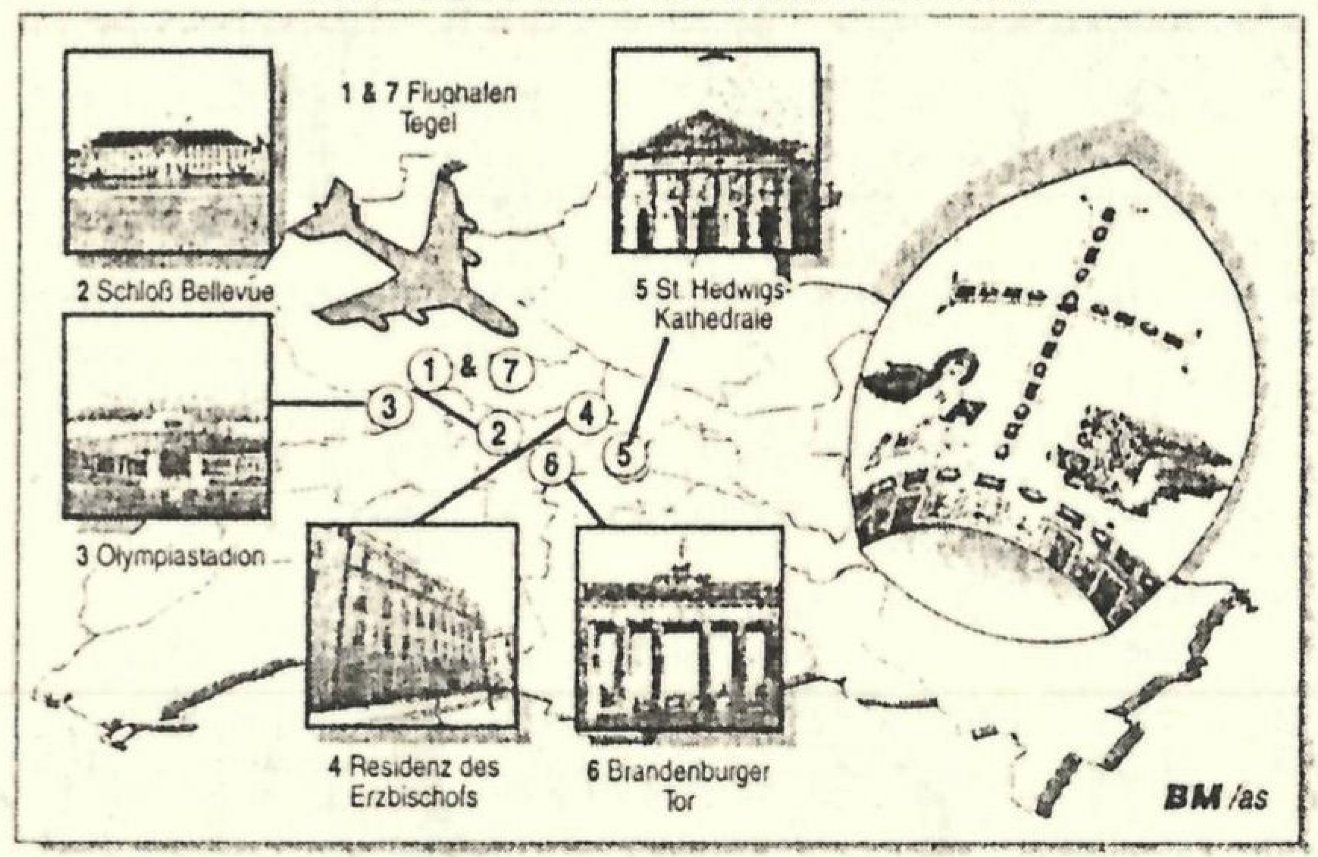
■ 20.30 Uhr Abflug nach Rom.





Das Logo des Papstbesuchs (l.) zeigt in stilisierter Form, unterlegt mit der Papstfarbe Gelb, die St.-Hedwigs-Kathedrale, in der das Grab Lichtenbergs ist, und seine Unterschrift. In diesem Saal (o.) im Bernhard-Lichtenberg-Haus wird der Papst den Bundeskanzler und den Zentralrat der Juden in Deutschland empfangen. Im fünften Stock des Gebäudes (r.), zugleich Residenz des Erzbischofs, wird der Papst mit Kardinal Sterzinsky zu Mittag essen. Fotos: Bartelsen

WAS DER PAPST IN BERLIN BESUCHT



AUFRUF ZUR BESETZERINNENWOCHE VOM 5.-10.4.96 IN BERLIN
-radikal und mietfrei ins nächste Jahrtausend

1996 will der neue Berliner Senat für mindestens fünf der verbliebenen ca. 15 besetzten Häuser eine sogenannte „Lösung" finden. Für die BesetzerInnen bedeutet das entweder Räumung und Kriminalisierung oder Bevormundung und Verdrängung durch Knebelverträge.
Wir sind Leute aus besetzten Häusern und UnterstützerInnen, die sich gegen diese Zwangsmaßnahmen organisiert haben. Besetzungen halten wir für ein gutes Mittel um selbstbestimmte Freiräume zu erkämpfen und zur Abwehr von Obdachlosigkeit, Leerstand und Immobilienspekulation. Die BesetzerInnenwoche '96 richtet sich gegen Räumung, gegen die Umstrukturierung Berlins zur Bonzenmetropole und gegen die Ausgrenzung von immer mehr Menschen durch Mietsteigerung, Obdachlosigkeit und Sozialabbau.

Die Lage der bedrohten besetzten Häuser

- Marchstraße 23 /Einsteinufer 41, Bezirk Charlottenburg. Zwei Vorderhäuser und eine Wagenburg, seit '89 von ca. 70 Menschen besetzt. Einziges Projekt in Westberlin.
Nach jahrelangem Zivilprozeß gibt es jetzt Räumungstitel gegen die meisten BesetzerInnen. Am 15.12.96 probten 400 Polizisten den „Ernstfall": sie überfielen vor Morgengrauen 40 BewohnerInnen und inhaftierten 18, darunter 12 ImmigrantInnen, teilweise wochenlang und ohne Rechtsgrundlage. Spezialeinheiten zerstörten Barrikaden, filmten Häuser und Gelände ab und prüften die Bauwagen auf Transportfähigkeit -ganz eindeutige Räumungsvorbereitungen.
Im Bezirk Charlottenburg gibt es eine Initiative zur Legalisierung der Häuser. Der Vorschlag, die völlig intakte Marchstraße 23 abzureißen und alle Haus -und WagenbewohnerInnen im Einsteinufer zusammenzupferchen, wird abgelehnt.

- Linienstraße 158/159, Bezirk Mitte. Zwei Vorderhäuser mit Seitenflügeln, seit '90 von ca. 40 Menschen besetzt. Nach anfänglicher Ruhe wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse trat im Juni '95 der angebliche Eigentümer, die Münchner Spekulantenfirma Thies und Launicke mit einem illegalen Räumungsversuch, bei dem mehrere BesetzerInnen verletzt und großer Sachschaden angerichtet wurde, auf. Im Oktober starteten Architekten eine zweiwöchige Vermessung aller Räume unter Polizeischutz. Eine im Januar geplante erneute Begehung konnte verhindert werden.
Es gibt einen „runden Tisch" mit dem Bezirk, dem es allerdings bisher nicht mal gelungen ist, den im Juni zerstörten Wasseranschluß zu reparieren.

- Alt Stralau 46, Bezirk Friedrichshain. Zwei Häuser, seit November '94 von inzwischen 40 BestzerInnen bewohnt. Die BesetzerInnen bemühen sich um Verträge, die ihnen von der WBF verweigert werden. Stattdessen versucht die WBF, die BewohnerInnen durch Umsetzangebote zu spalten, zeigte einige von ihnen wegen Hausfriedensbruchs an und will das Haus nach "Berliner Linie" räumen lassen, weil sie angeblich kürzer als ein Jahr besetzt sind.

- Schliemannstraße 10, Bezirk Prenzlauer Berg. Hinterhaus und Seitenflügel, bis Dezember '95 von ca. 30 BesetzterInnen bewohnt. Das Haus wurde bei einem Brand, bei dem am zweiten Weihnachtsfeiertag zwei Menschen starben, im Zuge der Löscharbeiten geräumt. Die BesetzerInnen kampierten bei Minusgraden wochenlang auf dem Helmholtzplatz für Wohnraum für die ganze Gruppe. Der Bezirk ließ erst das Haus verrammeln und unterband dann die Zeltaktion. Die BewohnerInnen stehen auf der Straße.

Auch allen anderen besetzten Häusern wünscht Berlins neuer Innensenator Schönblöd (CDU) ein schnelles Ende. Der Ex- General soll hier offenbar bis zum Umzug der Bundesregierung nach Berlin Bonner Friedhofsruhe einführen. In einem Interview kündigte er an, daß es nach seiner Amtszeit keine besetzten Häuser mehr geben werde - und das, obwohl ein Papier aus dem Innensenat belegt,

Bullenterror!

Haus- und PlatzbesetzerInnen sind Freiwild für die Polizei. Rechtsbrüche und brutale Übergriffe sind an der Tagesordnung, wenn die Büttel zum Schutz der Profite ausrücken und im Einsatz ihren paranoiden Hass auf unangepaßte Lebensformen rauslassen. Beipiele:

-den Überfall einer vom Eigentümer gedungenen Schlägerbande auf die Linienstraße 158 im Juni '95 nutzte die von den BesetzerInnen(!) gerufene Polizei zur illegalen Räumung des Hauses. Die Schläger, die die BesetzerInnen mit Knüppeln und scharfen Hunden angriffen, wurden nicht behelligt, stattdessen wurden die Opfer festgenommen und das Haus versiegelt. Erst nach einem Amtsgerichtsurteil durften sie wieder einziehen.

-wegen PKK- Solitranspis wurden mehrere Friedrichshainer Häuser durchsucht. Dabei kamen jedesmal hunderte von BereitschaftspolizistInnen und Sondereinsatzkommandos zum Einsatz. Verletzte BesetzerInnen, beschädigtes Inventar und die Zerstörung von Privatsachen sind die Regel.

-Um den Widerstand gegen die Bebauung des Abenteuerspielplatz Kreuzigerstraße zu brechen, okkupierten die Bullen über eine Woche lang zwei besetzte Häuser, riegelten die ganze Straße ab und tyrannisierten die BewohnerInnen.

-bei der Räumung der Wagenburg an der Waldemarstraße zerstörte die Polizei alle angeblich nicht zugfähigen Bauwagen mit einem Bagger und machte die BewohnerInnen so nicht nur obdachlos, sondern beraubte sie zusätzlich ihrer ganzen Habe. Hinterher besichtigte der mit seinem „Sieg" sichtlich zufriedene Innensenator Heckelmann unter großem Medientamtam den Ort und verhöhnte die obdachlosen Ex- BewohnerInnen.

Berlin im Hauptstadtwahn

Während angeblich in allen Kassen Ebbe ist, wird in Berlin mit Milliardenaufwand ein Regierungsviertel aus dem Boden gestampft, das dem Repräsentationsbedürfnis des neuen/alten autoritären Großdeutschland entspricht. Die Folgen tragen alle: Grillverbot im Tiergarten, um die empfindliche Nase des Bundespräsidenten zu schonen. Die Fußballplätze am Reichstag sind für immer hinter meterhohen „Sicherheits"-Zäunen verschwunden. Das Spreeufer wird abgeriegelt, damit der Kanzler unbelästigt bleibt. Ein Heer von 3000 zusätzlichen Wachpolizisten, Pferdestaffeln, Videoüberwachung und Bannmeilen machen den Bezirk Mitte zum Sperrgebiet.
Dazu kommt die Luxusmodernisierung der Innenstadtbezirke. Wenn nach Abschluß der Bauarbeiten die TouristInnen durch die Friedrichshainer Frankfurter Allee, geplant als „KuDamm des Ostens", flanieren, und in der Spandauer Vorstadt, heute noch Billigwohngebiet, die 1000ste Galerie eröffnet, werden sich viele der heutigen BewohnerInnen die Mieten nicht mehr leisten können.
Der Senat setzt auf das Auto. Gegen besseres Wissen und den Widerstand der Bevölkerung wurden städtische Autobahnen durchgesetzt und z.B für den Tiergartentunnel Bäume gerodet. Die Lebensbedingungen der hier lebenden Menschen haben sich schon jetzt extrem verschlechtert.
Besetzte Häuser und Plätze sind Umstrukturierern und Sicherheitsfanatikern ein Dorn im Auge, denn sie verhindern die reibungslose Vermarktung der Ware Wohnraum und widersetzen sich sterilen Konzepten zur „Umfeldverbesserung". Wo besetzt ist, gibt es nichts mehr abzusahnen. Häuser und Plätze ermöglichen es auch Leuten ohne Geld, im zentralen Bereich zu leben, verhindern Leerstand und Abriß von billigem Wohnraum und halten in der Umgebung die Mieten niedrig.

Räumungen gegen geltendes Recht verstoßen, und nur durch juristische Winkelzüge wie die sog. "Eskalationsräumung" zu legitimieren sind. Der Angiff gilt auch den letzten innerstädtischen Wagenburgen, die bis Ende des Jahres in die Randbezirke abgedrängt werden sollen.

HausbesetzerInnen

In den besetzten Häusern leben Menschen aus allen möglichen Ländern, Jugendliche, Ältere, Azubis und Studis, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen, also Leute, die wenig Geld haben, auf dem Wohnungsmarkt chancenlos und von den derzeitigen Sozialkürzungen hart betroffen sind. Die Häuser sind offen für alle, nur Nazis, Bullen und RassistInnen bleiben draußen. BesetzerInnen wollen unkontrolliert und billig wohnen. Das heißt nicht nur Wohnraum, sondern die Möglichkeit selbstbestimmtes Leben zu lernen. Sie regeln ihr Leben kollektiv, statt Wohnklos gibt es Gemeinschaftsräume, Plenum und Volksküche, gespült wird ungern. Hausbesetzen bedeutet, die Verantwortung für das Haus und die eigenen Lebensbedingungen selbst zu übernehmen. Räumungsdruck und Polizeiterror lassen sich nur gemeinsam abwehren, und gemeinsamer Kampf schafft Solidarität mit anderen Menschen, die für ihre Rechte eintreten. WelchEr Häuser und Plätze besetzt, greift mit dem Privateigentum die Wurzel des Wirtschaftssystems an und macht die Revolution schon heute.

In und um die Häuser gibt es eine Subkultur, deren Vielfalt von Konzerten, Ausstellungen, Cafés, Infoläden, Festen und Volxküchen den Kommerz- und Subventionsbetrieb von „Love Parade" bis „Tacheles" alt aussehen läßt. Häuser und Wagenburgen sind internationalistisch, denn ihre BewohnerInnen kommen aus der ganzen Welt und werden sich nicht vertreiben lassen.

Leerstand ist kein Zustand

Wenn geräumt wird, stehen die Häuser erstmal leer und die BesetzerInnen vergrößern das Heer der inzwischen 10 000 Obdachlosen in der Stadt. Dabei gibt es tausende von leerstehenden Wohnungen und viele Häuser. Von ihren EigentümerInnen mit Sitex- Anti- Vandalismus- Türen gesichert und zum Schutz vor Besetzungen unbewohnbar gemacht wie die Rigaerstr. 27, warten sie auf den Tag, an dem sie profitabel vermarktet werden können. Die Leerstandsinteressen der SpekulantInnen werden auch durch die „Berliner Linie" geschützt, die es der Polizei ermöglicht, jede Neubesetzung innerhalb von 24 Stunden gewaltsam zu beenden und damit Profit über das Recht auf Wohnraum stellt.

BesetzterInnenwoche 1996 -gegen Räumung, für Neubesetzung

Mit der BesetzerInnenwoche vom 5.-13.4.96 soll an den Erfolg der Aktionstage im Januar '96 angeknüpft werden. Damals konnte die neuerliche Begehung der Linienstraße 158/159 durch Eigentümer und Architekten und der illegale Baubeginn in der Kleinen Hamburger Straße 5 verhindert werden. Es gab drei kurze Neubesetzungen, wobei sich die Polizei bei einer Räumung in der Mainzer Straße ziemlich lächerlich machte, und eine Demonstration mit über 500 TeilnehmerInnen. Außerdem wurden die Medien auf das Thema aufmerksam.

Die BesetzerInnenwoche '96 ist international angekündigt, paralell finden vom 5.-10.4.96 die Wagenburgen- Aktionstage zum Thema Stadtplanung und Umstrukturierung statt. Es wird Aktionen, Informations- und Subkulturveranstaltungen geben, um den Bonzen das Osterfest zu versauen. Am 13.4. findet die Abschlußdemonstration zur Pfarrstraße mit anschließendem Hoffest statt.

Wir fordern alle Menschen, die es ankotzt, durch Umstrukturierung und sozialen Abbau aus der Stadt und der Gesellschaft vertrieben zu werden, auf, sich zu solidarisieren und teilzunehmen.
Kämpft mit uns gegen Räumung und Repression, UNS die Stadt!
Für selbstbestimmtes Leben und 1000 Neubesetzungen, -gegen Umstrukturierung und Hauptstadtwahn!

Postadresse für die BesetzerInnentage: Häusermob c/o Infoladen Daneben, Liebigstraße 34, 10247 Berlin
Während den Tagen gibt es eine Schlafplatzbörse und Frühstück / Volxküche in den Häusern. Das Programm erscheint Ende März.

V.i.S.d.P. B. Setzer, Raumerstr.17, 10437 Berlin

PALI PLEIPT

PALI OHNE WASSER

HAUSERBESETZ... WIR

Zur Erinnerung: Vor ca. 2 Jahren kaufte der Sanitärgroßhändler Peter Hellmich das besetzte Haus in der Palisadenstraße (Friedelhain). Seitdem versuchte er sich unter Bullenschutz mit Einem Schlüsseldienst und durch einen Bauarbeiterüberfall Zutritt zum Haus zu verschaffen-beides mißlang j jedoch. Danach verhielt er sich eher ruhig und bot uns 50.000 DM dafür das wir ausziehen. Nachdem wir auf dieses Angebot nicht eingegangen sind versucht er es jetzt wieder mit härteren Druckmitteln. Letzten dienstag ließ er uns das Wasser abdrehen. Das ist ja eigentlich schon unangenehm genug. Doch dazu wurde auch noch 2 Tage später eine Frau vor der Haustür von 3 Zivibullen abgefangen. Mit der Begründung des Verdachts auf Hausfriedensbruch [illegible] nahmen sie die Personalien der Frau auf, und äußerten diese an Hellmich weiterzugeben damit dieser eine Möglichkeit zu klagen hat. Wir haben keinen Bock auf dieser Ebene [illegible] weiter mit Hellmich zu verhandeln. WIR KÖNNEN AUCH ANDERS!!!

KEIN METER FÜR PETER !!!

Schüler versuchten, Landtag zu stürmen

Entwurf für Schulgesetz: Schüler demonstrierten, Parlament uneinig, keine Bannmeile

■ *Flaschen und Steine flogen in Sitzungszimmer*

Von Wulf Buschardt

BM Potsdam, 8. März

Die Steine kamen wie Blitze aus heiterem Himmel: Etwa 1000 randalierende Schüler versuchten gestern den Landtag aufzumischen. Sie überrannten Zäune, schleuderten Pflastersteine und Bierflaschen gegen die Fensterscheiben der unteren Stockwerke und versuchten das Landtagsgebäude auf dem Brauhausberg zu stürmen. Eine Handvoll Polizisten verteidigte die Eingangstüren, konnte die Krawalle jedoch nicht verhindern.

Begonnen hatte es mit einer ordnungsgemäß angemeldeten Demonstration gegen das Landesschulgesetz, das Ende des Monats vom Parlament verabschiedet werden soll. Der Landesschülerrat hatte zu der Protestkundgebung aufgerufen, an der rund 10 000 Schüler teilnahmen. Geordnet zogen sie vom Alten Markt zum am Fuß des Landtages gelegenen Hallenbad.

Dort verloren die Organisatoren die Kontrolle über die Demo. Der Sturm auf den Brauhausberg begann. Zuerst flogen Schneebälle, danach Flaschen und aus dem Pflaster gerissene Steine. Der Raum 505, in dem der Bildungsausschuß tagte, sah aus wie nach einer Explosion. Assistentin Sieglinde Reinhardt entging nur knapp einem schweren Stein. Auch der eine Etage höher tagende Landwirtschaftsausschuß mußte den Raum verlassen, als schwere Wurfgeschosse durch die Fenster flogen.

Nach Angaben der Polizei wurden vier Randalierer aus Potsdam und Brandenburg/Havel im Alter zwischen 15 und 20 Jahren vorläufig festgenommen. Bei einem wurde eine Schreckschußpistole gefunden. Nach Angaben der Organisatoren waren vor allem Kinder und Jugendliche aus Oberhavel, Potsdam-Mittelmark und Prignitz sowie aus den Städten Brandenburg und Potsdam gekommen. Den meisten von ihnen droht nach Angaben Goetjes ein Eintrag für unentschuldigtes Fehlen. Nur die Funktionäre des Landesschülerrates seien für die Demo freigestellt worden.

Alle drei Landtagsfraktionen verurteilten die gewalttätigen Ausschreitungen. Für Uta Müller (SPD), Vorsitzende des Bildungsausschusses, ist es „wirklich unglaublich, was hier heute abgegangen ist". Carola Hartfelder (CDU) fragte die PDS, „wie weit sie an den Vorbereitungen dieser Demonstration beteiligt war und in welchem Umfang sie auf Inhalt und Verlauf Einfluß genommen hat". Dem Vernehmen nach soll die PDS die Kundgebung für eventuelle Schäden versichert haben. Ähnliche Eindrücke bei der SPD. „Die Kids sind gezielt aufgehetzt worden", glaubt Sprecher Joachim Decker.

Christian Goetjes, Sprecher des Landesschulrates, hatte auf der Kundgebung vor dem Hallenbad drei Hauptforderungen gestellt: Einjährige Diskussion über das Gesetz, nur eine Schulform statt Grund-, Realschule und Gymnasium wowie Mitbestimmung der Schüler. Für den PDS-Abgeordneten Andreas Trunschke ist „der eigentliche Skandal", daß die Mitglieder des Bildungsausschusses nicht zur Kundgebung gegangen waren. Er erwartet, daß der Landesschülerrat die entstandenen Schäden nicht verantworten muß. Zu den Ausschreitungen sei es erst gekommen, nachdem die Kundgebung offiziell beendet war.

Dagegen die Polizei: „Während der Kundgebung waren die Schüler von einem Teilnehmer über Megaphon aufgefordert worden, zum Landtag vorzudringen."




Die Polizei hat hart durchgegriffen: Mehrere Randalierer wurden vorläufig festgenommen. Foto: Wächter



Jugendliche reißen gewaltsam Sperrgitter nieder. Foto: Wächter



Ergebnis der Randale: Zerstörte Fenster im Landtagsgebäude. Foto: Gurk



15 Jahre Kinderbauernhof Mauerplatz

Der Kinderbauernhof hat mal wieder Geburtstag. Am 21.3.1981 gab es das erste Nachbarschaftsfest zur offiziellen Platzbesetzung. BesetzerInnen und NachbarInnen hatten das ehemalige Trümmergrundstück vom Müll befreit, die ersten Tiere geholt, Ställe und Spielgeräte errichtet und aus eigener Kraft einfach angefangen vor allem für die Kinder ein wenig Lebensqualität in der Betonwüste zu schaffen.

Durch schöne und harte Zeiten, mit und ohne staatliche Förderung, hochgelobt und viel beschimpft konnte das Projekt weiterexistieren und zu dem wachsen, was es heute ist : ein wichtiger Treffpunkt und offener Lernort für große und kleine Menschen verschiedener Nationalitäten.
Ohne die Hilfe und Unterstützung vieler NachbarInnen, befreundeter Projekte und engagierter Menschen aus verschiedenen Bereichen wäre das nicht möglich gewesen.
Insbesondere in den letzten beiden Jahren ohne staatliche Förderung habt Ihr es durch Eure praktische Hilfe ermöglicht, daß die Tiere weitergefüttert werden konnten, Müllabfuhr, Wasserrechnung und Versicherung bezahlt werden konnten, Projekte für Kinder auf dem Platz stattfanden , wir mit einigen Kids ein paar Tage ins Umland fahren konnten und vieles mehr...

Wir möchten gemeinsam mit Euch unseren 15. Geburtstag feiern !

Ganz besonders freuen wir uns über viele Geburtstagskuchen!

Ihr seid herzlichst aufgefordert, mit einer kleinen Sachspende zur Tombola beizutragen.

Die Spenden können direkt auf dem Platz abgegeben werden (zwischen 10 Uhr und 16 Uhr ☎ 6158149) oder wir holen sie ab.
(Auf Wunsch können Spendenbescheinigungen dafür ausgestellt werden)

Musik — uSAMBAras i.W. (Sambafrauen)

Geburtstagsfest am Samstag, den 23.3.1996 ab 14 Uhr

Tombola

Wir freuen uns über viele, viele Geburtstagskuchen und Überraschungen

Essen & Getränke — Kinderprogramm

Kinderbauernhof Mauerplatz: Adalbertstraße / Bethaniendamm
U1 ,U15, U12, Kottbusser Tor ☎ 6158149

Leserbrief
Betr.: Interim 367, S. 22 "Zensur" !?!?!?, Brief des Sub. Marcos

Wir möchten uns entschieden von der Aussage des Verfassers "..Auch gab es von den Frauen der Mexiko-Gruppe die Bitte, am besten den ganzen Text wegzulassen, bis sie sich dazu ausführlicher eine Meinung gebildet haben. Dies wurde nicht getan , weil es schon wichtig ist, nachvollziehbar zu machen, warum die EZLN auf Berlin kommt"

distanzieren, da er bei seinem kurzen Besuch bei der Mexiko-Gruppe den Kontext der Diskussion nicht nachvollziehen konnte und unsere klare Stellungnahme zu dem P. S. in Marcos Brief in ein irreführendes Licht stellt(Verunsicherung).
Die Entscheidung, was und in welcher Form in der Interim veröffentlicht wurde , traf der Verfasser individuell.
Für uns weist die von Marcos angeführte Textpassage eindeutig sexistische Züge auf, die aber nicht der zapatistischen Bewegung, sondern der Person Marcos angerechnet werden müssen. Wobei uns die Frage, inwieweit Subcomandante Marcos die ihm übertragene Rolle des Sprechers der Zapatistischen Bewegung für persönliche Selbstdarstellungen mißbraucht, durchaus angebracht und notwendig erscheint.
Unsere Meinung haben wir zusammen mit den Frauen auf dem Bundestreffen in Hannover verfaßt und werden diese in einem öffentlichen Brief in der überregionalen Tageszeitung"La Jornada" erscheinen lassen.
Wir haben auch betont, daß wir an der Glaubwürdigkeit seines emanzipatorischen Politikverständnisses zweifel.

Frauen der Mexiko-Gruppe

SO NICHT...!

Feuer, Menschen, Tanz

Die Walpurgisnacht 1996 am Kollwitzplatz wird ein friedliches Fest

Die Erfahrungen aus der Walpurgisnacht 1995 haben deutlich gemacht, daß es so nicht geht - weder von seiten der Polizei und des Bezirksamts, noch seitens derer, die ihr Recht in Anspruch nehmen, zu feiern, am Feuer zusammen zu sein, zu tanzen. Die Eskalation hat auch gezeigt, wie schwierig sich die Vermittlung verschiedener Interessen an der Nutzung eines Platzes gestaltet und wie schnell ohne Interessenvermittlung Kommunikation beendet ist und in nackte Gewalt umschlägt. Die Vielzahl von Anhörungen, Diskussionsveranstaltungen und Gesprächen hat deutlich gemacht, daß, um zu verhindern, daß sich die Walpurgisnacht am Kollwitzplatz zu einem Termin für Straßenschlachten, Krawall und Auseinandersetzungen mit der Polizei verselbstständigt, nur noch 1996 die Chance besteht, um zu zeigen: Es geht auch anders.

In der Walpurgisnacht sind folgende Interessen auszugleichen bzw. zu vermitteln:

Das Verlangen der Anwohner nach etwas Ruhe und einem sauberen Platz am Morgen danach; die Wünsche der Feiernden nach einem friedlichen, selbstbestimmten und selbstorganisierten Fest, wo auch was los ist; das Interesse der Feuerwehr an ausgeschlossener Brandgefahr; und die Forderung der Polizei nach einer Veranstaltung mit Verantwortlichen, Ansprechpartnern, dem Ausschluß von Straftaten.

Initiative Walpurgis 96

Da all diese Interessen legitim sind, gibt es nur **eine** schlüssige Strategie: Ein Veranstalter übernimmt die Basisorganisation des Festes und damit die Verantwortung für die Walpurgisnacht. Glücklicherweise haben das eine Reihe von Leuten erkannt, und so arbeitet seit geraumer Zeit eine Initiative Walpurgis 96. Dieser Initiative, mittlerweile zu einer Arbeitsgemeinschaft geworden, gehören Leute aus der Betroffenenvertretung Kollwitzplatz an, vom Verein "Rund um den Kollwitzplatz", vom Abenteuerlichen Bauspielplatz, den Jusos, dem Kulturamt, dem Naturschutz- und Grünflächenamt, dem Tiefbau- und Umweltamt, der Feuerwehr und vom Polizeiabschnitt 76. Als Veranstalter werden im Auftrag der AG Walpurgis 96 die Vereine Netzwerk Spiel/Kultur und Projekte am Kollwitzplatz auftreten.

Von Nilson Kirchner, Initiative Walpurgis 96

Stand der Dinge

Die Ausweitung des Festareals zwischen Kollwitzplatz und Kreuzung Knaack-/Diedenhofer-/Rykestraße scheint geboten, um die zu erwartenden Menschenmengen nicht auf einen Ort zu konzentrieren. Die Straßen um den Kollwitzplatz, außer der Wörther Straße, und die Knaackstraße bis zum Wasserturm werden abgesperrt, und für diese Nacht wird das Parken dort nicht erwünscht sein. Es wird vier bis fünf mobile Feuerstellen geben, zwei auf dem Kollwitzplatz, eine auf der Kreuzung Kollwitz-/Knaackstraße und eine auf der Knaackstraße vor oder neben dem Wasserturm. Die Feuer sollen von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr beaufsichtigt werden. Mit der Polizei, und hier ist ausdrücklich der Abschnitt 76 in der Schönhauser Allee 22 gemeint, ist eine Sicherheitspartnerschaft mit minimaler Präsenz und Vermeidung des Einsatzes von Bundesgrenzschutz oder Bereitschaftspolizei verabredet. Absprachen mit allen Kneipen und Restaurants im Kiez werden das Ziel haben, in der Walpurgisnacht nur Getränke in Papp- oder Plastegefäßen auszugeben, um die Gefahren von Scherbenhaufen auf Straßen und Spielplätzen zu verringern. Es soll durch die Stadtreinigung und das Naturschutz- und Grünflächenamt gewährleistet werden, daß am frühen Morgen des 1. Mai das Festareal gereinigt ist. Heiß diskutiert, aber bei Großveranstaltungen nicht zu umgehen: ein eigener "Ordnungsdienst" mit Leuten aus dem Kiez als Puffer zwischen Feiernden und Polizei. Wer jetzt zweifelt, sollte bedenken: bei jeder anderen Großveranstaltung ist das üblich.

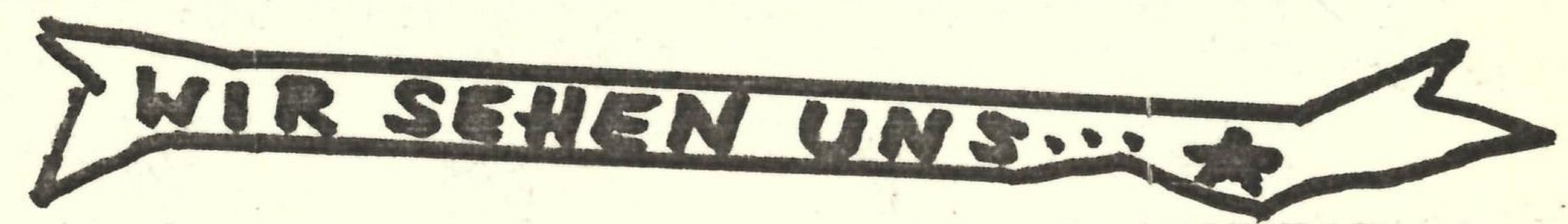


Friedliche Hexe zur Walpurgisnacht
Foto: R. Zöllner

Zum Programm

Die Walpurgisnacht 96 wird gegen 18 Uhr mit einem Kinderfest auf dem Kollwitzplatz beginnen, das gegen 21 Uhr mit einem Umzug endet, bei dem die Feuer entzündet werden. Die Walpurgisnacht soll auch in diesem Jahr durch das bereichert werden, was die Feiernden zeigen, vorführen, anbieten. Hier wird es nur wenige organisierte Programmpunkte geben, ob das nun Lichtspektakel, Performances, Straßentheater oder dergleichen sind. Die Feuerschlucker, Musiker, Tänzer ...., so denken wir, sind sowieso da. Das Umweltamt hat signalisiert, daß bei einem "ordnungsgemäßen" Antrag und bei der Vermeidung elektronisch verstärkter Musik es durchaus vorstellbar ist, eine Sondergenehmigung bis 4.00 Uhr zu erteilen. Schön wäre es, wenn die Veranstalter, die Arbeitsgemeinschaft und die Feiernden vielleicht um halb 5 in der Früh sagen können: Schönes Fest, viel Kunst, kein Streß, es geht auch anders. Damit das gelingt, sind alle aufgerufen, sich an der Vorbereitung und Durchführung der Walpurgisnacht zu beteiligen. Wir sehen uns dann.

P.S.
Das Bezirksamt hat zwar zugesagt, 2500,- DM für die Walpurgisnacht zur Verfügung zu stellen. Dennoch reicht dieses Geld allein für die notwendigsten Ausgaben - Müllbeseitigung, Feuerstellen, Kinderfest- nicht. Auch hier sind noch gute Ideen gefragt (Tel. 4425922). **N.K.**



Die Dynamik in der Diskussion um den >Mißbrauch mit dem Mißbrauch< - Ein Abriß der Zusammenhänge -

Außerdem

1. Die Kinderschutzbewegung bekommt Konkurrenz:

Zu Beginn der 70er Jahre, wurde das Thema "Kindesmißhandlung" für die sich immer stärker engagierenden Kinderschützer zum Zentrum ihrer Bemühungen. Es entstanden erste Kinderschutzeinrichtungen, so z.B. das Kinderschutzzentrum.

Die Begrifflichkeit der Kindesmißhandlung war durch drei Kernbereiche definiert:

1. Die körperliche Mißhandlung von Kindern durch Erwachsene.
2. Die Kindesvernachlässigung und
3. die damit einhergehende seelische Mißhandlung.

Ein weiterer Bereich, der aber eher eine Randerscheinung zu sein schien, war die sexuelle Kindesmißhandlung.

Das anfängliche Arbeitskonzept der Kinderschutzzentren wurde u.a. sehr von dem damals stark engagierten Reinhadt Wolff mitgeprägt.

Es basierte (u.a.) im wesentlichen auf zwei Punkten:

1. Ein nicht-straforientiertes Vorgehen bei der Beratung. Mißhandlung wurde primär als Überlastungssituation der Familie verstanden, welche durch gezielte Intervention positv verändert werden kann.
2. Das Vorgehen basierte auf den Erkenntnissen der Familientherapie und sah vor, das >erkrankte< Familiensystem zu verändern.

Das Neue an dieser Vorgehensweise war das Verständis für die Situation der Mißhandler, ohne sie aus der Verantwortung zu entlassen. Waren früher solche Familien als >asozial< stigmatisiert worden, wobei die Kinder häufig im Heim landeten, wurde hier erfolgreich versucht, neue Wege zu gehen (vergl. Wolff / Windhaus 1990 und Wolff 1975).

Die öffentlichen Reaktionen auf diese Thematik waren enorm, und neben unzähligen Presseberichten zu diesem Thema wurden vor allem dringend benötigte öffentliche Gelder bewilligt. Die Initiatoren der Kinderschutzbewegung (übrigens viel mehr Männer als Frauen) ernteten ein großes gesellschaftliches Prestige.

Parallel hierzu entstand eine Bewegung (hervorgegangen aus der Frauenbewegung), die sich mit der sexuellen Gewalt gegen Frauen und später dann gegen Kinder auseinandersetzte.

Die Besonderheit dieser Entwicklung lag darin, daß diesmal nicht die etablierten WissenschaftlerInnen, MedizinerInnen usw. die Diskussion anführten, sondern daß diese Rolle nun den betroffenen Frauen selber zukam. Somit entstand innerhalb der Mißbrauchsthematik eine neue Dimension, die vor allem der Frauenbewegung zu verdanken ist.

Die neuen wissenschaftlichen Untersuchungen von Betroffenen richteten ihr Augenmerk zunächst einmal auf die Situation von mißbrauchten Mädchen. Die Untersuchung "Väter als Täter" (Kavemann/Lohstöter, 1984) und der autobiographische Roman "Kiss Daddy Goodnight" (Louise Armstrong, 1985) sind beispielhaft dafür. Sehr viel später wurden in die Untersuchungen auch Jungen als Opfer und Mütter als Täterinnen mit einbezogen.

Sexueller Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen wurde nun weitgehend öffentlich diskutiert. Die Aussagen der WissenschaftlerInnen und AutorInnen lösten innerhalb der Gesellschaft enorme Reaktionen aus. Vor allem die Erkenntnisse, daß der >ganz normale< Mann bzw. Vater als Täter relevant ist und daß Frauen häufig ihr ganzes Leben unter den Folgen zu leiden haben, löste heftiges Entsetzen aus.

Die Thematik des sexuellen Mißbrauchs von Kindern und Jugendlichen lief, was die öffentliche Beachtung angeht, der der Kindesmißhandlung den Rang ab. Der sexuelle Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen stand von nun an im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses; die Kinderschutzbewegung hatte Konkurrenz auf eigenem Terrain bekommen.

Ziemlich schnell entbrannte ein Streit um die Dominanz des Problems. Während Frauenorganisationen den sexuellen Mißbrauch als das primäre Problem in unserer patriarchalen Gesellschaft ausmachten, bestand die Ansicht des Kinderschutzzentrums in der Annahme, sexueller Mißbrauch sei nur ein sekundäres Problem, das primäre Problem läge in der Kindesvernachlässigung. Der Hintergrund dieser Diskussionen hatte u.a. einen finanziellen Aspekt: es ging hierbei auch um die Unterstützung durch staatliche Mittel, sowie Spenden.

Desweiteren wurde den Frauen vorgeworfen, durch ihr parteiliches Vorgehen inquisitorisch undifferenziert zu handeln. Der Leitsatz sol-

cher Einrichtungen: "Glaube dem Kind, wenn es von sexuellem Mißbrauch berichtet" geriet in das Kreuzfeuer der Kritik.

Andererseits wurde der Vorgehensweise des Kinderschutzzentrums entgegengehalten, sie würde die Realität des sexuellen Mißbrauchs ignorieren und Kinder fälschlicherweise der Lüge bezichtigen.

2. Der Mißbrauch mit dem Mißbrauch, ein Schlagwort wird geprägt:

Folgt man den Ausführungen der Zeitschrift "Emma" (Emma, Sept/ Okt. 1993), so veröffentlichte Reinhardt Wolff, zusammen mit seiner Frau, 1990 einen Artikel in der Zeitschrift "sozial Extra", wo er von einem Mißbrauch mit dem Mißbrauch sprach. Dieses Schlagwort wurde sofort von den Medien aufgegriffen und journalistisch ausgeschlachtet.

"Verheiratet, Kinder? Und dazu ein Tier im Haus oder in der Wohnung? Einen Hund, eine Katze, ein Meerschweinchen? Es genügt auch eine Schildkröte - und schon ist der Vater der Familie hoch gefährdet.
Denn wer Kinder und ein Tier hat, kann sein Kind mit dem Tier erpressen. Es kann es zwingen, sexuellen Mißbrauch zu dulden und darüber zu schweigen: Pariert das Kind nicht, kommt das Tier weg."
(Zitat aus: Der Spiegel 25/94, S.94)

"Ist jedermann ein Kinderschänder" ist die bange Frage, die solche Veröffentlichungen stellvertretend für ein ganze Reihe von Männern stellt.

An diese Diskussion hängten sich nun vor allem viele Väter, die meinten, zu unrecht des sexuellen Mißbrauchs verdächtigt zu werden. Hans Geißlinger war einer der ersten, der seine Geschichte veröffentlichte (Tip 22/92), er fand große Unterstützung bei Prof. Reinhardt Wolff, sowie Katharina Rutschy, die in der Zwischenzeit (auf Anregung von Herrn Wolff) ihr Buch "Erregte Aufklärung" veröffentlichte, welches bei den LeserInnen enorme Resonanz fand.

Durch das Zusammenspiel von Medien und Wissenschaftlern wuchs der Druck auf Organisationen wie Wildwasser etc. und auf Jugendämter, die sich der Problematik annahmen.

In einer Fernsehsendung (Sendung Alex, Anfang 1994) betonte Wolff dann noch einmal seine These, daß die überwiegende Zahl von "angeblichen" Mißbrauchsfällen Phantasiegebilde seien oder als Waffe in Sorgerechtsverhandlungen eingesetzt werden. Dabei scheute er sich nicht, die Darstellungen betroffener Frauen als falsch abzutun.

Das Hauptziel der Kritik richtet sich gegen die Vorgehensweise beim Umgang mit einem Verdacht auf sexuellen Mißbrauch. Kritisiert wird ein unseriöses, manipulatives und suggestives Vorgehen bei der Verdachtsabklärung, ohne jedoch, daß konstruktive Verbesserungsvorschläge zu erkennen wären. Schriften von Reinhardt Wolff, Udo Undeutsch, Helmut Kentler, Katharina Rutschky, etc., lesen sich wie Anklageschriften bei Strafverfahren, es fehlt ihnen allen an konstruktiver Kritik. Stattdessen wird versucht, im Spiegel-Stil zu polemisieren und zu polarisieren (vergl. Rutschky, Wolff 1994).

Und es ist nur logisch, daß pädophilennahe Organisationen wie die Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität, in deren Schoß die Phädophilen einen eigenen Arbeitskreis haben, sowie die Organisation ZEGG die Thesen der KritikerInnen nur so aufsaugen.

Aber nicht nur das, es besteht zumindest der Anschein, als ob einigen KritikerInnen pädophile Organisationen gar nicht so fern liegen. So durften Pädophile z.B. mit Wissen und Duldung von der Organisatoren, bei einer von ihm organisierten Fachtagung in der TFH (im März 94) ihr Infomaterial solange auslegen, bis sie vom AStA der TFH Hausverbot bekamen.

Reaktionäre Verbündete:

Hier an der FH gibt es schon lange eine Diskus-sion über den sexuellen Mißbrauch.

Dabei tauchte als eine kontroverse Frage die Sichtweise von der sog Pädophilie auf. Pädophilie heißt aus dem Griechischen übersetzt einfach Kinderliebe. Doch im heutigen Sprachgebrauch beinhaltet dies auch immer Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern. Die Erwachsenen nennen sich oft "Kinderfreunde oder Kinderrechtler".

Mit der Forderung der Gleichstellung von Pädophilie, Homo- und Heterosexualität, begann an der FH vor ca. 5 Jahren, eine zum Teil heftige Diskussion um den sexuellen Mißbrauch.

Für mich sind es selbsternannte Kinderfreunde, die zu Kindern oft so ein Verhältnis aufbauen, durch das es zu ihrer möglichen sexuellen Befriedigung an den Kindern kommen kann. Da die Kinder nur bis zu einem bestimmten Alter für sie attraktiv sind, werden sie von den "Pädophilen" nach einer bestimmten Zeit wieder durch jünge-

rer Kinder ersetzt.

Manche dieser Kinderausbeuter rechtfertigen ihre Handlungen mit der griechischen Tradition, in der die sog. Mäzene von Jungen und jungen Männer, zur Aufrechterhaltung der persönlichen Bindung und Gunst auch sexuelle Dienstleistungen von ihnen erwarteten. Dieser Umgang mit Menschen erinnert an eine andere griechisch-römischen Tradition: die Sklaverei.

Neben der Berufung auf gesellschaftlich anerkannte Traditionen tauchen noch andere Rechtfertigungsmuster für Pädophilie/ Mißbrauch auf: Durch den Versuch, die Verurteilung des sexuellen Mißbrauchs durch eine mühselige Grenzalterdiskussion zu verhindern. Doch innerhalb der "Pädoszene" gibt es keine Diskussion um das Alter. Dort werden Kinder von ihrer Geburt bis zur Pubertät als Sexualobjekte be(ge)handelt. (zu sehen bei Kinderpornos, Büchern von Pädophilen usw).

Woher kommt trotz dieser klaren Situation immer wieder die große Lobby für die Mißbraucher?

Zum einen aus der christlichen Mißbrauchstradition (siehe Lot und seine Töchter), die aber nicht öffentlich offensiv auftritt, sondern sich hinter der Doppelmoral der traditionellen Familienstruktur versteckt.
Zum andern kommt die öffentliche Unterstützung aus dem 68er-Mythos der freien Liebe, die von manchen als grenzenlos (auch über Generationsgrenzen) gesehen wird.

Daraus folgt auch die Unterstützung der pädophilen Gruppen durch die Grünen während der 80er Jahre, die dabei besonders aus dem Schwulenbereich kam. Diese meinten, die Pädos seien die letzte wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgte Minderheit und übersahen dabei, daß diese Minderheit Kinder als Sexualobjckte zu ihrer Befriedigung benutzen.
Die Eindeutikeit dieser Unterstützung nahm mit der immer fortschreitenderen Diskussion in der Frauenbewegung um den sexuellen Mißbrauch ab. Aber die Auseinandersetzung in der Partei hält bis heute an (z.B. in der Zeitung der AL, stachlige Argumente Nov. 94).

In den letzten Jahren traten die Pädophilen nicht mehr so offen auf und organisierten sich mehr verdeckt, z.B. in sog. pädophilen Selbsthilfegruppen, oder tarnten sich mit solchen Namen wie Kinderrechtetelephon.

Die sexuelle Ausbeutung von Kindern wird zunehmend mit Rassismus und alten kolonialistischen Strukturen verknüpft. Viele deutsche und andere europäische Pädophile fahren in ärmere Länder und kaufen sich dort Kinder und sind dann wegen ihrer überdurchschnitlichen finanziellen Möglichkeiten auch von Strafe verschont.
Oft werden auch schon die Begleitmaterialien von Pädophilie, wie Kinderpornos in Ländern wie Thailand und den Philipinen produziert und durch das gut geknüpfte Netz in der BRD verkauft.

Weitere Unterstützung erhalten diese Kreise auch durch Herrn Wolff und ähnliche.
Dieser war auf der Jahresversammlung des AHS, (Arbeitskreis Humane Sexualität), welcher hauptsächlich durch die große Zahl daran beteiligter Pädophiler geprägt ist. Dort hielt Frau Rutschky ein Referat über das Thema: "Mißbrauch mit dem Mißbrauch". Es ist zu vermuten, daß die Thematik des Referates den dort anwesenden Pädophilien wissenschaftlichen Rückhalt gegeben hat.
Pädophile als Verfolgte der Gesellschaft und Wolff und Rutschky als wissenschaftliche Retter.

So wird ich auch den inhaltlichen Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit von Wolf fund Rutschky sehen.
Sie arbeiten daran, daß die Unterstützung von Kindern, die sexuell mißbraucht werden, immer schwieriger wird. Die UnterstützerInnen kommen selbst in Schwierigkeiten, wenn sie den Kindern glauben, die von ihren Mißbrauchssituationen erzählen.
Dadurch erhalten die Kinder kaum eine Zufluchtswohnung, ohne schon gerichtlich nachgewiesen zu haben, daß sie mißbraucht werden und deshalb Schutz brauchen. Die wenigen interessierten Personen auf Ämtern können nicht schon bei Signalen von Sexuellen Mißbrauch reagieren, sondern erst bei ganz offensichtichen Fällen.

Die GutachterInnen bei Prozessen sind oft mißtrauischer gegenüber den Aussagen der Kinder.
Die Gerichte haben bei ihren Urteilen oft die Öffentlichkeitsarbeit von Wolff im Kopf, die den sexuellen Mißbrauch wieder in den Bereich tabuisierter Realitäten zurückdrängen will.

Dadurch wird den Kinder bei ihrer Suche nach einem Ausweg aus der Mißbrauchssituation kaum mehr geholfen. Der sexuelle Mißbrauch wird wieder mehr zu einem perfekten, weil kaum erkannten und verfolgten Verbrechen.

Ich sehe diesen Text als eine Anregung für eine Diskussion, auch in der Frage, wem nützt die Wolff -Rutschky-Kampange eigentlich?

Auch Indianer kennen Schmerz

Daß sexueller Mißbrauch gegenüber Kindern und Jugendlichen nicht nur Mädchen betrifft, ist noch relativ wenig bekannt. Neuere Untersuchungen hingegen gehen von einem relativ hohen Anteil von betroffenen Jungen aus. Täter sind zu 90 Prozent Männer. Werden Fälle von Mißbrauch von Jungen aufgedeckt, so ist die allgemeine Reaktion eher lau, die öffentliche Empörung hält sich in Grenzen, wie der vorliegende Fall zeigt. Sicher hat das auch mit dem Jungen- und Männer-Bild zu tun, das in dieser patriarchalen Gesellschaft nach wie vor dominiert, die Opfer-Rolle paßt eben nicht zu unseren "kleinen Helden" (1).

Frauen konnten in der Vergangenheit feststellen, daß die Dimension von Mißhandlungen gegenüber Mädchen erst deutlich wurde, als sie das Thema immer mehr in die Öffentlichkeit gebracht hatten: Erst eine halbwegs entwickelte Sensibilität machte es möglich, die Fakten zu sehen und zu benennen. In Bezug auf Jungen steht diese Arbeit noch bevor. Ein kürzlich in Bremen bekanntgewordener Fall macht deutlich, wie schwer sich Beteiligte und Betroffene tun, mit sexualisierter Gewalt umzugehen. Diesen Umgang exemplarisch zu beleuchten, darum soll es in diesem Artikel gehen.

ATSV - hinter diesem Kürzel verbirgt sich ein Allgemeiner Turn- und Sportverein, ansässig in Sebaldsbrück. Anfang September wurde bekannt, daß ein Jugendtrainer der Fußball-Abteilung über Jahre hinweg sexualisierte Gewalt gegenüber Jungen ausgeübt hat. Soweit bekannt, betatschte er die ihm anvertrauten Jungen und zeigte Pornos, ließ gemeinsam onanieren. All das geschah beim Duschen nach dem Fußballtraining, auf Vereinsfahrten und in der Privatwohnung des Trainers, wohin regelmäßig Jungen zum Übernachten eingeladen wurden - mit Wissen ihrer Eltern. Fast 30 Jahre war der Mann aktiv und es ist kaum anzunehmen, daß seine sexualisierten Übergriffe nur die 20 Jungs betreffen soll, um die die Kripo sich nun kümmert. Eltern kannten Gerüchte, daß da was war, aber niemand wollte es für möglich halten und wahrhaben, niemand traute sich, den ungeheuerlichen Verdacht auszusprechen, die Vereinsverantwortlichen schon gar nicht. Ex-Jugendliche meldeten sich nun beschwichtigend zu Wort mit dem Hinweis, das ginge schon 20 Jahre so. Als der Täter mit den Vorwürfen konfrontiert wurde - zuletzt hatte er mit einem 21jährigen Kollegen gemeinsame Sache gemacht -, warf er sich vor einen Zug.

"Opfer" und Opfer

Ein erster Eindruck vom Charakter öffentlicher Reaktion und Unfähigkeit, mit sexualisierter Gewalt gegen Jungen umgehen zu können, entsteht bei Betrachtung der lokalen Berichterstattung (*Weser-Kurier*, 8.9.95, und *taz* 11.9.95, berichteten). *"Daß die Sache ausgerechnet jetzt veröffentlicht worden ist"*, wird der Vereinsvorsitzende zitiert, *"nächste Woche hätte ich nichts gesagt - aber ausgerechnet jetzt vor dem Fest."* Gemeint sind die Feiern zum 90jährigen Vereinsjubiläum und damit sind wir bei der einen Version

von Opfern: der Verein, die Betreuer und Trainer, die Mitglieder, die sich so auf das Fest gefreut hatten. Sogar der Täter, der sich *"für den Verein aufgeopfert habe"*, wird mit einbezogen. Von den Mißbrauchten ist nur am Rande die Rede, nicht die Spur von Empörung vermitteln die Artikel; kein Wort über die Gewalt, mit der sich der Täter seine Opfer gefügig machte; keine Erwähnung, welche Konsequenzen solche Gewalterfahrungen für Jungen verursachen, wie schwierig es ist, das Erlebte zu verarbeiten. Jungen als Opfer - ist das wirklich so schwer vorstellbar?

Verarbeitung oder nicht

Wenn Jungen sexualisierte Gewalt erlebt haben, stehen sie vor einer spezifischen Problematik. *(Die folgenden Beschreibungen gelten zum Teil auch für Mädchen, es soll an dieser Stelle jedoch um Jungen gehen. In diesem Text nicht von Mädchen zu reden, hat nicht Ignoranz als Hintergrund, vielmehr geht es um Ergänzung des bestehenden öffentlichen Wissens; Vergleiche zu ziehen und/oder vergleichend zu werten, ist nicht mein Interesse.)* Sexualität in patriarchalen Gesellschaften ist immer auch ein Instrument der Herrschaft, sie bedeutet für Männer oftmals Macht, für Frauen auch Unterwerfung und ständige Bedrohung. Männer sind die Aktiven, die Ausübenden und nicht die Hinnehmenden, die Opfer. Dies lernen Jungen von klein auf. Jungen also, die eine relativ 'typische' Sozialisation hinter sich haben ("ein Junge weint doch nicht"), haben besondere Probleme, mit einer Mißhandlungssituation fertig zu werden. Nach ihrem geschlechtsspezifischen Rollenverständnis kommt für sie ein Opfer-Status nicht in Frage. Sie können sich also nicht als Opfer sehen. Viele nehmen das Erlebte deshalb nicht als Gewalt wahr, versuchen es umzudeuten, fühlen sich schmutzig oder mitschuldig.

Klassische Jungen-Sozialisation hält als Lösungsstrategie für Probleme die Cowboy-Methode bereit: selbst klarkommen oder aggressiv nach außen tragen, selten vertrauliche Gespräche und Rat suchen. Eine erlebte Gewalterfahrung, besonders in sexualisierter Form, kann zu einem traumatischen Erlebnis werden. Hilfestellung in Form von Gesprächen oder Therapie wäre deshalb dringend nötig, um das Erlebte aufzuarbeiten. Wesentliche Voraussetzung bei Aufdeckung, Beratung, Therapie, Anklage ist immer die freiwillige und aktive Mitarbeit des Opfers, vorauseilende Hilfe von Eltern oder PädagogInnen wird mehr schaden als helfen.

Jungen, die sich bei den Mißhandlungen in irgendeiner Weise wohl gefühlt haben, fühlen sich leichter mitschuldig, weil sie ihre Rolle nicht mehr als passiv einordnen können und mehr mit dem eigenen Anteil am Geschehenen konfrontiert sind; manche entwickeln Schuldgefühle, weil sie interpretieren, sie seien schwul oder hätten den Täter schwul gemacht. Nach wie vor sind Jungen heute von Homophobie geprägt, die Aufarbeitung von erlebter sexualisierter Gewalt ist deshalb um so schwieriger (2). Männer, die in ihrer Jugend Mißbrauch erlebt haben, neigen zu Depression und Abspaltung (Schizophrenie).

Traumatisierend bei sexualisierter Gewalt ist nicht allein die physische Gewalt (Schläge, blaue Flecken, erzwungener Verkehr), sondern genauso die Atmosphäre, in der das alles geschieht: Täter(innen) arbeiten häufig mit subtiler Gewalt, indem sie das Auseinanderbrechen der Familie nahelegen, so tun als sei die Mißhandlung etwas "normales" oder deutlich machen, daß den Kindern im Fall von Aufdeckung sowieso niemand



glauben wird (was leider allzu häufig auch der Fall ist). Die Tatsache, daß sexualisierte Gewalt gegen Jungen häufiger außerhalb der Familie stattfindet (im Vergleich zu Mädchen), macht Aufdeckung und Aufarbeitung weniger schwierig.

Verschärfend kommt in diesem Fall der Selbstmord des Täters hinzu; anstatt Wut gegen den Täter entwickeln und sich abgrenzen zu können, fühlen sich die Jungen auch noch mit der Verantwortung für den Suizid konfrontiert, empfinden Schuldgefühle. Auf perfidere Art hätte der Täter seine Opfer für das Ausplaudern der 'Geheimnisse' nicht ein letztes Mal treffen können. Auf den zweiten Täter wird mit ziemlicher Sicherheit ein Prozeß zukommen. Die betroffenen Jungen werden vor einer mehr oder weniger großen Öffentlichkeit ihre Geschichte erzählen müssen. Es ist zu hoffen, daß dabei nicht Wunden wieder aufreißen, die wenig oder kaum vernarbt sind.

An dieser Stelle ist es angebracht, mit einigem Schwachsinn aufzuräumen, der sich hartnäckig bis in PädagogInnenkreise hält:

- Es wird behauptet, Jungen als Opfer sexualisierter Gewalt hätten eine besondere Neigung, später zu Tätern zu werden. Sie würden damit ihren erlebten Mißbrauch ausagieren. Statt dessen ist richtig: Vergleichen wir mißhandelte und nicht-mißhandelte Männer, so ist der Anteil derer, die zu Tätern werden, bei beiden Gruppen gleich groß. Die Erfahrung, sexualisierte Gewalt erlebt zu haben, prädestiniert also nicht in besonderer Weise, zum Täter zu werden. Im Gegenteil diffamiert und stigmatisiert diese falsche Folgerung die Betroffenen und fügt ihnen ein zweites Mal Schaden zu.
- Behauptet wird, sexueller Mißbrauch sei ein Unterschichtproblem. Tatsache ist, daß die Betroffenen in allen gesellschaftlichen Schichten zu finden sind (wie auch die Täter): dieses falsche Argument kann also nur den Zweck haben, die Frage zum Randproblem zu machen und einen ohnehin gebeutelten Teil der Gesellschaft einmal mehr zu stigmatisieren.
- Falsch ist auch die Behauptung, aggressives Verhalten sei generell die Reaktion mißbrauchter Jungen, dieser Unsinn ist gefangen im klassischen Jungen-Klischee.
- Es ist nicht ausgeschlossen, daß Jungen allein und ohne äußere Hilfe die Gewalterfahrung angemessen verarbeiten, dies darf aber eher als Ausnahme betrachtet werden. Der allzu häufige Hinweis auf die *"Selbstheilungskräfte"* ist jedoch nichts als Ausdruck blan- ker Ohnmacht oder die Weigerung, Wirklichkeit zu sehen wie sie ist. (Solches war leider auch vom Kinderschutz-Zentrum zu vernehmen, der einzigen Beratungsstelle in Bremen, die bislang Fachberatung für mißbrauchte Jungen und ihre Eltern anbietet.) (3)

Vieldeutige Hinweise

Auch wenn Jungen, die einen noch nicht aufgedeckten Mißbrauch erleben, das Geschehende nicht benennen können, so geben sie doch immer verschlüsselte und sehr unterschiedliche Hinweise auf ihre Notsituation. So bitter es für Eltern und PädagogInnen ist - keiner dieser Hinweise stellt einen ausreichenden Anhaltspunkt dar, daß sexualisierte Gewalt vorliegt. Statt dessen erfordert es große Mühe und Genauigkeit, Signale zu sehen, richtig zu verstehen und angemessen darauf zu reagieren.

Mehr an allgemeiner Information kann und soll dieser Artikel nicht vermitteln, dafür gibt es Literatur (s.u.). Gehen wir statt dessen noch einmal zurück nach Sebaldsbrück, zu den dort ansässigen Vereinsignoranten des ATSV.



Verdrängungsleistungen

Was sich nach Bekanntwerden der Gewalthandlungen und der Selbstbestrafung des Täters von Seiten der Vereinsrepräsentanten abspielte, war hektischer Reinwasch-Aktionismus. Schon die Sätze gegenüber der Presse zeugten nicht von der Bereitschaft, sich ernsthaft mit den Tatsachen auseinanderzusetzen, zeigten gegenüber den Betroffenen keinerlei Feinfühligkeit *("Keiner kann glauben, daß er das gemacht haben soll")*. Nachdem die Öffentlichkeit schon mal informiert war, ging mann in die Offensive. Mann plante eine Elternversammlung, die *"zur Klärung der Sachverhalte"* dienen sollte. Und um zu demonstrieren, daß mann nichts zu verbergen hatte (vielleicht auch, um Eltern einzuschüchtern, die unbequeme Fragen hatten), wurde gleich noch das Fernsehen eingeladen. Eine ganze Schwadron PädagogInnen wurde aufgefahren, um den zu befürchtenden elterlichen Ansturm zu bremsen (Kinderschutz-Zentrum, Erziehungsberatungsstelle), dazu die Kripo.

Präsident Schneider und sein Vize Siebrecht übernahmen die Initiative, ohne zu benennen, worüber sie sprachen. Sie sprachen über *"Dinge, die sich außerhalb des Sportgeschehens abgespielt hatten"* - der vielzitierte heiße Brei war kräftig am dampfen. Eine volle halbe Stunde dauerte es, bis zum ersten Mal - aus dem Publikum - die Worte *"sexueller Mißbrauch"* fielen (auch die Podiums-PädagogInnen hatten auf diese Benennung verzichtet). Schneider wiederholte seine Behauptung aus der Zeitung, nie sei *"etwas"* während der Vereinsaktivitäten geschehen und *"was in den Wohnungen unserer Mitglieder passiert, dafür können wir nicht geradestehen"*. Er wurde korrigiert von Eltern und einem Kripobeamten, der positiv auffiel durch seine treffenden Formulierungen (*"Es war ein Idealzustand für die Täter". "Die Täter sind teilweise gemeinsam vorgegangen und haben sich die Jungen regelrecht zugespielt."*). Einen Sturm von Widerspruch erntete Schneider auf seinen Vorwurf, die meisten Eltern würden ihre Jungs nur deshalb zum Verein schicken, um sie los zu sein und keine Verantwortung übernehmen zu müssen (*"Wir sind kein Aufbewahrungsort für Kinder."*). Sie träfe Schuld, wenn sie ihre Jungs einfach auswärts übernachten ließen, warum also solle jetzt der Verein Verantwortung übernehmen für das Geschehene. Der Mann buhlte um Absolution.

Ortswechsel: Stuttgart. Der Eislauftrainer Fajfr wurde *"wegen Mißhandlung und sexuellen Mißbrauchs von Schutzbefohlenen"* zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Ein Detail dieses Prozesses könnte dazu führen, daß Schneider in den Wochen vor dem Sebaldsbrücker Prozeß schlechter schläft als gewöhnlich. Wenn

er den Weser-Kurier genau gelesen hat, der am 5.12.95 berichtete: *"Dem Urteil zufolge sind Funktionäre und ehrenamtliche Vereinsmitarbeiter für das Wohl ihrer Sportler mitverantwortlich, auch wenn sie sich nicht an Straftaten beteiligen"*.

Die Sebaldsbrücker Funktionäre gingen nicht nur jeglicher Verantwortung aus dem Wege, sondern vergaben auch die Chance, Jungen in der Zukunft ähnlich schmerzhafte Erfahrungen zu ersparen, anderen Vereinen und Betreuern eine Erfahung weitergeben zu können. Es wurde nicht gefragt: Welche Strukturen haben es möglich gemacht, daß die Mißhandlungen so lange unentdeckt bleiben konnten? Durch welche Maßnahmen kann ähnliches in Zukunft verhindert werden?

Nach dem offiziellen Ende der Veranstaltung hatte *Buten und Binnen* Gelegenheit, nochmal nachzufragen. Neben empörten Eltern kamen verunsicherte Betreuer zu Wort, die jammerten, daß sie sich nicht mehr trauten, Kindern beim Sprung über den Kasten Hilfestellung zu geben, weil das ja als unsittliche Annäherung interpretiert werden könnte.

In Karlsruhe wurde vor Jahren ein Fall von sexueller Gewalt bekannt, bei dem Geld und Geschenke im Spiel waren; der Täter hatte das Opfer und dessen Eltern immer wieder reich beschenkt und Geld verliehen. Eine Art Schweigegeld sozusagen. Dies ist eine Art, sich das Stillhalten von Jungs zu erkaufen, im Sebaldsbrükker Fall hatte der Täter Erfolg mit Erpressung: Wenn du nicht mitmachst, darfst du am Samstag nicht spielen! Welche Dimension diese Drohung hat, wird erst deutlich, wenn wir uns die Beziehungen betrachten, die Männer/Väter zu Jungen pflegen. Vor allem glänzen sie durch Abwesenheit. Für Jungen gibt es meist wenige Männer, von denen sie sich ernstgenommen und beachtet fühlen, und die zum Vorbild taugen. Viele Väter kümmern sich gewöhnlich kaum um ihre Jungen, haben selten emotionale Beziehungen. Umso wichtiger für die Jungen sind die wenigen Momente, wo ihre Väter präsent sind. Fußball ist eine dieser Situationen. Wie stolz sind Väter, wenn sie am Wochenende ihre Sprößlinge auf dem Spielfeld auflaufen sehen - wie froh sind umgekehrt die Jungs, wenigstens bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit ihrer Väter auf sich ziehen zu können. Vielleicht wird damit deutlicher, unter welchem Druck Jungen stehen und warum sie sich womöglich mehr gefallen lassen als gut ist.

Gesellschaft oder Getto

Am Ende der Verdrängstaltung sollte es nochmal peinlich werden. Aus dem Nichts geholt stellte der Vereinsvorsitzende zusammenhanglos fest, daß das Vertrauen in den Verein noch da sei und dankte Trainern und Betreuern mit: *"Wir haben viel gelitten." "Wir sollten uns hiermit wieder dem zuwenden, was eigentlich unsere Aufgabe ist"*, mit diesem Schlußsatz verabschiedete sich Sportkamerad Schneider dann aus seiner Inszenierung. Den allerwenigsten der Anwesenden wird in diesem Moment bewußt gewesen sein, welch ungeheurer Zynismus gegenüber den betroffenen Jungen in diesen Worten steckte.

Jahrzehntelang haben sich vor allem Frauen, weniger Männer, damit beschäftigt, die patriarchalen Strukturen dieser Gesellschaft zu begreifen, zu brandmarken und dagegen vorzugehen. Wesentliche Einsichten wurden dabei gewonnen, das Phänomen sexualisierter Gewalt war eine der letzten Erkenntnisse. Leider blieb ein Teil dieser Erkenntnisse häufig im linken Dunstkreis hängen. Es ist ziemlich logisch, daß die 'böse Gesellschaft' nicht viel übrig hat für Kritik, die sie fundamental in Frage stellt, wie antipatriarchale Analysen dies tun. Mit dem gewonnenen Wissen jedoch in gesellschaftlichen Nischen zu verharren, bringt wenig Veränderung. Solange Linke nicht auf derartiges Geschehen reagieren (Telefonnummer und Adresse von Verein und Verantwortlichen stehen in jedem Telefonbuch), den Schneiders oder Siebrechts gegenüber keine unliebsamen Fragen stellen und/oder ihnen die Hölle heiß machen - solange werden solche Sätze auf solchen Veranstaltungen selbstverständlich sein und unwidersprochen hingenommen werden. Gesellschaft oder Ghetto ist auch hier die Frage.

Gerd Altus

Anmerkungen:

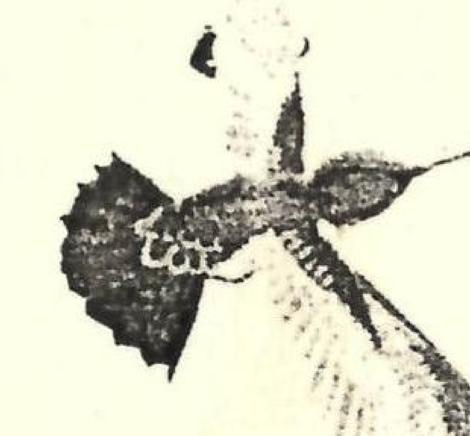
(1) Zum Begriff "sexuelle Gewalt": Genauer ist es, von "sexualisierter Gewalt" zu sprechen, denn es geht hier nicht um Sexualität, sondern Machtausübung/Gewalt steht im Vordergrund. Der Begriff "sexueller Mißbrauch" könnte den Umkehrschluß nahelegen, daß es als Gegenstück zu Mißbrauch einen "Gebrauch" gibt, was fragwürdig ist und sicher nicht im Interesse derer liegt, die sexualisierte Gewalt thematisieren.

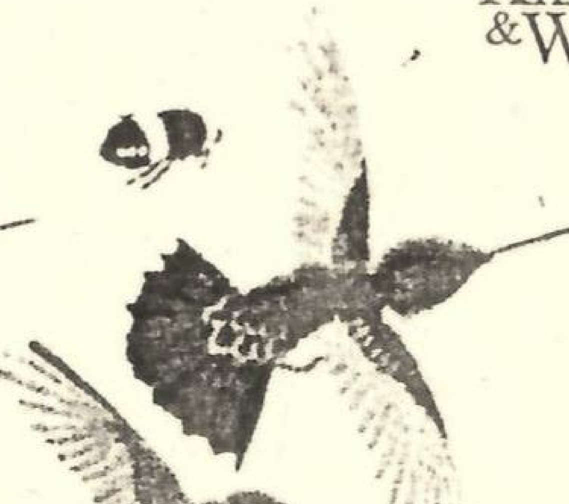
(2) Interessanterweise gab es während des Entstehens dieses Textes eifrige Diskussionen darüber, ob Homophobie weniger geworden ist in den letzten 10 bis 20 Jahren oder eher zugenommen hat; für beide Positionen gab es einleuchtende Argumente.

(3) Die Beratungssituation in Bremen ist damit ganz schlecht. Ganz anders in Städten wie Köln, Hamburg oder Kiel. Entweder Frauen- oder gemischte Initiativen haben da vor Jahren bereits angefangen, zum Thema "sexuelle Gewalt gegen Jugendliche" (also Jungen eingeschlossen) zu arbeiten und haben damit wichtige Qualifikationen, Beratungskompetenzen und Hilfsangebote geschaffen.

Literaturhinweise:

* Auch Indianer kennen Schmerz (Sexuelle Gewalt gegen Jungen), Handbuch von Dirk Bange und Ursula Enders, Verlag Kiepenheuer & Witsch, 1995, DM 19,80.
* Zart war ich, bitter wars (Handbuch gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen), Ursula Enders (Hg.), Verlag Kiepenheuer & Witsch, 1995, DM 24,80.


Irgendwie zu Pädophilie,Macht,Sex und Männerbewegung...

So,da habe ich (wie viele andere)nun gewartet und gewartet...auf die "Kommandoerklärung" zum Angrif auf xy.- Und da ich nun aber nicht weiß, was in deren Köpfen vorging/geht,bleibt mir nur die Erkenntnis,daß in "unseren Strukturen" entweder die Arroganz(so nach dem Motto:das haben wir nicht nötig,die blicken es sowie ~~so~~ nicht)ziemlich hoch ist oder der Mut zur Auseinandersetzung/Selbstkritik und Eingestehen von Fehlern etwa Höhe Teppichkante liegt.- Na gut bzw.schlecht,aber ich bezwecke ja mit diesem Artikel was(für die Interim)ganz frevelhaftes:ich will loben!!! Aber dazu später.
Erst mal meine Position:Sexueller Mißbrauch ist für mich immer da,wo ich meine sexuellen Bedürfnisse/Interessen gegen den/die andere/n durchsetze. Je mehr Macht ich habe und je abhängiger der/die andere,desto einfacher oder größer die Gefahr des sexuellen Mißbrauchs.Und da wir (noch)nicht in ´ner herrschaftsfreien Gesllschaft leben,haben wir natürlich auch mit Macht/Hierachie und dem ganzen Scheiß in unseren(2-er)Beziehungen zu tun, egal ob homo,hetero mit oder ohne Alters-/Erfahrungsdifferenz.Entsprechend kann sexueller Mißbrauch überall stattfinden! - Soweit,so altklug.
Nun ist mir nach der Veranstaltung im EX zu Pädophilie/Päderatie klar geworden,daß so ein Verallgemeinern leicht zur Relativierung der Besonderheit von Pädophilie führen kann.Das will ich auf keinen Fall.Deshalb: Ich sehe sexuelle Beziehungen zu Kindern immer als Mißbrauch an.Kindliche Sexualität und erwachsene Sexualität paßt nicht zueinander.Wer es versucht betreibt Mißbrauch!
Bei Jugendlichen,so ab der Pubertät/Geschlechtsreife,kann es m.E. anders sein,weil da die sexuellen Bedürfnisse identisch sein können.(jedenfalls fällt mir das ein,wenn ich an meine Jugend denke)-Daß ein Erwachsener-Jugendliche/r Verhältnis sehr leicht zu sexuellem Mißbrauch benutzt werden k a n n (s.o.)... keine Frage!-Da ist in diversen Interimpapieren und in der Veranstaltung im EX bzw. dem dazugehörendem Reader sehr gut drauf hingewiesen worden.Aber für mich ist das ein "kann" und kein zwangsläufiges "muß".Ich schließe mich da dem Tenor der schwulen Antifa(Nr.340) und der Frauen ohne weiße Weste(Nr.355)an,die für ein genaues Hinsehen (wie wir in der jeweiligen Beziehung miteinander umgegangen)plädieren, anstelle der stereotypen Gleichung Päderast=Mißbraucher=Raus.
Und damit komme ich zu xy:Meines Erachtens haben die Frauen ohne weiße Weste sehr gut herausgearbeitet,warum hier nicht die "klassische" Päderasten situation von Isolation,Stillschweigen und Sanktionsdrohung vorliegt xy lebt seine Liebesbeziehungen unter sozialer Kontrolle der WG,in der er lebt.Sie sind damit transparent.Die Jugendlichen haben Beziehungen untereinander und zu Jugendlichen außerhalb der WG.Sie klinken sich massiv in die Diskussion ein und verteidigen xy.-Und wer sich mit ihnen unterhält und versucht sie ein bißchen mitzukriegen,wird rasch merken,daß sie wahrlich nicht den Eindruck machen,als seien sie ferngesteuert im Sinne "ihres Chefs".-Von daher ist für mich der konkrete Fall xy abgeschlossen. Nicht abgeschlossen ist für mich die Art und Weise wie diese(und ähnliche) Diskussion abläuft:Manchmal habe ich das Gefühl,daß wir Männer in der linken Scene Mißbraucher und Vergewaltiger regelrecht brauchen.Wir können dann so richtig zeigen,wie antipatriarchal wir drauf sind und daß wir das schon längst geblickt haben.Ich will damit nicht sagen,daß mann nur was kritisieren darf,wenn mann selbst alles auf der Reihe hat...aber die Selbstverständlichkeit mit der wir Männer unsere eigenen Anteile,die grauen Flecken oder die Leichen im Keller weglassen,erweckt doch sehr den Eindruck eines sich Reinwaschen-Wollens,indem die anderen schön gekübelt werden.Als ob die Fixierung auf ein bestimmtes Schönheits-/Körperbild und die Verknüpfung von Macht/Lust uns völlig fremd wären.(warum gibt´s wohl den Ausdruck "machtgeil"?)-Die Interviews der Frauen(Nr.299+300 haben ja wohl nun auch ganz deutlich gezeigt,daß bei uns autonomen Männern -gelinde ausgedrückt- nicht alles Gold ist,was antipatriarchalisch glänzt oder wie bronca negra es m.E.`s zu Recht ausdrückt:eine antipatriar-

chale revolutionäre Männerstruktur gibt es nicht!(Nr.305).-Außer dieser Feststellung und einem Versuch von Petito Correcto(Nr.307+Ordner)in eine andere Richtung,der aber ohne Resonanz blieb,waren m.E. die Reaktionen wieder von der üblichen Sorte:Verteidigen/Rechtfertigen/Relativieren (z.B.30 oder bösartige Angriffe(Ordner 305)...alles...bloß sich nicht ehrlich mit den eigenen Leichen im Keller beschäftigen.
Und irgendwie hat mich das gewurmt und ich denke da schon länger drüber nach wie da rauszukommen ist.Aber leider haben dafür selbst 14 Tage Muße am kanarischen Strand nicht gereicht.Umso begeisterter war ich -jetzt komme ich endlich zu dem dicken Lob- als ich nach dem Urlaub die neueste Interim lese...und damit die"Einladung...der heißgeliebten Schwuchteln"- Jaah,genau das ist es.Endlich mal kein Schlagabtausch,kein intellektuelles Geprotze, nicht die zigste Infoveranstaltung...und die Idee mit den schriftlichen Beiträgen,der Jury,der Diskussionsleitung,die auf die Atmosphäre achtet... einfach Spitze!!!-Da mußte ich schnell die Interim zur Seite legen,um diese Zeilen zu tippen...denn so gefreut und so viel Lust auf eigene Mitarbeit hatte ich schon seit Jahren nicht bei ´ner Veranstaltungsankündigung.

Ein an der Diskussion interessierter und beteiligter Mann



Technische Universität Berlin



an die kolleginnen und kollegen des referats für studienangelegenheiten,

wie euch sicherlich schon aufgefallen ist, trat in letzter zeit eine anhäufung von nachweisen über die teilnahme an der besonderen prüfungsberatung auf, vielen studierenden, die es gar nicht gibt und deswegen auch nicht zur zwangsberatung erscheinen mußten, wurde dies auf den bescheinigungen bestätigt.

den massiven angriffen auf die würde von universitätsangehörigen,

der entmündigung unserer studierenden: *eine beratung, die ein grundrecht ist, mit einem zwang zu belegen, ist ein grober schlag gegen die selbstbestimmung der studierenden*

und

der gestiegenen ausbeutung unserer kolleginnen: *trotz der mehrarbeit durch die bearbeitung der nachweise wird der gleiche lohn wie vorher gezahlt,*

konnten wir nicht tatenlos zusehen.

durch die steigerung der menge an abgestempelten bescheinigungen ist unseren kolleginnen eine korrekte bearbeitung nicht mehr zuzumuten, da zwischen den tausenden an nicht existierenden studierenden immer wieder studierende zu finden sind, die wegen computerfehlfunktion irrtümlich angeschrieben worden sind und das von unseren kolleginnen des referats für studienangelegenheiten daraufhin auch ordnungsgemäß bestätigt bekamen.

!!! verweigert sämtliche handlangerdienste zum thema zwangsberatung !!!

unser ziel ist die gleichberechtigte selbstverwaltung an unserer universität. unser kampf richtet sich gegen die privatisierung der hochschulen und deren umstrukturierung in profit-center. von universitären veränderungen sind wir gemeinsam betroffen und gemeinsam sind wir unwiderstehlich...

schwestern und brüder - wir lieben euch !

für eine uni ohne zwang !

kommando pippi langstrumpf *februar 1996*

✂ -

Nachweis über die Teilnahme an der besonderen Prüfungsberatung

Keine besondere Prüfungsberatung erforderlich. FEB. 1996 Berlin, den

Name: Langstrumpf, Pippi

Matr.Nr.: 130695

O.g. Studentin / Student hat an der besonderen Prüfungsberatung teilgenommen.

Berlin, den ______ 1995

Unterschrift der Beraterin/des Beraters   Stempel

Forscher warnen vor Gen-Pflanze

Resistenz von Raps auf Wildform übertragen

Ein in Raps eingebautes fremdes Gen wird spontan auf eine wildlebende Pflanze übertragen. Dies entdeckten erstmals dänische Forscher. Damit erhält die Kritik an Freilandexperimenten mit gentechnisch veränderten Pflanzen neue Nahrung.

Thomas Mikkeisen und Bente Anderson vom dänischen Riso National Laboratory untersuchten die Kreuzungseffekte zwischen genmanipuliertem Ölraps und einem nahen Verwandten, dem Wildkraut Brassica campestris. Der Raps enthielt ein Fremd-Gen, das ihn gegen das weitverbreitete Pflanzenschutzmittel „Basta" resistent macht. Wie das britische Fachblatt Nature in seiner neuesten Ausgabe berichtet, traten bei den Kreuzungsversuchen schon nach zwei Generationen fortpflanzungsfähige Exemplare der Wildpflanze auf, die nun jedoch ebenfalls das Fremd-Gen enthielten. Die Folge ist, daß auch diese Pflanzen gegen das Herbizid resistent sind. Damit besteht die Gefahr, daß durch unkontrollierte Übertragung von Genen eine Art Super-Unkraut entsteht, dem mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr beizukommen ist. Die Forscher empfehlen, künftig bei der Freisetzung gentechnisch manipulierter Pflanzen vorsichtiger zu sein.

Die Entwicklung eines Herbizides wie „Basta" kostet zwischen 300 und 400 Millionen Mark – herbizidresistente Kulturpflanzen würden diese enormen Kosten bei weitem wieder einbringen. Schon Ende letzten Jahres testete AgrEvo, eine von den Chemiegiganten Hoechst und Schering 1993 gegründete Firma, gegen „Basta" resistente Rapspflanzen auf einer Wölfersheimer Versuchsfläche; in Kanada wächst transgener Ölraps bereits auf insgesamt 10 000 Hektar. „Uns irritieren die Ergebnisse der dänischen Forscher nicht", so AgrEvo-Sprecher Gerhard Waitz, „denn in Deutschland kommt das besagte Unkraut sowieso nicht vor."

Als Unkraut wächst hierzulande Brassica campestris, eine Ölpflanze, tatsächlich nicht – doch immerhin als Kulturpflanze. mv

1. Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30.Mai - 2.Juni 1996 in Berlin

"ES IST NICHT NOTWENDIG, DIE WELT ZU EROBERN.
ES REICHT, SIE NEU ZU SCHAFFEN.
DURCH UNS. HEUTE."
(SUBCOMANDANTE MARCOS)

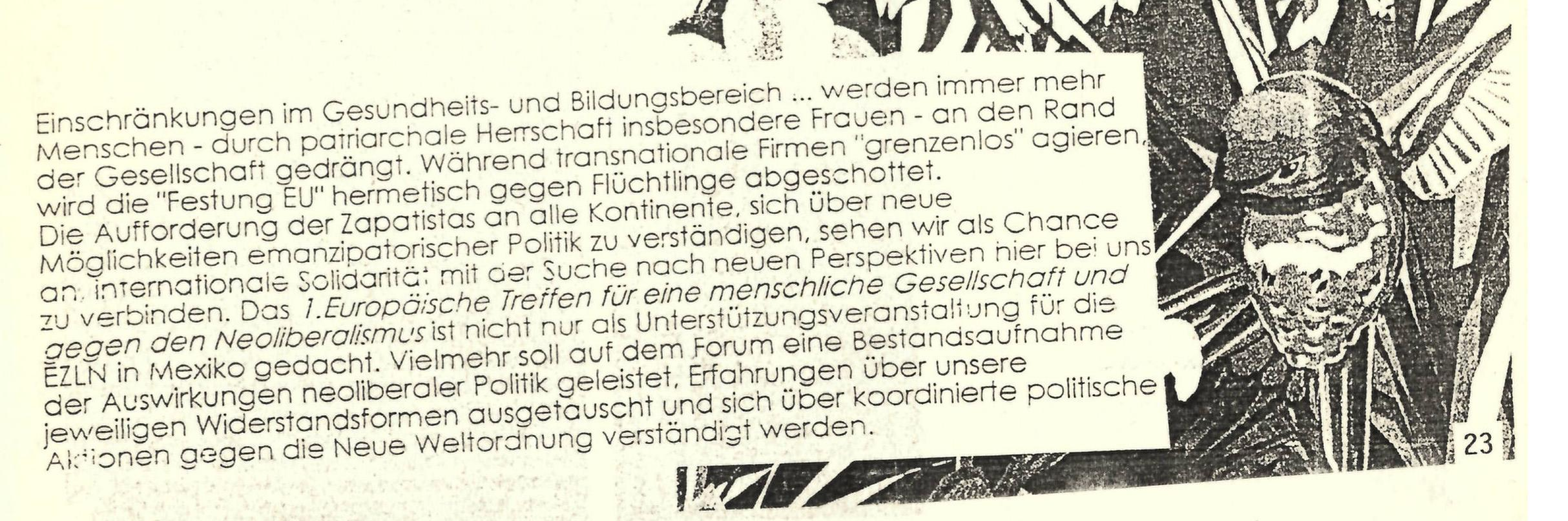
Im Januar 96 gab die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Mexiko ihren Vorschlag zur Durchführung eines *Interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus vom 27.7.- 3.8.96 in Chiapas* bekannt. Dieser wird unter weltweiter Beteiligung in den zapatistischen Gebieten stattfinden. Zur Vorbereitung schlug die EZLN kontinentale Treffen - auf denen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des Neoliberalismus in unseren jeweiligen Ländern diskutiert werden soll - in Amerika (La Realidad), Afrika (Ort ungewiß), Ozeanien (Sidney), Asien (Tokio) und Europa (Berlin) vor.

Wie alles anfing:

Am 1.Januar 94 wurde Mexiko in die gemeinsame Freihandelszone mit den USA und Kanada, mit 370 Mio. VerbraucherInnen der größte zwischenstaatliche Binnenmarkt der Welt, integriert. Als ebenfalls am 1.Januar 94 indianische Aufständische im südöstlichen Bundesstaat Chiapas mehrere Städte besetzten und der mexikanischen Regierung den Krieg erklärten, ahnte noch niemand die Erschütterungen, die diese Rebellion auslösen würde.
Zwei Jahre später hat sich die Situation in Mexiko grundlegend verändert. Während die seit Dezember 94 von Präsident Zedillo geführte Regierung aufgrund wirtschaftlicher Rezession und interner Machtkämpfe in eine ernsthafte Krise geraten ist, hat die EZLN an politischem Einfluß gewonnen. Militärisch unterlegen und in den Lacandonischen Urwald zurückgedrängt, haben die Zapatistas einen gesellschaftlichen Wandel eingeleitet, der die über 60 Jahre alte Herrschaft der Staatspartei PRI ins Wanken bringt.
Der Aufstand der EZLN zielt nicht auf eine militärische Machtübernahme, sondern auf die Zerstörung der Machtzentren. Vielmehr stellen die Zapatistas ein politisches Gewissen dar, das auf der Suche nach einer neuen politischen Kultur ist. In der jetzigen Situation gehen von der EZLN Impulse zum Aufbau einer breiten und zivilen Oppositionsbewegung gegen die Einparteien-Diktatur aus.
Das verbindende Element dieses neuen Bündnisses besteht in der gemeinsamen Ablehnung des auf alle Lebensbereiche wirkenden neoliberalen Modernisierungsprogramms der Herrschenden, das die bestehende Ungleichheit - nach Angaben der UNO leben 40 Mio. MexikanerInnen in Armut - zementiert und verschärft.

Was geht uns das eigentlich an?

Das YA BASTA! der Zapatistas ist eine Kriegserklärung gegen das weltweite neoliberale Projekt, dessen Auswirkungen nicht überall einheitlich sind, jedoch einer Grundidee folgen: Menschen dienen ausschließlich Verwertungsinteressen einiger weniger Konzerne - wer als Arbeitskraft oder Konsument/in nicht in den Vermarktungsprozeß integriert werden kann, wird ausgegrenzt. Ob in der Europäischen Union (EU) oder der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA), die neoliberalen Programme hinterlassen weltweit - wenn auch unterschiedlich brutal - schmerzhafte Spuren: Durch Privatisierungen, Rationalisierungen, steigende Lebenshaltungskosten, Lohnsenkungen, Sozialabbau und



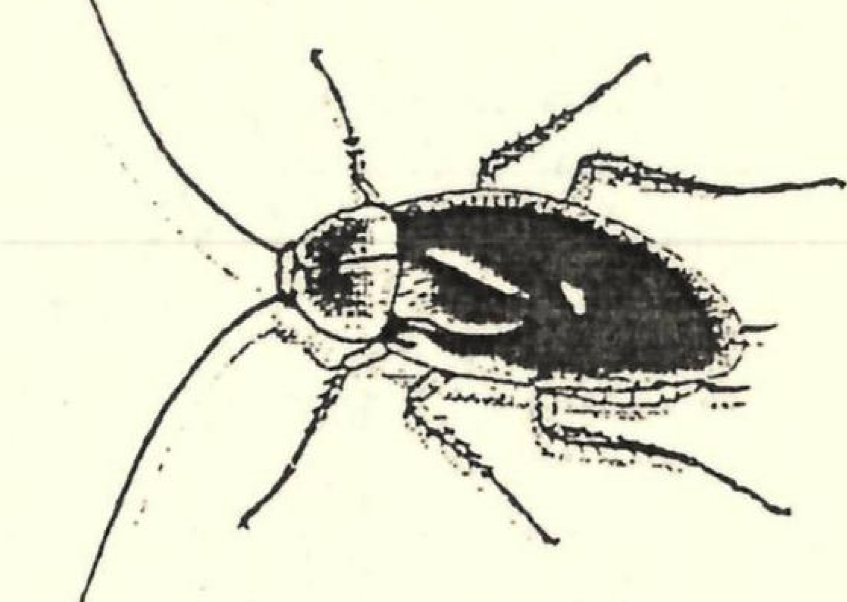
Einschränkungen im Gesundheits- und Bildungsbereich ... werden immer mehr Menschen - durch patriarchale Herrschaft insbesondere Frauen - an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Während transnationale Firmen "grenzenlos" agieren, wird die "Festung EU" hermetisch gegen Flüchtlinge abgeschottet.
Die Aufforderung der Zapatistas an alle Kontinente, sich über neue Möglichkeiten emanzipatorischer Politik zu verständigen, sehen wir als Chance an, internationale Solidarität mit der Suche nach neuen Perspektiven hier bei uns zu verbinden. Das *1.Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus* ist nicht nur als Unterstützungsveranstaltung für die EZLN in Mexiko gedacht. Vielmehr soll auf dem Forum eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen neoliberaler Politik geleistet, Erfahrungen über unsere jeweiligen Widerstandsformen ausgetauscht und sich über koordinierte politische Aktionen gegen die Neue Weltordnung verständigt werden.

Und so geht es weiter:

Die inhaltliche Vorbereitung des 1.Europäischen Treffens soll von den verschiedensten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen verantwortlich getragen werden. Dabei sollen die verschiedenen Themen unter den 3 Aspekten *Analyse, Widerstandsformen* und *Perspektiven* diskutiert werden.
Organisatorisch ist es folgendermaßen gedacht:
Eine kurze Darstellung der eigenen politischen Arbeit und/oder ein konkreter Vorschlag zu einer Arbeitsgruppe auf dem Treffen wird zu einem Sammelpunkt in der Schweiz geschickt, da diese 5-sprachig arbeiten kann (spanisch, französisch, italienisch, englisch und deutsch). Dort werden die Inhalte sortiert und Kontakt zwischen den Gruppen hergestellt, die zu einem gleichen Thema arbeiten, sodaß ein Austausch und die inhaltliche Koordination der AG schon im Vorfeld des Treffens möglich ist; z.B. eine Gruppe in Dänemark und eine in Spanien, die zur Migration arbeiten. Wichtig ist, daß die Teilnehmenden nicht nur politische Stellungnahmen konsumieren, sondern ihre eigenen Ideen für das Treffen vorbereiten und einbringen. Die 3 Aspekte, *Analyse, Widerstand* und *Perspektiven* sollen wie ein roter Faden jede AG begleiten.
Selbstverständlich sind auch alle Frauen und Männer, die nicht politisch aktiv sind, herzlich zur Mitarbeit eingeladen.
Für Kinderbetreuung wird auch gesorgt.
Als Ergebnis des Treffens wünschen wir uns, daß sich aus den Arbeitsgruppen und Diskussionen heraus erste Ansätze einer dauerhaften europaweiten Vernetzung der derzeit noch vielfach isolierten Gruppen und Initiativen ergibt, und so eine Basis für die weitere Zusammenarbeit in den Ländern Europas geschaffen wird.
Der Funke hat gezündet. Wir haben ihn aufgenommen.
Lassen wir ihn nicht verlöschen. YA BASTA!

Solidaridad Directa und
Mexiko-Gruppe im FDCL
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Tel. 6946101 (Mo 20 Uhr)
Fax. 6926590

Sammelpunkt der Themen:
Solidaridad Directa
Postfach 8616
CH-8036 Schweiz
Fax. 00-41-1-2719012



Wir benötigen dringend Spenden für das 1.Europäische Treffen:

Mexiko-Gruppe, B. Mulfinger
Berliner Volksbank, Kto.120 17 200, BLZ.100 900 00







mit den angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Göttingen

Am 5./6. Juli 1994 kam es in Göttingen nach über zweijähriger Ermittlung nach §129/129a (Unterstützung von, Werbung für oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) zu einer Großrazzia durch das Bundes- und Landeskriminalamt sowie den örtlichen Behörden.

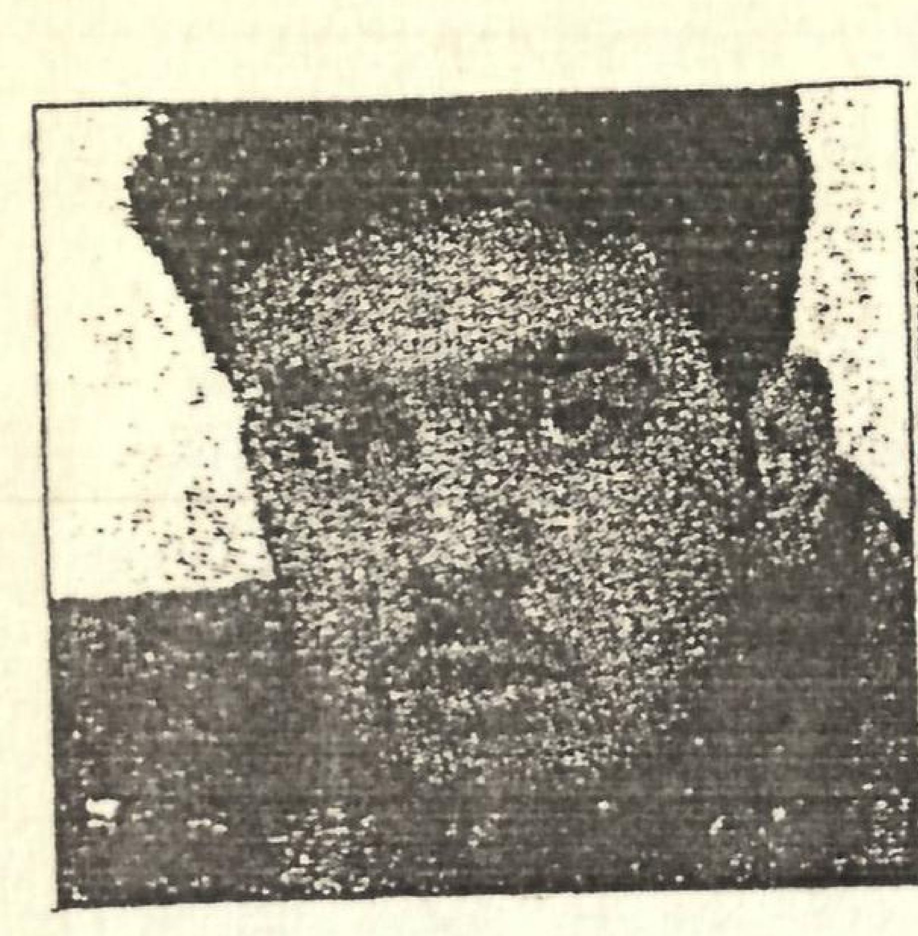
Nach über einjährigem Presse- und Behörden-Hick-Hack entschied der Bundesgerichtshof am 6. August 1995 17 Antifaschistinnen und Antifaschisten den Prozeß nach §129 (kriminelle Vereinigung) vor der Staatsschutzkammer Lüneburg zu machen.

Alle 17 Angeklagten sollen von Mai 1996 bis April 1997 an zunächst 114 Verhandlungstagen vor Gericht stehen. Pro Woche sind 3 Verhandlungstage angesetzt. Der Antrag auf Verlegung dieses Mammutprozesses nach Göttingen wurde abgelehnt. Damit erhalten die angeklagten Antifaschistinnen und Antifaschisten schon vor Ende des Prozesses ein Urteil: Arbeitslosigkeit, mindestens 114 Tage Freiheitsentzug und finanzieller Ruin.

Mit diesem Prozeß gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten soll bundesweit ein Exempel statuiert werden, welches für die repressive Stoßrichtung bundesdeutscher Innenpolitik einschneidende Bedeutung hat.

Mit der Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) droht ein Präzedenzfall, der jede außerparlamentarische Arbeit, die sich nicht in das enge Korsett behördlicher und juristischer Reglementierung pressen läßt, von vorne herein – präventiv – zur kriminellen Tat erklärt.

Unser Sohn, unser Bruder, unser Freund SAFWAN EID muß freigelassen werden!



Safwan ist der viertälteste Sohn unserer Familie; er hat hier noch 6 Brüder und eine Schwester. Wir alle sind im Libanon geboren. Wir leben jetzt seit 6 Jahren in Deutschland. Wir mußten unser Land verlassen, weil dort seit vielen Jahren Krieg herrscht. 3 Jahre haben wir in Lübeck in der Neuen Hafenstraße gewohnt. Unser Zusammenleben mit den Familien aus Angola, Syrien, Togo und Zaire war Leben wie in **einer großen Familie**: unsere Kinder haben überall im Haus miteinander gespielt - egal, ob sie schwarz, braun oder weiß waren. Wir haben **in Frieden und Freundschaft** zusammengelebt - so eng und nah, wie selten in einer Unterkunft für Flüchtlinge. Jetzt behaupten die Medien einen bösen Streit zwischen Arabern und Afrikanern. Diesen Streit gibt es nicht. **Es wird ihnen nicht gelingen, uns zu spalten.**

Safwan ist kein Brandstifter. Er hat nicht das Haus angesteckt, in dem seine Freunde und seine eigene Familie gewohnt haben, getötet oder schwer verletzt wurden. Und er ist kein Kind, das mit Feuer spielt und sich dann ruhig ins Bett legt, bis das Feuer sein Gesicht verbrennt. Safwan ist mit seinen Brüdern zu Bett gegangen und erst von den Schreien der Nachbarn geweckt worden. Ihm schlugen Flammen und Rauch im IV. Stock des Hauses entgegen. Unter Einsatz seines Lebens hat er **viele Kinder aus dem Haus gerettet** und Verletzte zu den Sanitätern gebracht. Safwan hatte kein Motiv für diese furchtbare Tat: er hatte **keinen Streit** mit seinem Vater; es gab **keinen Streit** mit Gustave um eine Frau; es gab **keinen Haß** zwischen unseren Familien.

Safwan sitzt trotzdem seit dem 20. Januar in Untersuchungshaft. Er soll einem Sanitäter der Feuerwehr gesagt haben: "wir waren es!" Das stimmt nicht. Safwan saß im Rettungswagen neben seinem Bruder. Wir haben uns darüber unterhalten, ob unsere Unterkunft und wir selbst nun auch Opfer deutscher Faschisten geworden sind. Dabei fielen die Worte: **"wer war es?"** "wer kann so etwas nur tun?" und **"ja, sie waren es!"** Es war so laut im Rettungswagen, daß man nicht flüstern konnte: das Motorengeräusch und die laute Klage einer Frau, die ihr Kind in den Flammen verloren hatte. Alles, was Safwan im Rettungswagen sagt, müssen alle gehört haben - auch die Polizei, die im Fahrzeug saß. Erst nach 2 Tagen erinnert sich der Feuerwehrmann, nachdem eine Belohnung zur Ergreifung der Täter ausgeschrieben ist.

Safwan wird **Täterwissen unterstellt.** Er ist nicht der Täter. Unser Vater hat ihm seine Beobachtungen mitgeteilt, als Safwan ihn zum Rettungswagen brachte: Das Feuer soll vor der Wohnung unseres Vaters ausgebrochen sein; wir selbst, Safwan und 2 seiner Brüder, haben im IV. Stock des Hauses gewohnt und auch in dieser Nacht geschlafen. Safwan hat auch **kein Geständnis** abgelegt: er hat nur bedauert, überhaupt mit dem Sanitäter der Feuerwehr gesprochen zu haben - das, sagte er, war **ein großer Fehler.** Er hat ihn falsch verstanden oder er lügt. Und Safwan hat Allah **nicht um Vergebung gebeten** für den Brandanschlag: er ist dafür nicht verantwortlich. Wie alle gläubigen Moslems hat Safwan im Fastenmonat Ramadan (21. Januar bis 20. Februar) seinen Gott um Vergebung gebeten. Das ist kein Anerkenntnis einer konkreten Schuld, sondern Abbitte für seine Sünden - wie auch im Christentum üblich.

Safwan muß sofort freigelassen werden. Alles, was wir gesagt und hier geschrieben haben, weiß die Staatsanwaltschaft - aber sie glaubt uns nicht. Die Aussage von einem deutschen Sanitäter ist **mehr wert** als die Berichte von 30 Flüchtlingen. Ein **Deutscher soll nicht der Täter sein.** Wir werden ein **zweites Mal verfolgt**: wir waren die Opfer des Brandanschlags, jetzt sind wir die Opfer der Ermittlungen.

Safwan muß sofort freigelassen werden! Bitte helfen Sie uns!

Protokoll des 1.Mai Vorbereitungstreffens vom 15.3.

Anwesend waren ca. 15 Gruppen

1.) Vorstellung der Blockvorbereitungen:
Es laufen Vorbereitungen für Frauen/Lesben-Block, Antifa- Block und Sozialrevolutionären Block

2.)Diskussion um Anfangsort der Demonstration:
Erneute Diskussion um Prenzlauer Berg oder Kreuzberg; die Argumente waren im wesentlichen die gleichen der Vorwoche. Da keine Einigung zu erzielen war, wird es nächste Woche zur Abstimmung nach Gruppen kommen; nachdem diesmal die Begründungen für die beiden Orte ausführlich dargestellt wurden.

3.)Verhalten gegenüber der RIM/RK:
Einige Gruppen äußerten erneut die Ansicht, daß es falsch wäre, die RK von der Vorbereitung auszugrenzen. Andere sträuben sich vehement gegen deren Teilnahme. Als Kompromiß wurde beschlossen, daß die RK bei der nächsten Vorbereitung über den Demoort mit abstimmen können. Außerdem wird grundsätzlich von den Gruppen über eine weitere Teilnahme oder Nichtteilnahme der RK an der Vorbereitung abgestimmt. Es gab keinen Widerspruch dagegen, daß die RK bei der Demo mitgehen können.

4.)AG-Vorstellungen:
Es soll Ags zu Pressearbeit, Mobilisierung, Demotechniks und Aufruf/Plakat geben, die nächste Woche aufgeteilt werden sollen.

Interessierte Gruppen können sich für eine Teilnahme an der Vorbereitung weiterhin im Nachladen,Waldemarstr.36 am MO,MI,FR 16-20 Uhr die notwendigen Informationen besorgen.

Polizei drangsaliert „African Market" im Wedding

Wer einen Laden hat, in dem afrikanische Waren angeboten werden und dementsprechend Kundschaft mit schwarzer Hautfarbe, muß hierzulande damit rechnen, allein deshalb besonders ins Visier der Polizei zu geraten: Man wird zum beliebten Ziel von Paßkontrollen und Durchsuchungen.

So unter anderem geschehen im Wedding in der Schwedenstraße: Offenbar als Treffpunkt afrikanischer Menschen per se verdächtig, mußte der afrikanische Laden dort in kürzesten Zeitabständen Polizeirazzien über sich ergehen lassen. Kunden wurden kontrolliert, Geld wurde beschlagnahmt und teilweise unter Vorwänden nicht zurückgegeben, sogar ein nächtlicher „Besuch" von Zivilbeamten fand statt, der nachher von diesen abgestritten wurde.

Die Beamten wiesen sich nicht aus und gebärdeten sich eher wie eine Schlägertruppe, einen Durchsuchungsbefehl zeigten sie nie vor. Gründe für die Kontrollen gaben sie ebenfalls nicht an. Schließlich griffen sie auch zu Gewalt und verletzten die Geschäftsleiterin, Frau O. K. erheblich.

Wie kann man sich gegen derart randalierende Polizeieinheiten (die übrigens namentlich bekannt sind und aus der Pankstraßen-Wache stammen) wehren ? Die Polizei rufen ? Das hat Frau O. K. versucht, aber auf ihre uniformierten Kollegen wollten die Beamten nicht warten und reagierten mit Gewalttätigkeiten.

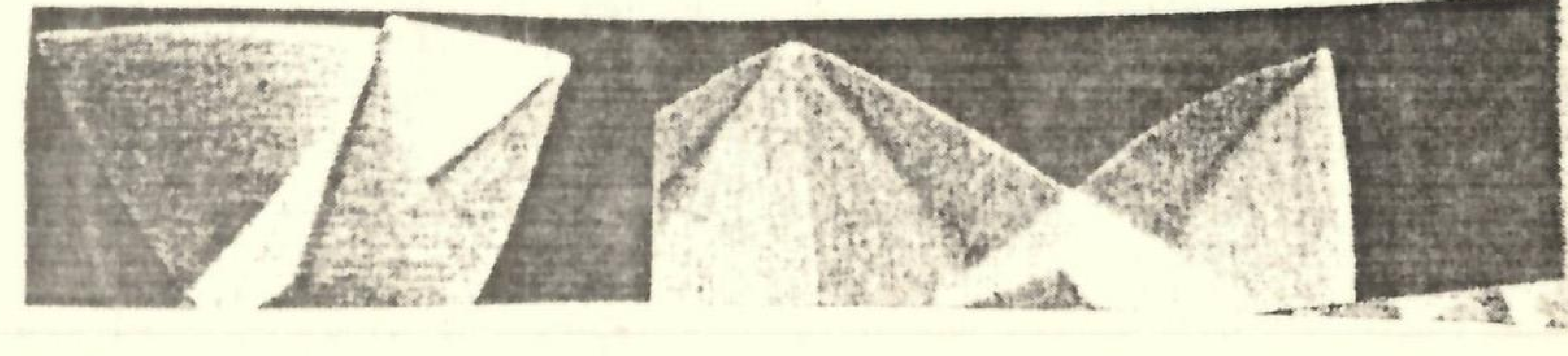
Versuchen, sich auf rechtsstaatlichem Wege zu wehren, d. h. durch eine Anzeige gegen die schikanierenden Beamten kann man anscheinend nur abraten, denn dann passiert folgendes: Das Verfahren gegen die Polizisten wird nach kurzer Zeit eingestellt. Man selber erhält aber von diesen wiederum eine Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und die Beamten treten geschlossen gegen einen als Zeugen auf.

Das Verfahren, das die Geschäftsleiterin des African Market anstrengte, wie sie von den Beamten verletzt worden war, wurde ebenfalls eingestellt. Die Gewalttätigkeiten der Polizisten wurden auch nicht geleugnet sondern die empörende Begründung für die Einstellung des Verfahrens lautete: Die Beamten hätten sonst die Türe eintreten müssen und das wäre ja kein milderes Mittel gewesen.

Stattdessen wird nun gegen Frau O. K. wegen Widerstands ermittelt und es wird womöglich einen Prozeß gegen sie geben. Die Kontrollen laufen weiter, zur Zeit gelegentlich vor dem Laden.

Wir halten dieses Vorgehen der Polizei für rassistisch: Ein Geschäft, die dort arbeitende Frau und die KundInnen werden allein aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Hautfarbe dauernder Gefahr von willkürlichen und handgreiflichen Polizeieinsätzen ausgeliefert. Das Bild vom „kriminellen Ausländer" wird wieder einmal verfestigt.

Wir wünschen uns nachbarschaftliche Solidarität: Man kann öfters mal am Laden vorbeischauen und wenn es wieder einen „Besuch" so einer randalierenden Polizeieinheit gibt, hingehen, und sagen was man davon hält und sich als Zeuge/ Zeugin zur Verfügung stellen. Wir wollen Frau O. K. auch weiterhin unterstützen besonders für den Fall, daß gegen sie ein Prozeß stattfindet. Und wir fordern die Weiterführung des Verfahrens gegen die Polizeibeamten Und natürlich ein Ende der Schikanen gegen den „African Market".



Betrifft: Hauptstadt/Regierungsumzug

Lafayette/Umstruckturierung
Berlin-pleite/Sozialabbau-Diätenerh.
Arbeitslosenzahl-Rekord
subventionierter Leerstand-Obdachlosigk.
illegaler Hausabriss-Rigaer 27(mit PDS-Hilfe)
....

Dienstag 5.3.96 Alexanderplatz
Gontard-/Panoramastr.

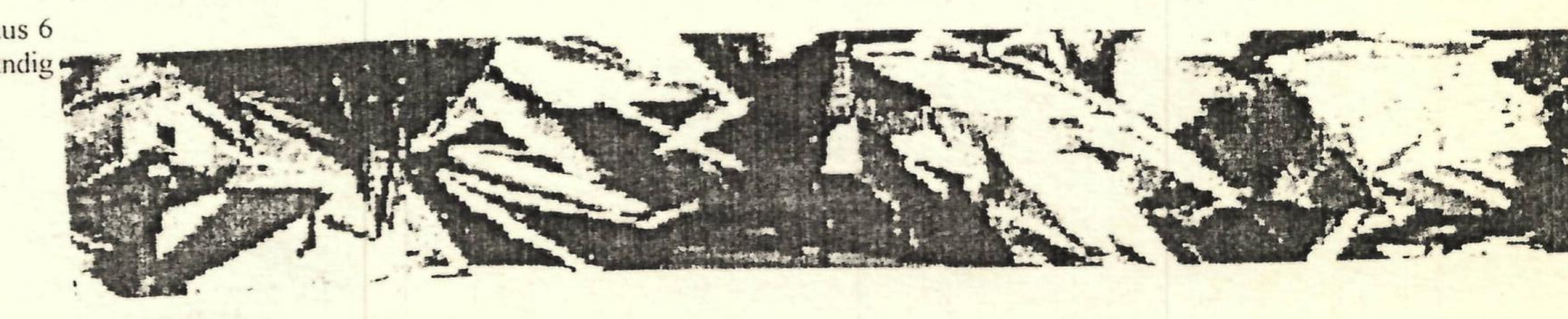
2schwarze Limousinen Daimler BN-EW 279
+ Diplomat(CD)AUDI 0-143-51

Ergebnis: je 4 platte Reifen

Zur Kundgebung am **8. März**, dem **Internationalen Frauenkampftag** am Frauenknast Plötzensee kamen ca. 350 FrauenLesben trotz eisiger Kälte. Die Stimmung war gut, allerdings war das Aushaltevermögen bei dieser Witterung nicht allzu groß, sodaß die Kundgebung abgekürzt wurde und nicht alle Redebeiträge gehalten wurden. Deshalb werden in Kürze sämtliche Redebeiträge veröffentlicht.(Wo teilen wir euch noch mit) Wegen der aktuellen Situation in der Plötze, d.h. der bevorstehenden Auflösung als Frauenknast und Verlegung der Frauen auf verschiedene Knäste im Umland, wollen wir zunächst schon mal 2 Briefe von den Frauen aus Haus IV und Haus VI veröffentlichen.

Brief der Frauen aus Haus VI

Seit langer Zeit ist es bekannt, daß die JVA für Frauen in Berlin dezentralisiert werden soll. Es entstehen neue Einrichtungen für Frauen, in denen sie abteilungsweise zum fertigen Termin einziehen sollen.
Der offene Vollzug für Frauen entsteht in der Ollenhauerstraße. Die Fertigstellung ist für das erste Quartal 1997 festgelegt. Doch durch Baustops und fehlende fianzielle Mittel kann niemand hundertprozentig diesen Termin bestätigen.
Anfang Februar 96 nun wurde den Frauen des offenen Vollzuges mitgeteilt, daß sie das Haus 6 bis zum 29.2. zu räumen hätten. Dies war eine Entscheidung des Senats und dieser sollte unbedingt Folge geleistet werden. Doch es wurde vergessen, ein Konzept zu entwickeln, wohin die Frauen nun bitte schön zu ziehen haben. Diese Aufgabe wurde „verantwortungsvoll" den Bediensteten übergeben. Die inhaftierten Frauen wurden sofort aktiv und versuchten auf die bevorstehenden Probleme aufmerksam zu machen. Doch leider gab es für die Argumentation der Frauen kein offenes Ohr beim Senat, da einzig und allein nur die Plätze zählen, die die Frauen frei machen sollten. Als Alternative bot man uns an, wieder hinter die Mauern zu ziehen und dann erst weiter zu sehen, wie der offene Vollzug hinter der Mauer zu praktizieren sei.
Die Frauen sollten in den Hochsicherheitstrakt der Anstalt verlegt werden. Dagegen wehrten sie sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.
Der Kampf der Frauen brachte soviel, daß sie nicht mehr hinter die Mauer müssen und vorerst eine Station im Haus 6 bleibt. Der Rest der Frauen mußte nach Neukölln in die Neuwidellastr. 4 ziehen, welches dem SoTha-Konzept (sozialtherapeutisch) unterliegt. Die Frauen des offenen Vollzuges wurden gesplittet und diejenigen, die nach Neukölln zogen unterliegen den Beamten und Therapeuten des „Sozialtherapie-Konzepts".
Das Ziel der Frauen ist es, sei es auch nur übergangsweise, den offenen Vollzug für Frauen zu erhalten, damit auch die Frauen hinter der Mauer die Chance haben, am offenen Vollzug teilzunehmen.
Wir lehnen den Knast als solches ab, da wir wissen, daß das Rechtssystem extrem frauenfeindlich ist. Wir verteidigen den offenen Vollzug, da er die einzige Möglichkeit ist, als Gefangene am Leben draußen teilzunehmen.
Für die Frauen hinter der Mauer wird die Situation nach ihrem Umzug noch viel schlimmer. So sollten die Drogenabhängigen in Lichtenberg vollständig isoliert werden.
Wir bitten Euch, auch mit diesen Frauen solidarisch zu sein.
Zum Schluß sei nur noch gesagt, daß den Frauen bewußt ist, das Ihnen die Station im Haus 6 trotz großer Versprechungen des Senats nicht sicher ist, da die SoTha in Neukölln ständig Nachschub braucht.



Brief nach draußen.

Über die schnelle Verlegung der Frauen aus Haus VI sind wir sauer!
Zwar bleibt eine Station in Haus VI bestehen, aber da die Station „ausgetrocknet" werden soll, ist für Frauen, die aus dem geschlossenen in den offenen Vollzug verlegt werden wollen, kaum eine kleine Möglichkeit. Wir als Betroffene werden wieder einmal nicht gefragt, sondern die Probleme der Männer werden auf unserem Rücken ausgetragen.
Auch hinter der Verlegung der Frauenhaftanstalt in die einzelnen Stadtteile Berlins stehen nicht die Interessen der Frauen, sondern allein die Tatsache das der Männervollzug aus allen Nähten platzt

Das ist nicht unser Problem!!!

Wir behaupten: die Vollzugsbedingungen werden dadurch nicht verbessert, sondern gerade für BTMlerinnen noch unhaltbarer. Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sind überhaupt nicht geklärt. Schon jetzt gibt es kaum Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Fortbildung.
Auch protestieren wir gegen die Streichpolitik des Senats. Wir wollen, daß unsere Freizeitangebote sichergestellt bleiben.
Frauen müssen ein Bleiberecht bekommen, wenn sie in Kriegs- und anderen Zeiten Angst haben müssen vor Gewalttaten und Vergewaltigung.
Illegale Frauen müssen einen Schutzraum haben, wenn sie Opfer einer Straftat geworden sind.
Es geht nicht an, daß Frauen einen Raub oder ein Vergehen nicht anzeigen, weil sie Angst haben müssen vor Abschiebung.
Wir hoffen, daß ihr draußen solidarisch und tatkräftig unsere Interessen unterstützt.

Einige Frauen aus Haus IV

Für eine Gesellschaft ohne Knäste und Zwangsanstalten
Für ein Männerunabhängiges Bleiberecht für Frauen
Gegen Imperialismus und Patriarchat
Für internationale Solidarität unter Frauen, gegen Ausgrenzung, Unterdrückung und Ausbeutung

Hallo, lieben Frauen vor und hinter der Mauer!

Heute ist der 8. März, der internationale FrauenLesbenkampftag.
Wir wollen alle Frauen, die hier in der Plötze vor und hinter der Mauer eingeknastet sind, mit dieser Kundgebung grüßen. Und wir wollen Euch unsere Solidarität rüberbringen.
Vielleicht ist das eins der letzten Male, daß wir hier stehen, denn ab Frühjahr nächsten Jahres wird die Plötze zum Männerknast.Der Justzsenat argumentiert mit der Entlastung des Knastes Tegel. Dort sind einige Abteilungen dermaßen überbelegt, daß bis zu drei Männern in eine Zelle gepfercht werden. "Entlastung" für Tegel heißt aber nicht weniger Knast, sonder daß mehr und neue Knäste gebaut werden. Die Konsequenz ist, daß immer mehr Menschen weggesperrt werden.
Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen, denen die Abschiebung droht, sind bereits Anfang des Jahres in die Grünauer Str. nach Köpenick, in den neugebauten Abschiebeknast verlegt worden.
Der Justizsenat tönt nun, daß in den vier neu entstehenden Frauenknästen der sogenannte "Behandlungsvollzug" fortgesetzt werden soll.
"Behandeln" in der "Wohngruppe" ist nichts anderes als sozialtherapeutisch und psychologisch durchdachte Durchdringung und Überwachung sämtlicher Lebensbereiche der eingeknasteten Frauen. Das umfaßt ein System von Belohnung und Bestrafung und drückt sich z. B. darin aus, daß auf einigen Stationen einzelner Häuser wöchentlich sogenannte "Gruppengespräche" abgehalten werden. Sie werden von den Sozialarbeiterinnen geleitet, die in der Mehrheit ehemalige Schließerinnen sind. Die Frauen sollen im Gespräch die gemachten Fehler und fortschritte im erzwungenen Zusammenleben erkennen und reflektieren. Sie sollen nach den Maßstäben der Anstalt ihr "soziales Verhalten" verbessern. Verbessern heißt in den Augen der Justiz in erster Linie, sich an gesellschaftlich vorgegebene Wertmaßstäbe und Normen anzupassen:Schweigen und erdulden, Konkurrenz nicht als was Zerstörendes sondern Produktives zu begreifen. Aufmucken ist dabei nicht erwünscht, sondern wird bestraft. Das Ziel dieser Art von "Behandlung" ist auch, daß die Frauen die Fähigkeit erlernen, zukünftig ein straffreies Leben zu führen.



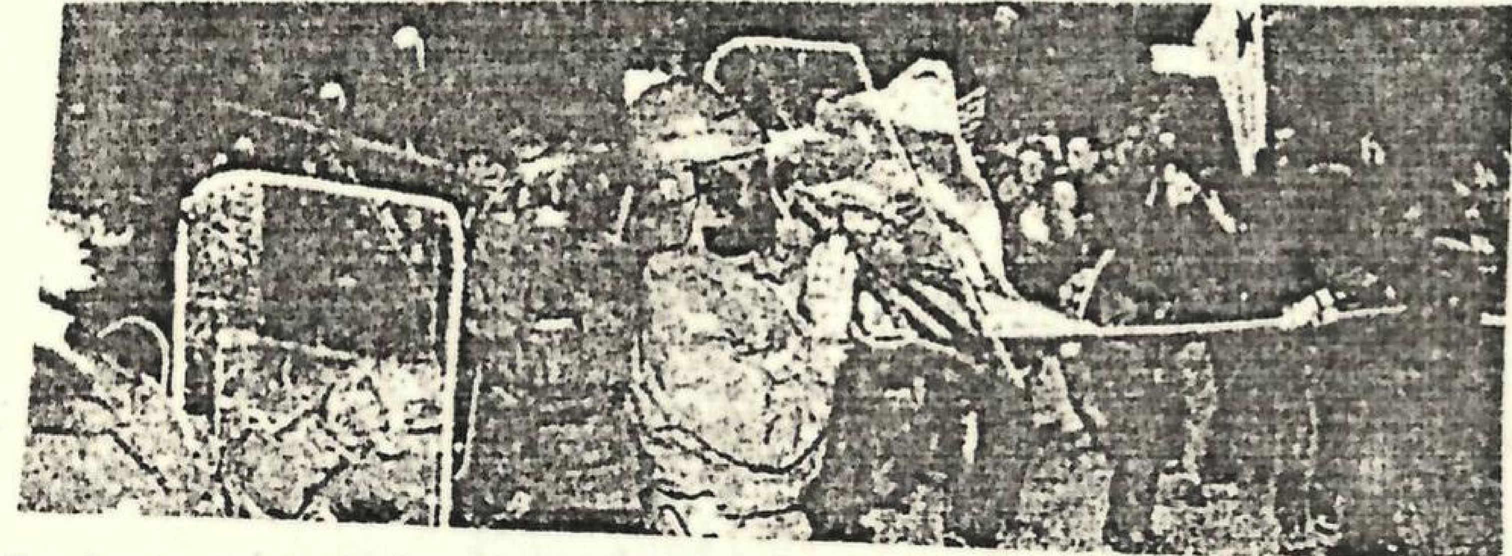
"Behandlungsvollzug" beduetet auch die Möglichkeit, Kollektivstrafen für ganze Stationen zu verhängen, wenn eine Frau mal Regeln übertreten hat und nicht bereit ist, sich in entmündigende Anweisungen einzuordnen. Eine ganz besondere "Behandlung" erfahren drogengebrauchende Frauen im Knast, die für Vollzugslockerungen zu entwürdigenden Urinkontrollprogrammen gezwungen werden. Und zwar vor den Augen des jetzt auch männlichen Wachpersonals.
Die Methoden lassen sich unter dem bekannten Motto Zuckerbrot und Peitsche zusammenfassen. Angeführt werden sie von einem zynischen Anstaltleiter, dem - wie er einst wohlwollend und selbstgerecht verkündete - besonders seine irregeleiteten Drogenschäfchen am Herzen lägen. Besonders sie möchte Höflich ins rechte Licht führen.
Wir wollen euch mit einer weiteren Aufzählung nicht langweilen. Ignoriert werden aber in der "Erfolgsbilanz" des Behandlungsvollzugs diejenigen Frauen, die nicht die kraft aufgebracht haben, die Isolierung im Knast auszuhalten oder gemeinsam mit anderen zu durchbrechen. Fast jedes Jahr setzt eine Frau durch Selbsttötung ihrem Leben ein Ende.Daß die Frauen jedoch noch nicht mal selber Hand an sich legen müssen zeigt das folgende Beispiel: Im Jahr 1990 wurde eine aidskranke Gefangene im bewußtlosen Zustand wenige Tage vor ihrem Tod im Krankenwagen liegend entlassen.Knastarzt und -leitung hatten ihre schweren Krankheitssymptome schlichtweg ignoriert. Die Justiz hatte i h r e Pflicht getan, die Gefangene hatte bis fast zum letzten Tag ihre jahrelang Haftstrafe wg. Mordes abgesessen.



Trotz des Versuchs, mit neuen Mitteln die Isolierung, Spaltung und Entsolidarisierung unter den Frauen voranzutreiben, gab es immer wieder Protest und Widerstand in der Plötze.
Kein noch so ausgeklügeltes Überwachungssystem mit bspw. auf den Zellen installierten Gegensprechanlagen, die einen steten "Lauschangriff" ermöglichen oder den Besuchen hinter Trennscheibe oder mit Berührungsverbot, kann verhindern, daß sich einzelne Frauen im Knastalltag immer wieder verweigern. Oder daß es möglich war, Hungerstreiks zur Durchsetzung eigener Forderungen zu organisieren und über viele Wochen durchzuhalten. Der Hungerstreik 1989 z.B. mit den Forderungen nach uneingeschränkter Kommunikation untereinander, nach Vollzugslockerungen, nach verbesserter medizinischer Versorgung, besseren und erweiterten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und deren tariflicher Entlohnung und der Forderung nach sofortiger Freilassung aller hiv-positiven und aidskranken Gefangenen, hatte kleine Erfolge gebracht. Im Lauf der Jahre jedoch sind sie von der Anstaltsleitung und deren Komplizen im Justizsenat wieder zurückgedreht worden. Für einige Gefangene haben sich die Bedingungen sogar eher noch verschärft.



In den vier neuen Frauenknästen wird es schwieriger werden, sich miteinander zu solidarisieren und das eventuell in Protestaktionen umzusetzen. Und für engagierte Sozialarbeiterinnen und Knastofarrerinnen und auch diejenigen, die von außen versuchen euch zu unterstützen bedeutet es einen weitaus größeren ZeitAufwand, wenigstens ein Mindestmaß an kritischer Öffentlichkeit sicherzustellen.



Studentenproteste in Wien gegen Sparpolitik

Der überwiegend von Studenten getragene Protest gegen das Sparpaket der neuen Österreichischen Koalitionsregierung hat am vergangenen Freitag massive Polizeieinsätze ausgelöst. Dabei wurden mehrere Studenten und zwei Beamte verletzt. Am Vortag war es zur größten Studentendemonstration in der Geschichte der Zweiten Republik gekommen. Fast 40 000 Demonstranten versammelten sich vor dem Bundeskanzleramt in Wien. An der Protestveranstaltung nahmen auch der Rektor der Universität Wien, Alfred Ebenbauer, und zahlreiche Universitätsassistenten teil. Im Zuge der Sparmaßnahmen will die Regierung unter anderem den Studenten das Freifahrticket für Busse und Bahnen streichen. Die Studenten wollen den Ausstand so lange fortsetzen, bis die Sparmaßnahmen zurückgenommen werden und neue Verhandlungen stattfinden. (AFP/jW)

Polizei gegen randalierende Demonstranten

■ Brandenburg/H. – Als die Polizei am Freitag eine unangemeldete Demonstration an Neustädtischen Markt in Brandenburg/H. auflösen wollte, wurden die Beamten von Demonstranten mit Steinen beworfen und ein Einsatzfahrzeug beschädigt. Die Demonstration, an der sich nach Angaben der Polizei mehr als 100 Jugendliche aus der linken Szene beteiligten, sollte auf den Tod eines Jugendlichen aufmerksam machen, der angeblich von Mitgliedern der rechten Szene zusammengeschlagen worden war und später an den Folgen der Verletzungen starb.

Die Polizei nahm die Personalien von 100 Personen auf und nahm zwölf Personen zunächst fest. Gegen 21.30 Uhr war die Demonstration aufgelöst. Nach eigenen Angaben lagen der Polizei Informationen vor, daß die Demonstranten in der Innenstadt Straftaten begehen wollten.

Völlig unklar ist auch, welche Arbeitsmöglichkeiten die Frauen in den neuen Knästen haben werden und welche Ausbildungsplätze ihnen dann noch zur Verfügung stehen.
Die Frauen werden in den vier Knästen in unterschiedliche Deliktgruppen aufgeteilt.
In der zukünftigen Hauptanstalt Am Roedliusplatz 1 in Lichtenberg, ein ehemaliger Stasiknast, mit ca. 105 Plätzen werden erstmal alle Frauen, die einfahren, sortiert. Bleiben werden dort nur die sog. drogenabhängigen Jugendlichen und erwachsenen Frauen.
An der Arkonastr. 56 in Pankow, auch ein ehmaliger Stasiknast mit 70 Plätzen werden alle Frauen untergebracht, die kein BTM-Verfahren haben und in U- oder Strafhaft sitzen. Platz ist da auch - wie es im Anstaltsschreiben heißt - für Mütter mit Kleinkindern.
In der Ollenhauerstr. 128 in Reinickendorf ist Platz für 66 Freigängerinnen, Selbststellerinnen und Frauen, die eine Geldstrafe nicht bezahlen können und stattdessen die Tagessätze abhocken müssen.
Die 21 Plätze der Sozialtherapeutischen Anstalt in der Neuwedeller Str. 4 in Neuölln können seit dem 1.2.96 belegt werden. Auch dort stehen 3 Zellen für Mütter mit Kleinkindern zur Verfügung.
Bis zum heutigen Datum ist noch nicht klar, wie in den nächsten Wochen mit den Frauen verfahren wird, die bisher hier im Haus 6 im Offenen Vollzug und im Freigang sind. Einige von euch haben sich mit einer Presseerklärung an die Presse gewandt und dagegen gewehrt, wieder hinter die Mauer verlegt zu werden. Ein paar Zeitungen haben euren Protest aufgegriffen und der Erfolg ist immerhin, daß der Plan des Senats nicht sang- und klanglos umgesetzt werden konnte. Wie wir erfahren haben sieht es im Moment so aus, daß ca. 15 Frauen weiterhin im Haus 6 bleiben werden und sich schon jetzt 7 weitere freiwillig für die Verlegung nach Neukölln gemeldet haben. Wir sind auf eure Informationen angewiesen.
Es ist uns wichtig, euch zu sagen, daß wir gegen jegliche Aufspaltung und Differenzierung des Frauenknastes in lauter kleine Anstalten sind. Diejenigen von euch, die ein Interesse an Austausch und Kontakt miteinander haben und eine Notwendigkeit darin sehen, sich im Knastalltag zu unterstützen und zu organisieren, werden dafür weniger Möglichkeiten haben.
Diejenigen von euch, die sich eine Lockerung des vollzugs erhoffen wissen auch, daß dafür andere Gefangene unter dengleichen verschärften Bedingungen wie im Hochsicherheitsknast Plötze leben müssen. Und für alle wird gelten, daß das System der Isolierung, Spaltung und Differenzierung, daß über 1 1/2 Jahrzehnte hier ausgetestet und optimiert worden ist in den neuen Knästen seine Fortführung finden wird. Dagegen setzen wir weiterhin unsere solidarische Unterstützung für euch und eure Protestaktionen und Kämpfe!
Für einen fantasievollen Widerstand!
Durchbrecht die Mauern und Grenzen!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste und Zwangsanstalten!

Es gibt viele Ausdrucksformen linker Politik - eine davon heißt Solidarität!

Einige Überlegungen zur „Antiimperialistischen Zelle"

Seit Ende Februar sitzen Bernhard und Michael im Knast. Sie sollen Mitglieder der „Antiimperialistischen Zelle" (AIZ) sein. Polizei und Bundesstaatsanwaltschaft rühmen sich, zum ersten mal mutmaßliche AIZ-Mitglieder gefasst zu haben. Bisher haben wir wenig solidarisches gehört und gelesen. Mit diesem Text wollen wir einige Überlegungen zur Diskussion stellen und zur Solidarität gegen den Repressionsapparat aufrufen.
Es ist unsere Sache nicht, über die tatsächliche oder vermeintliche Mitgliedschaft der beiden in der AIZ zu spekulieren. Wir wissen darüber nichts und gehen davon aus, daß die offiziellen Verlautbarungen wie immer von Lügen nur so strotzen. Was wir wissen, ist, daß die beiden seit Jahren in der autonomen und antiimperialistischen Szene aktiv sind. Wir sind erschüttert über das Nicht-Verhalten der linksradikalen Szene zu den Verhaftungen. Das gipfelte darin, daß die INTERIM es über Wochen nicht einmal für nötig erachtete, den Fall zu erwähnen. Wir meinen, daß die Festnahme zweier Genossen, die seit Jahren an ähnlichen Projekten wie viele von uns gearbeitet haben, Grund genug ist, Solidarität zu demonstrieren. Nicht-Verhalten unterstützt nur die Bullen, weil damit der Bullenthese zugestimmt wird, die beiden seien AIZ - wir zumindest sind offiziellen Informationen gegenüber äußerst skeptisch.
Bernhard und Michael haben an der Kampagne gegen Shell mitgewirkt, dafür sind die beiden zu jeweils einem Jahr verurteilt worden. Sie haben sich für die Freiheit der politischen Gefangenen eingesetzt, gegen Militarismus und Faschismus gearbeitet und sind am 1. Mai nach Berlin gefahren, um an der revolutionären 1. Mai-Demo teilzunehmen. Die beiden waren schließlich wie so viele unter den Opfern der Staatsschutz-Razzia vom 13.6. 1995 gegen „radikal", K.O.M.I.T.E.E. und AIZ. Das ist eine typische Geschichte westdeutscher Autonomer. Unsere Entwicklung war ähnlich - wir hätten an fast jedem dieser Punkte an Stelle der beiden sein können. Schon alleine deshalb, weil die beiden an ähnlichen Projekten wie denen vieler anderer immer wieder kriminalisiert wurden, halten wir es für einen Skandal, die beiden ohne ein Zeichen von Solidarität im Knast sitzen zu lassen.
Solidarität hat zwei Komponenten: Eine persönliche und eine politische. Es ist ein Essential, daß sich politisch aktive Menschen darauf verlassen können, auch dann unterstützt zu werden, wenn sie von den Staatsschutzbehörden verfolgt werden. Ist eine solche Grundsicherheit nicht gegeben, ist im Prinzip auch keine Basis für entschiedenen Widerstand da. Schon alleine deshalb meinen wir, daß es notwendig wäre, die beiden zu unterstützen. Politisch ist für uns Solidarität aber auch ein Kampfinstrument: In dem Wissen, daß dieser Staat jegliche Fundamentalopposition verfolgt und kriminalisiert, müssen wir trotzdem die Bedingungen dafür



schaffen und gleichzeitig auch im Kampf etwa gegen Haftbedingungen politischen Boden gewinnen und für politische Themen Öffentlichkeit schaffen. Ein solcher Ansatz von Solidarität muß nicht an sich defensiv geprägt sein.

Wir beobachten zur Zeit eine Entwicklung in der BRD, die davon geprägt ist, daß linker, militanter (entschiedener, nicht unbedingt gewalttätiger) Widerstand mit aller Kraft verfolgt wird. Wir sehen dies neben der AIZ sowohl bei den Verfahren gegen die vermeintliche „radikal"-Redaktion wie bei den Ermittlungen gegen GenossInnen aus Frankfurt, Saarbrücken und Wiesbaden im Zuge des Spitzels Steinmetz und bei den Anklagen gegen mutmaßliche Mitglieder der „Autonomen Antifa (M)" aus Göttingen; gegen verschiedene Gruppen der AA/BO wird außerdem ebenfalls auf „kleinerem Niveau" ermittelt. Verfolgung militanter Gruppen hat es schon immer gegeben, und daß die Bullen es kaum hinnehmen würden, daß Leute Bomben vor Häuser von Abgeordneten detonieren lassen, war ziemlich klar. (Die Verfolgung kurdischer GenossInnen klammern wir an dieser Stelle aus, weil sie differenzierter eingeordnet werden müßte). Nichtsdestotrotz glauben wir, daß der Sicherheitsapparat seit einiger Zeit die Chance wittert, klandestin organisierte Fundamentalopposition von links endgültig in den Griff zu bekommen. Mit der RAF-Erklärung von 1992 zum Verzicht auf tödliche Aktionen und den Abschiedsbriefen einiger RZ-Gruppen und der faktischen Dezimierung der Organisation bahnte sich die Auflösung bis dato agierender Strukturen an, die Rote Zora hatte bereits nach dem Repressionsschlag von 1987 lange nichts mehr von sich hören lassen. Das hat alles viel mit der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes und der damit einhergehenden Unklarheit und Defensive der Linken zu tun; die Prozeße gegen Monika Haas, Johannes Weinrich und Birgit Hogefeld fallen ebenfalls in die Kategorien „Rache" und „Altlastenvernichtung". Die de facto noch existierende Linke bietet immer weniger Ansatzpunkte, militante, konpirative Politik zu entwickeln; das wissen auch die Bullen. Insofern ist es für diejenigen, die daran festhalten, ungleich schwieriger zu agieren.

Wir würden an dieser Stelle gerne die etwas gewagte These auftsellen, daß Militanz heute im Kern nur noch eine reformistische, keine revolutionäre Perspektive bietet: Die Zeiten, in denen militante, klandestine Gruppen der organisierte Ausdruck eines Bruchs mit dem kapitalistischen System sind, ist u.E. vorbei. Was überbleibt, sind reformistische Aktionen: Gegen Nazis, den Castor, Bonzen etc., überspitzt gesagt eine entschiedenere Form von Flugblattverteilen, die durch ihre Folgen anderen Druck als legale Aktionen aufbauen, aber wenig antagonistischen Charakter haben. (Eine ähnliche Entwicklung machen wir übrigens auch in anderen europäischen Ländern aus, mit Ausnahme von Gruppen mit einem befreiungsnationalistischen Ansatz wie ETA oder IRA.) . Vielleicht wirken deshalb Gruppen wie die AIZ so anachronistisch - weil sie an einem Ansatz festhalten, von dem viele spüren, daß er an Hoffnung eingebüßt hat, und sie dennoch ihre Praxis nicht modifizieren, in der Hoffnung, durch avantgardistische Aktionen Bewegung zu erzeugen.

Was die AIZ etwa praktiziert, ist der Versuch, durch besondere Radikalität fehlende politische Stärke ersetzen zu wollen. Wir finden es erstmal gut, wenn GenossInnen bereit sind, all ihre Kraft einzusetzen - das vermissen wir bei vielen aus der autonomen Szene. Sowohl die AIZ-Texte als auch die des K.O.M.I.T.E.E. sprechen eine deutliche Sprache in dieser Hinsicht. Uns jedenfalls sind solche Überlegungen nicht fremd, wir haben aber versucht, sie mit der Realität abzugleichen und sind zu dem Schluß gekommen, daß isolierte Aktionen wenig Sinn machen. Die Praxis der AIZ ist paradox: Zum einen wollen sie mobilisieren, bekommen aber hauptsächlich Kritik. Daraus ziehen sie den Schluß, in der Praxis noch mehr entkoppelt zu handeln, beziehen sich aber gleichzeitig immer noch auf die linksradikale Szene. Die vermeintlich Ablösung der Szene hat jedenfalls im Bezug nicht stattgefunden: Folgerichtiger wäre es, die Erklärungen nicht in der INTERIM, sondern in Blättern zu veröffentlichen, die sich auf islamischen Widerstand beziehen. Wir finden das ziemlich hilflos. Wir würden über dies Punkte gerne diskutieren, weil wir es wichtig finden, uns über Abschnitte revolutionärer Politik zu verständigen und daraus zu lernen. Es gibt zwei entscheidende Ansätze bei der Bewertung militanter Gruppen: Woher sie kommen und wohin sie wollen. Auch die AIZ haben sich als Linke verstanden, die aus dem antiimperialistischen Widerstand kommen, haben sich aber für einen Weg entschieden, den viele entschieden ablehnen und als nicht mehr progressiv bezeichen. Wir würden gerne wissen, wieso das so gekommen ist. Wie konnte eine solche Entkoppelung eintreten? Wir finden es ein Phänomen, daß es eine militante Gruppe gibt, die praktisch kein Umfeld hat, keine Szene, in der diskutiert wird, keine Öffentlichkeit. Nichts. Das ist, bei aller Kritik an der AIZ, auch ein Eingeständnis des Scheiterns der Linken: Zentraler Ansatz linker Politik muß die Verständigung mit anderen bleiben, die Suche nach gemeinsamer Befreiung. Wir halten es für keinen Zufall, daß eine solche Entwicklung in einer extremen Schwächephase der Linken eingetreten ist. Auf dieser Grundlage sehen wir eine gemeinsame Verantwortung für die Weiterentwicklung linker Theorie und Praxis, die es ermöglicht, zusammen zu kämpfen. Deshalb ist unserer Ansatz ein solidarischer, wenn auch kritischer. Und für Bernhard und Michael gilt, daß sie rausmüssen. Welche Positionen die beiden auch immer vertreten und für welche Praxis sie eintreten - darüber können wir nur gemeinsam draußen diskutieren. Wir sind bei den beiden genausowenig bereit zu akzeptieren, wer wann wie warum wie lange von den Bullen eingesperrt wird, wie bei den Kaindl-Verfolgten, der Antifa (M), den „radikal"-Angeklagten und allen anderen!

Wir haben, das als letztes, wenig zu Theorie und Praxis der AIZ gesagt, weil es uns dringlicher erschien, den solidarischen Ansatz nach vorne zu stellen und weil es bereits einige Kritikpapiere gibt. Wir werden das bei Gelegenheit fortführen. Unser Augenmerk wird dabei besonders der gewandelten Konstellation Imperialismus/Islamismus gelten, weil wir glauben, daß diese Frontstellung tendeziell den alten Antagonismus Imperialismus vs. Sozialismus ablösen wird.

Zusammen kämpfen!

Keine Auslieferung von Christel Fröhlich

Anhörungsverfahren zur Auslieferung am 21.3.1996 in Rom

Zum Auslieferungsverfahren gegen Christel

Seit dem 28.10.95 wird Christel Fröhlich-Padula in Rom aufgrund eines internationalen Haftbefehls der französischen Behörden unter verschärften Bedingungen in Auslieferungshaft festgehalten. Inzwischen liegt eine Begründung des französischen Auslieferungsersuchen vor und der Termin beim römischen Gericht für das Anhörungsverfahren über die Entscheidung der Auslieferung ist auf den 21.3.96 festgelegt.

In dem französischen Auslieferungsersuchen wird Christel vorgeworfen, den PKW, Opel Kadett am 19.4.1982 in Ljubiljana unter dem Namen Stadelmann bei der Firma Hertz gemietet zu haben, der am 22.4.1982 in Paris in der rue Marbeuf 33, in der sich die Redaktion einer libanesischen Exilzeitung befand, explodierte.

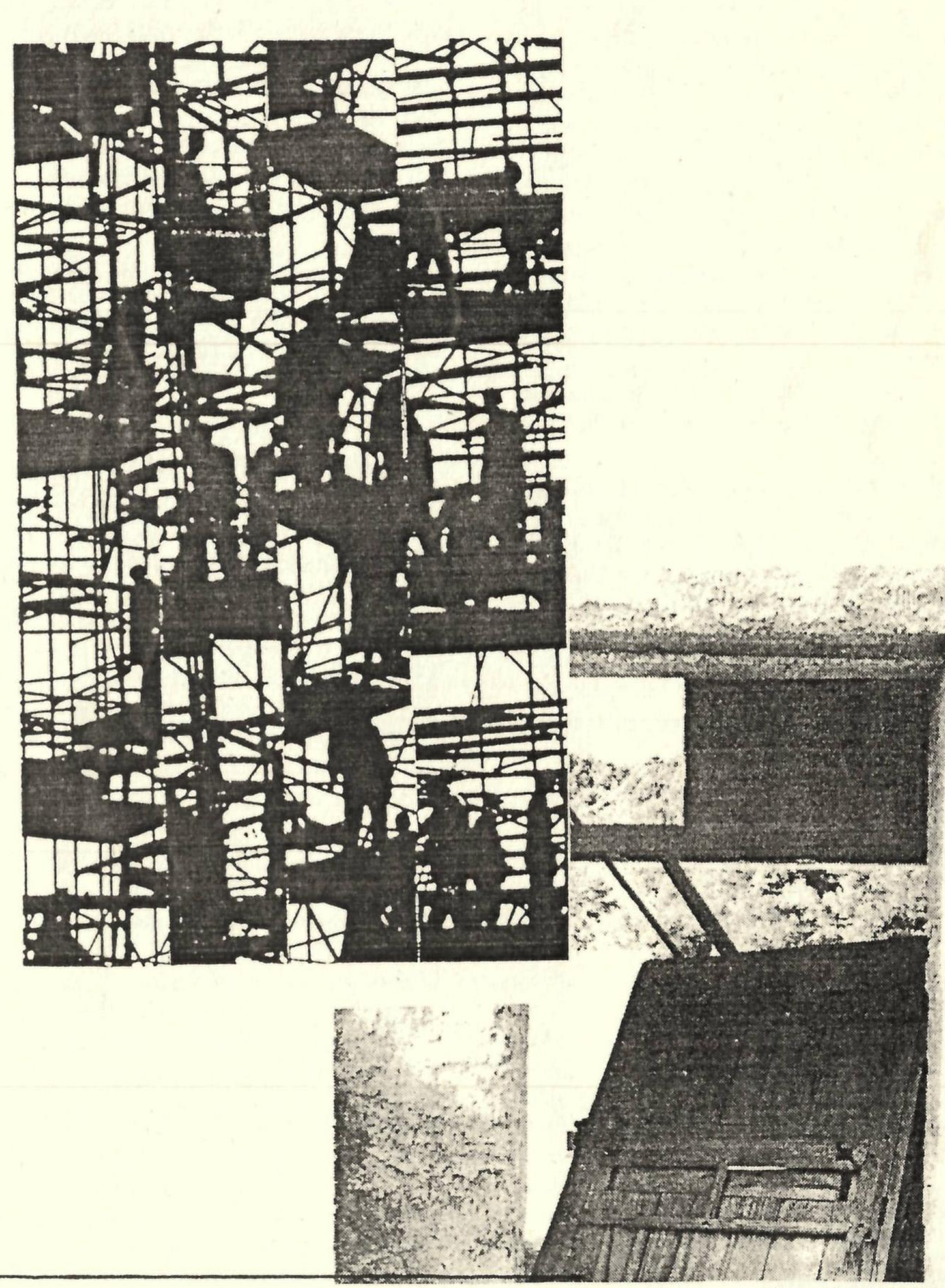
Die Begründung des französischen Auslieferungsersuchen ist eine Mischung aus vagen unbelegten Behauptungen, falschen Schlußfolgerungen und Unterschlagungen. Dies soll im folgenden nur an 3 Beispielen aufgezeigt werden:

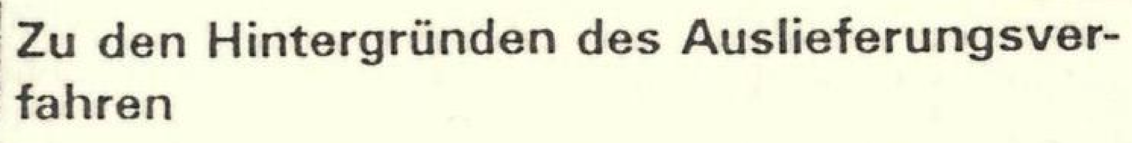
1. In der Begründung des Auslieferungsersuchen wird behauptet, daß sich bei Zeugenaussagen in Jugoslawien eine „große Ähnlichkeit" zwischen Christel und der Frau die das Auto gemietet hat (mit dem Paß Stadelmann) ergeben hätte - anscheinend reicht es neuerdings für Anschuldigungen aus, wenn man nur so ähnlich aussieht.

2. Die Spitze der Konstruktion von Anschuldigungen ist allerdings die Behauptung, daß sich aus den Stasi-Unterlagen - die seit 1991 in der BRD ausgewertet und verwertet werden - ergeben hätte, daß Christel die Person war, die unter dem Namen Stadelmann das Auto angemietet hätte. In den Stasi-Unterlagen allerdings befindet sich dazu lediglich die Aufzeichnung eines sogenannten Abschöpfungsgespräches mit einer IM Schäfer. Diese IM berichtet über den Inhalt eines Stern-Artikels (Stern Nr.44 / 1982) von dem Journalisten Rudolf Müller, der in diesem Artikel genau diese Behauptung (Christel gleich Stadelmann) aufstellt. So erhalten anscheinend Behauptungen eines Zeitschriftenschreibers Beweiskraft, nur weil sie irgendwo in den Stasi-Unterlagen auftauchen.

3. Im französichen Ausliefungsersuchen wird zwar die falsche Behauptung aufgestellt, daß Christel am 10.6.92 in Hannover verhaftet worden sei, unterschlagen wird jedoch, daß bereits 1983 in der BRD (Staatsanwaltschaft Hannover) wegen des Anschlags in der Rue Marbeuf gegen Christel ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, das erstmals 1985 eingestellt wurde. 1991 wurde es wegen der Auswertung besagter Stasi-Unterlagen wieder aufgenommen, und 1994 wieder eingestellt. Es hatten sich keine neuen verwertbaren Fakten ergeben, die Staatsanwaltschaft hatte dabei auch die französischen Ermittlungsergebnisse berücksichtigt.

Juristisch betrachtet müßte Christel aufgrund der lapidaren Begründung des Auslieferungsersuchens längst wieder draußen sein. Daß dies nicht der Fall ist hängt sicherlich mit der gegenwärtigen politischen Situation zusammen, auf die im folgenden eingegangen werden soll.





Zu den Hintergründen des Auslieferungsverfahren

Genauso wie die BRD verfolgt auch Frankreich das Ziel, die politische Geschichte der Linken der letzten 25 Jahre in ihrem Sinne umzuschreiben.

Christel ist nicht die einzige, die in den letzten Monaten von den französischen Behörden verfolgt wird. Offenbar setzt die französische Justiz alles daran, verstärken zu können, versuchen die französischen Ermittlungsbehörden in diesem Fall, sie direkt in ihre Hände zu bekommen. Da eine Auslieferung aus der BRD juristisch nicht möglich ist, wurde der internationale Haftbefehl erst zu dem Zeitpunkt ausgestellt, als Christel in Rom eingetroffen war. Frankreich setzt in diesem Fall verstärkt auf die „europäische Zusammenarbeit".



Menschen, die in den 70er, 80er und/oder 90er Jahren in unterschiedlichen linken politischen Gruppierungen aktiv waren, zu verfolgen. Sie werfen ihnen Verbindungen zu Carlos vor.

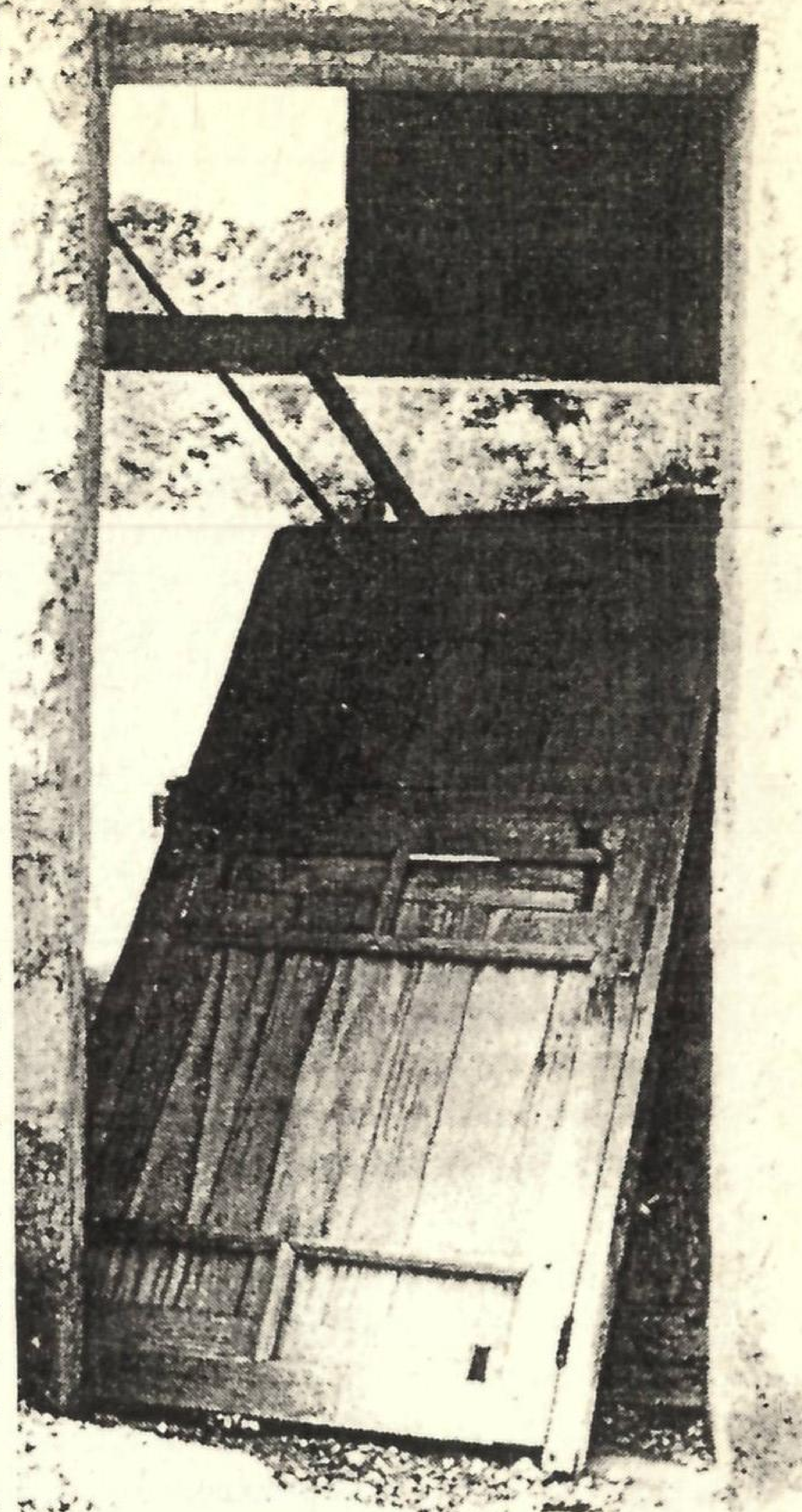
Carlos sitzt seit August 94 in Paris im Knast, ihm werden diverse Anschläge angelastet. Der Festnahme von Carlos im Sudan liegt ein Deal zwischen Frankreich und dem Sudan zugrunde. Die offizielle Erklärung des Innenministers Pasqua nach diesem Coup : „Ein streng und strikt islamischer Staat hat hier auf eklatante Art und Weise mit dem Terrorismus gebrochen". Laut Zeitungsmeldungen soll sich Frankreich nun zum einen für die diplomatische Rehabilitierung des Sudans und zum anderen beim IWF für die Stundung der sudanesischen Schulden einsetzen, außerdem erhöhte Frankreich seine humanitäre Hilfe für den Sudan.

Im Auftrag Frankreichs wurden im September 1994 in der Schweiz 4 bekannte schweizer Linke durch die schweizer Bundesanwaltschaft verhaftet, Marina Berta und Georgio Bellini im Tessin, Berte de Marcellus und Olivier de Marcellus in Genf. Ihnen lastet die französische Justiz an, Angehörige der sogenannten Carlos-Gruppe zu sein. Sie sollen an mehreren Attentaten Anfang der 80er Jahre in Paris, Beirut und Wien beteiligt gewesen sein. Der französische Untersuchungsrichter Bruguiere, der jetzt auch gegen Christel ermittelt, reiste zum Verhör in die Schweizer Gefängnisse und wartete mit „Beweisen" auf, die sie aus den Akten der Geheimdienste Osteuropas mit der ihnen eigenen Phantasie herausgelesen hatten. Es gelang nicht, die Schweizer mit Mordanklagen unter Druck zu setzen. Sie mußten von der schweizer Bundesanwaltschaft wieder freigelassen werden, die Ermittlungen sind jedoch noch nicht eingestellt.

Die Vorgehensweise wird klar: zunächst erfolgen Verhaftungen, gestützt auf nicht spezifizierte Geheimdienstakten. Dann sollen die Verhafteten durch Mordanklagen unter Druck gesetzt werden, um aus ihnen Belastungszeugen gegen Carlos zu machen.

Nach diesem Muster werfen die französischen Behörden Christel den Anschlag in der Rue Marbeuf /Paris im April 1982 vor. Um den Druck auf Christel

In welche Richtung sich die Ermittlungspraktiken Frankreichs im Zusammenhang mit Carlos zuspitzen, zeigt das Verschwinden des Schweizers Bruno Breguet, der 1982 wegen Waffen- und Sprengstoffbesitz in Frankreich zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt und nach 3 ½ freigelassen wurde. Im November 95 kam er von Griechenland per Schiff und wollte durch Italien in die Schweiz. Im italienischen Hafen von Ancona wurde er von der italienischen Polizei zur unerwünschten Person erklärt und auf das Schiff, das wieder nach Griechenland fuhr, zurückgeschickt. Seitdem ist er verschwunden. Verschwunden in der Kanalisation eines westeuropäischen Geheimdienstes?



Zur Situation der Auslieferung in der EU

Mit der europäischen Antiterrorismus-Konvention von 1977 und Teilen des Schengener Abkommens ist ein Instrumentarium geschaffen worden, europaweit und darüber hinaus Linksradikale zu verfolgen. Noch gibt es Widersprüche in den einzelnen Ländern.
Das zentrale Thema auf dem Treffen der Regierungschefs der EU in Madrid im Dezember 1995 war die gemeinsame Bekämpfung linker Organisationen wie z.B. der ETA und die Organisierung einer reibungslosen Auslieferung von festgenommenen Oppositionellen.
Folgende Beispiele zeigen, daß diese politischen Bestrebungen hin zu einer vereinheitlichten Auslieferungspraxis in der EU bisher noch nicht reibungslos umgesetzt werden konnten, da einige nationale Gerichte immer noch Auslieferungen verzögern oder ablehnen.

1. Im Oktober 1995 das Berliner Kammergericht. Ramos Vega ist verdächtigt, für die ETA eine Wohnung angemietet zu haben. Er wird in Berlin auf Ersuchen Spaniens verhaftet. Spanien beantragt seine Auslieferung. Das Berliner Kammergericht lehnt ab: die Beweise reichen nicht. Der spanische Botschafter in Bonn interveniert (nach dem obigen Treffen der „Chefs"). Das Gericht gibt zwischen Weihnachten und Neujahr nach. Die Anwälte haben nun vor dem Bundesverfassungsgericht Klage eingereicht.



2. Februar 1996: Belgiens Oberster Gerichtshof lehnt die (bereits vom belgischen Justizminister verfügte!) Auslieferung von zwei verdächtigten Basken nach Spanien ab. Daraufhin setzt Spanien Teile des Schengener Abkommens mit Belgien außer Kraft : keine Auslieferung und keine justizielle Zusammenarbeit mehr! „Belgien ist kein treuer Partner Europas" schimpfen spanische Politiker und setzen am 21. Februar 1996 eine Sondersitzung der Schengen-Staaten durch. Um den spanisch-belgischen Konflikt zu lösen, wird Italien aufgefordert, eine Regelung zur Auslieferungspraxis in der EU auszuarbeiten. Italien hat z.Z. den EU-Vorsitz. Das Ziel ist, unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung, die nationalen Rechtsprechungen außer Kraft zu setzen.

3. Mindestens 3 Jahre - von 1992 bis 1995 - dauerten die Verhandlungen zur 2. Auslieferung von Sieglinde Hofmann, Gefangene aus der RAF, von Frankreich in die BRD. Im 1. Auslieferungsverfahren 1980 hatte Frankreich noch die Auflage gemacht: keine Auslieferung wegen Schleyer und kein lebenslänglich. Damals reichten die von der BRD vorgetragenen Beweise nicht für eine solche Verurteilung.
Die Aussagen der Kronzeugen aus der DDR wurden als neue Belastungsargumente eingebracht und von Frankreich anerkannt.

4. 1994 werden vier mutmaßliche Mitglieder der IRA von Frankreich in die BRD ausgeliefert. Für die Taten, mit denen die BRD den Auslieferungsantrag begründet, werden sie vom OLG Celle gar nicht angeklagt. Neue Anklagepunkte werden gegen sie vorgebracht.

5. 1995 lieferte Norwegen nach langen Verhandlungen S. Andrawes in die BRD aus. Sie ist die einzige Überlebende des palästinensischen Kommandos, das die Lufthansa-Maschine 1977 nach Mogadishu entführt hatte. Es ist der BRD gelungen sie zur Kronzeugin gegen Monika Haas zu machen.

6. 28.10.1995: Christel Fröhlich wird auf Ersuchen Frankreichs in Rom verhaftet. Frankreich verfolgt die Absicht, Christel als Kronzeugin gegen Carlos zu benutzen. Daß dieser Versuch scheitern wird, dessen sind wir sicher !

Solidaritätsgruppe zu Christel Fröhlich
c/o annabee Buchladen
Gerberstr. 6
30169 Hannover



Schluß mit dem schmutzigen Krieg in Kurdistan

Für eine politische Lösung

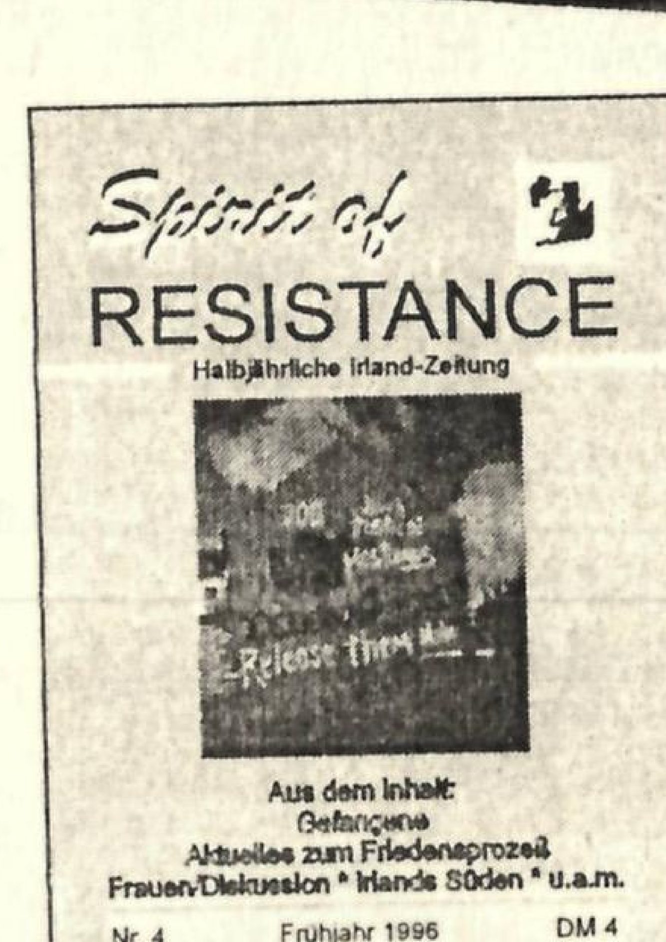


SOLI HOPSEN

für Prozeßkosten
wegen der Verfahren zum
TAG DER HEIMAT



S.Y.N.D.I.K.A.T.
Weisestr. 19
23. März
Einlaß ab 20.00
Eintritt ab 22.00



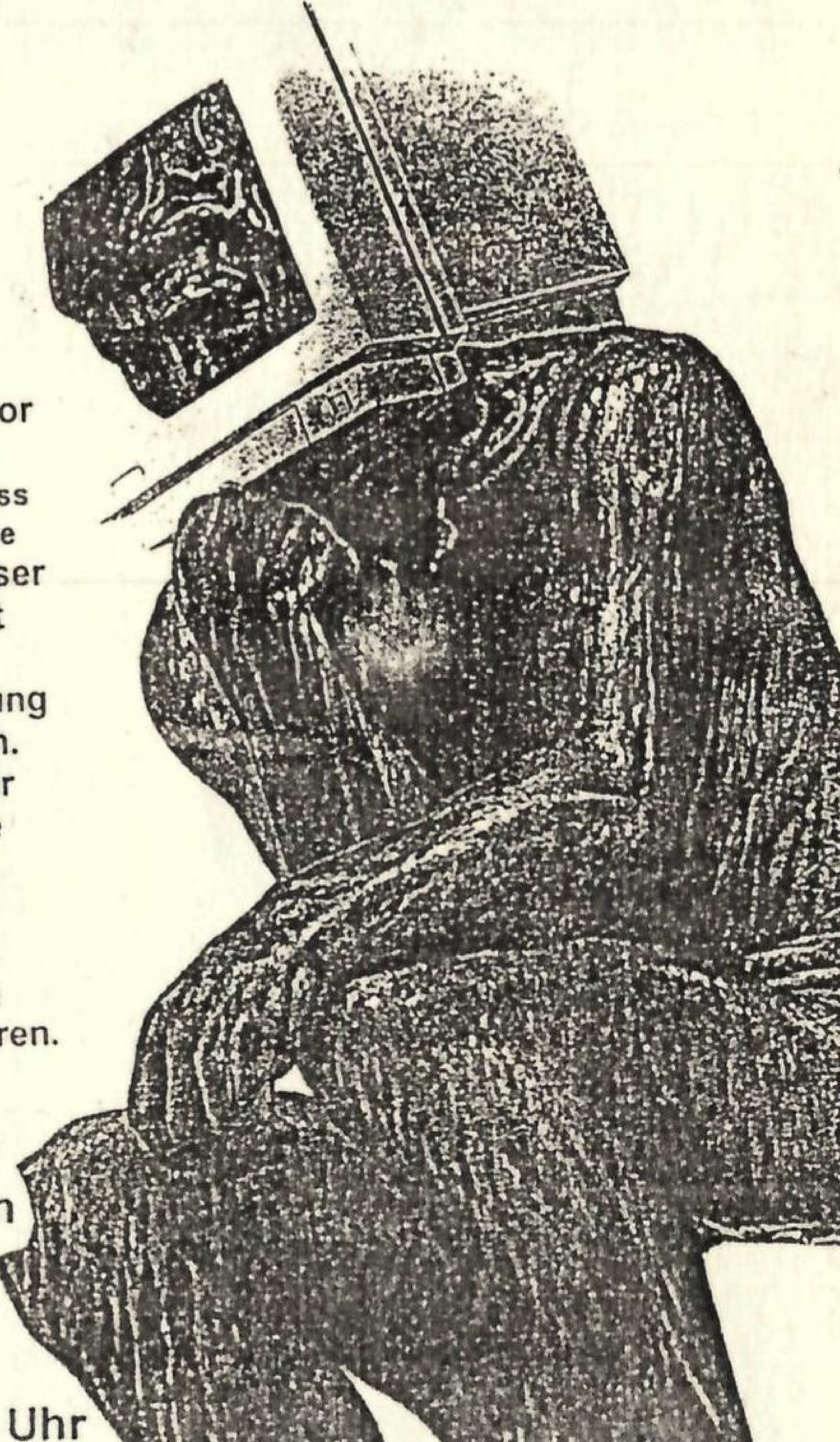
Spirit of RESISTANCE
Halbjährliche Irland-Zeitung

Neu erschienen: Ausgabe Frühjahr '96
1 Heft: DM 4 + DM 1.50 (P&V)
ab 5 Hefte: DM 3/Ex. + DM 2.50 (P&V)

Zu beziehen über:
Irland Gruppe, c/o Infoladen Anschlag
Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld

Lieferung nur gegen Vorauskasse (Bares oder Briefmarken!

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG ZU ZENSUR UND STAATLICHER ÜBERWACHUNG IN COMPUTERNETZEN



"Es darf auf dem Informationssektor kein Vorsprung der Kriminalität entstehen." (Kanther auf Fachkongress zu Informationsgesellschaft und innere Sicherheit). Mit Äußerungen wie dieser bringen Regierungspolitiker seit einiger Zeit Forderungen nach staatlicher Zensur und Überwachung in Computernetzen ins Gespräch. Auf der Veranstaltung wollen wir einen Überblick geben über die gesetzlichen Grundlagen und technischen Möglichkeiten staatlicher Überwachung bzw. Kriminalisierung in Netzen um anschließend darüber zu diskutieren.

Infoladen Omega
Sparrstr. 21 13353 Berlin
U-Bhf Wedding o.
Leopoldplatz

Mittwoch 27.3. um 19.30 Uhr

buntelibertäresozialrevolutionäreundogmatischeautonomeanarchistische
antinationalelinxradikaleanarchafeministischesyndikalistische...

VORBEREITUNGSGRUPPE ANTIAUTORITÄRER FREIRAUM

NEU

zur REVOLUTIONÄREN 1.MAI -DEMO

treffen: jeden donnerstagabend 7 uhr vorne im nachladen (waldemar 36)

Solidarität heißt Widerstand! Die Staatsschutzangriffe zurückschlagen

Demonstration in Koblenz Montag 25. März 1996

Auftaktkundgebung: Josef-Görres-Platz 16.30 Uhr

Demonstriert mit uns am ersten Prozeßtag des §129a-Verfahrens gegen Ursel Quack , kommt zu den Prozeßterminen nach Koblenz!

SCHWARZE RISSE

VERANSTALTUNG
Vortrag und Diskussion

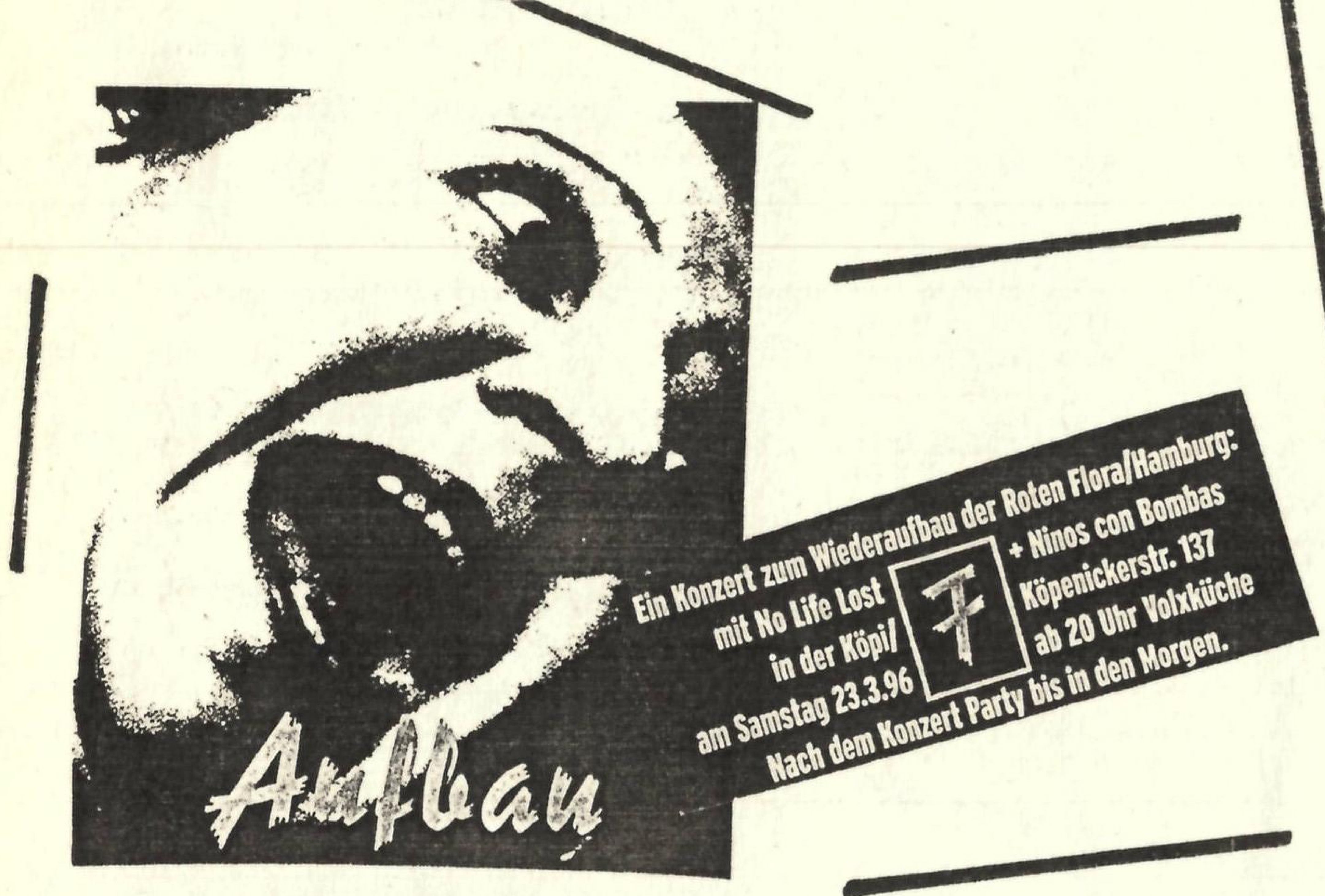
Freitag, den 29. März 1996 20 Uhr

zum Heft 3 der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration

Rumänien.
Vor den Toren der Festung Europa

Viele Flüchtlinge und MigrantInnen, die in Deutschland Zuflucht und ein besseres Leben suchen, kommen aus Rumänien. Seit die Regierung in Bonn im September 1992 unmittelbar nach den Pogromen von Rostock - Lichtenhagen ein Deportationsabkommen mit Bukarest vereinbart hat, werden die meisten wieder abgeschoben. Rumänien ist nicht nur eines der schlimmsten Armenhäuser Europas. Es ist zudem - ähnlich wie Ungarn für viele Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisenregionen Afrikas und des Nahen Ostens zum Transitland auf dem Weg nach Westeuropa geworden. Auf der Grundlage von eigenen Recherchen, Interviews und Gesprächen vor Ort liefert das Heft aktuelle Informationen über Flüchtlingslager in Bukarest, Romasiedlungen in der Provinz, den alltäglichen Rassismus und Übergriffe. Weiterhin wird der "Export" des Systems der Flüchtlingsverwaltung und Abschiebung durch die BRD- Regierung nach Osteuropa diskutiert.

im Buchladen Schwarze Risse,
Gneisenautsraße 2a, Mehringhof







Veranstaltung von

Colpo
anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

Zaunkämpfe -
Anti Atom Widerstand

Der Kampf um die Verhinderung der atomaren (WAA) Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf 1986.

Dazu aktuelle Infos:

Castor Ausrangiert -
Der Wiederstand gegen die Castortransporte und der Anti Atom Widerstand

Videofilm auf Großleinwand

An Ostern 1986 kurz bevor der Atomreaktor in Tschernobyl explodierte wird der Sicherheitszaun um das Gelände der geplanten WAA gebaut. Der Widerstand an Ostern 86 kann nur mit flächendeckenden CS-Gas-Einsatz zurückgedrängt werden. Doch Widerstand hat Erfolg, die WAA kann nicht gebaut werden.
Die sichere Technologie muß vor allem vor den BürgerInnen geschützt werden. Siemens und die KWU machten und machen mit dem Atomprogramm ein Bombengeschäft. Sie exportieren die Bombentechnologie nach Südafrika, Indien, Brasilien usw. Hierzu brauchen sie den "inneren" Frieden, der jedoch damals in Wackersdorf nur noch militärisch aufrechtzuerhalten war.

Dienstag, 26.03. um 19.00

Ein Wort kann eine Karikatur sein - FRIEDE

Das System redet von Frieden und produziert Krieg

Videofilm auf Großleinwand

zum Film: Indem wir uns kategorisch von den 'Nicht-Gewaltfreien" distanzieren, vergessen wir: "Gewaltfreiheit ist kein Inhalt, sondern immer nur Mittel zum Zweck".
Die Friedensbewegung war schon einmal weiter. Wo sind sie geblieben, die Erfahrungen der Ohne-uns-Bewegung gegen die Remilitarisierung und die Anti-Atom-Bewegung gegen die atomare Bewaffnung Deutschlands, wo die der APO gegen inneren Notstand und äußere Massenvernichtung? "Reden wir nicht über Frieden, sprechen wir... von der Gewalt hier im System." Was haben wir gelernt aus der Geschichte von Gewalt und Gegengewalt, was aus der von Protest und Widerstand, von der Diffamierung und Kriminalisierung?
So bleibt alles beim Alten: "Das System redet von Frieden und produziert Krieg". Und damit das auch perfekt funktioniert, "erhält die äußere Aufrüstung ihre innere Sicherheit."
"Nicht das, was uns droht, sondern daß es einfach so weitergeht, das ist die Katastrophe. Und alles, was sich dem in den Weg stellt, ist Kampf für den Frieden."
Und Kampf ist eine andere Kategorie als Krieg

Dienstag, 26.03. um 21.00

Initiativen und Informationstreffen

Anarchistische Bedürfniswirtschaft Initative Berlin

Die Initiative zur anarchistischen Bedürfniswirtschaft versucht sowohl theoretische Grundlagen zu diskutieren und zu entwickeln, wie auch parktische Ansätze zu initieren und aufzubauen
Alle interessierten Menschen sind hierzu willkommen sich zu informieren und eventuell Kontakt aufzunehmen.
Neben Punkte die aus aktuellem Interesse informiert und diskutiert werden, sind vorgesehen: Grundlagenthema: Tauschwirtschaft als Reaktion auf die soziale Krise des Kapitalismus - anarchistische Kritik.

Aktuelles: Die Idee ein Landhaus im Umkreis von Berlin zu erwerben, auszugestalten und zu betreiben für die Bedürfnisse kurzfristige Erholung, ruhige Arbeitsatmophäre, günstiges Wohnen, Aufbau für Wohn- und Lebensmöglichkeit, Austausch und Treffbereiche außerhalb der Stadt usw.
Das Projekt ist schon konkret angedacht und könnte auch kurzfristig verwirklicht werden.

Mittwoch, 27.3. um 18.00

alle Veranstaltungen im:
Cafe El Locco
Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin, S/U-Bahn Yorckstr.

... und alle gucken zu

Die Autonomen und die PKK

Samstag, 9. März, deutsch-kurdische Frauendemo zum 8. März in Bonn. Wegen der schweren Straftaten (das Zeigen von in diesem Staat verbotenen Winkelementen, ca. 10 mal 15 cm groß) stoppten die Bullen die Demo und wollten alle Teilnehmerinnen einzeln einer Leibesvisitation unterziehen, was diese verständlicherweise nicht so toll fanden. An dieser Bullensperre flog dann im Laufe der 10 Stunden, in der die Demo aufgehalten wurde, das meiste Grünzeug aus dieser Straße auf die grünen Uniformträger, was aber offensichtlich wenig Sachschäden an diesen anrichtete. Zahlreiche Festnahmen und ein gewaltiges Medienecho folgten. Kurdische Gewalttäter schieben schwangere Frauen mit Kinderwagen vor, damit die armen Bullen sich nicht mehr trauen einzugreifen (wie weiland in Wackersdorf Demoverbot für unter 12jährige, damit die nicht mehr dem Wasserwerfer entgegengehalten werden?).

Warum war eigentlich dieser doch recht unautonome Aufruf zu dieser Demo gleich zweimal in der Interim veröffentlicht worden?

Das Medienspektakel von der schrecklichen Straßenschlacht reichte, um die bis dahin erlaubte Demo in Dortmund vom Wochenende zu verbieten.

Am Freitag/Samstag 15./16. März wurden in der ganzen BRD kurdische Menschen auf dem Weg zur oder bei der Demo in Dortmund unter dem Motto "Für eine politische Lösung in Kurdistan" von massiven Bullenaufgeboten aufgehalten, festgenommen, angegriffen und verletzt.

Seit dem frühen Abend des Freitags hatten bis zu 1000 Bullen Kreuzberg belagert, um den Busverkehr zwischen Berlin und Dortmund zu reglementieren. Anfahrende, noch leere Busse wurden an der Grenze Kreuzbergs gestoppt und zum Umdrehen gezwungen, die Sammelpunkte der DemonstrantInnen weiträumig umstellt. Gegen Mitternacht waren 1000 bis 1500 KurdInnen, deren Demonstrationsrecht außer Kraft gesetzt war, in der Glogauer und Wiener Straße und machten mit Sitzblockaden, Parolen und Musik auf ihre Situation aufmerksam. Einzelne, aber nicht sehr koordinierte Angriffe auf die Bullen gab es auch. Im Gegenzug wurde gnädigerweise eine Demo im wandernden Bullenkessel durch Kreuzberg 36 von ein bis drei Uhr nachts erlaubt, der sich dann aus lauter Neugier auch manche Autonome auf dem Rückweg von den freitäglichen Parties anschlossen.

Ähnliches auch in Hamburg. In Kassel wurden sämtliche nichtdeutsch aussehende Menschen nicht aus dem Zug gelassen, in zwei Waggons eingeschlossen und gezwungen, zurück nach Halle zu fahren. An den offenen Grenzen aus Frankreich, Belgien und Holland durfte auch kein kurdischer Mensch einreisen. Terroristischerweise setzten sich die Abgewiesenen nun auf die Straße, während die friedlichen Bullensperren die deutschen Autofahrer nur einige Stunden im Stau stehen ließen. An einem Grenzübergang koordinierten sich die rosa-grüne Landesregierung aus NRW und der BGS so schlecht, daß dort nur wenige Bullen rumstanden. Der dabei demolierte Streifenwagen durchwanderte danach weltweit alle Nachrichten.

In Dortmund selbst gab es eine neue Nachkriegsbestleistung in Massenfestnahmen. Die 1200 vom letzten Jahr aus Essen wurden locker überboten durch fast 2500 eingesperrte Menschen. Zusätzlich durch die repressive Neuerfindung der 90er Jahre, dem Platzverweis, einen neuen Bundesligarekord: 5000 rote Karten an einem Spieltag. Die Bullen hatten 6 blaue Flecken zu vermelden und gleichzeitig sprachen sogar sie von 400 verletzten DemonstrantInnen. Da wissen wir ja schon, was das heißt.

Und wir ?

Wir stehen am Rand der Kreuzberger Demo, gucken die Nachrichten kopfschüttelnd und regen uns beim Zeitunglesen am Frühstückstisch auf. Nur folgt darauf nichts.

200 politische Gefangene in bundesdeutschen Knästen, soviele wie seit 1960 nicht mehr. Ein großer Teil von ihnen sogar noch wegen gewaltfreier Aktionen oder sog. Organisationsdelikten: Besetzung vom türkischen Konsulat in München, angebliche Parteikader, "Spendengelderpressung", schwerer Landfriedensbruch wegen einer drei Reihen weiter vorn geworfenen Flasche und dabei Stehenbleiben. Keineswegs also nur die Kamikaze-Aktionen. Dazu verbotene Zeitungen, Bücher, Presseagentur. Und es folgt immer noch fast nichts von uns.

Klar, mit der PKK wollen die meisten nichts zu tun haben. Die Partei entspricht ja auch wirklich nicht autonomen Ansprüchen. Autoritäre Strukturen, Nationalismus, oft ein traditionelles Frauenbild, ein blöder Chef, Märtyrerhaltung. Die Partei hat immer recht, die einzelnen Menschen verschwinden dahinter. Bei Diskussionen hören wir immer wieder, daß die Partei das so beschlossen hat und es deshalb so sein muß. Selbst die sozialistischen Ansätze verwässern immer mehr. Und dann haben wir bei den Anti-IWF-Aktionen in Berlin gelernt, daß nationale Befreiungsbewegungen eh scheiße sind. Deshalb nichts von uns?

Eine Gruppe namens Komitee (mit ganz vielen Pünktchen) hatte dagegen mit einem PKK-kritischen, aber die Menschen in Kurdistan unterstützenden Ansatz ein Bundeswehrgebäude abgefackelt, stand damit leider ziemlich allein. Es gab zumindest in Berlin nur eine nicht besonders große Demo, die sich auch gegen das PKK-Verbot richtete, aber eine breitere oder länger andauernde Mobilisierung war das nicht. Die sonst so beliebten Bündnisdemos wurden nicht versucht.

Die kurdischen Menschen und Gruppen, die hier die PKK unterstützen, machen in unseren Augen viele taktische und politische Fehler, mit denen sie potentielle UnterstützerInnen verschrecken. Warum muß es trotz eines sich selbst entlarvenden Bullenaufgebotes immer noch ein paar Angriffe geben, die später für den Staat als Rechtfertigung herhalten müssen (das ist natürlich nicht so einfach, wie das hier gesagt wird). Sitzblockaden und Hungerstreiks, aber auch große öffentliche Demos sind meist eher taktisch gewaltfreie Aktionsformen, wobei es keine Frage ist, daß die Leute sich verteidigen können. Gar nicht hingucken können wir, wenn wieder ein paar Leute aus der ersten Reihe unvermummt mit einer Flasche werfen, noch nicht mal ein paar Schritte zur Seite gehen und dann irgendwann später deswegen festgenommen werden. Wir haben unsere Demos natürlich auch nicht unter Kontrolle und alle Leute sind selbst für sich und für das verantwortlich, was sie machen, aber hier haben wir das Vorurteil, daß dafür eher die Anweisungen vom ollen Apo verantwortlich sind, der gern ein paar Märtyrer in deutschen Knästen schaffen will.

Wenigstens gab es ja glücklicherweise schon länger keine Selbstverbrennungen mehr.

Die nächtlichen Angriffe mit Mollis könnten noch besser vermittelt werden. Abgefackelte rechte Vereine, Treffpunkte der Grauen Wölfe oder ähnliches sind völlig o.k., wenn dabei auf benachbart Wohnende geachtet wird. Türkische Reisebüros sind schon schwerer verständlich, weil dort vor allem nichtdeutsche Menschen ihre Reisen in die Türkei buchen. Der deutsche Tourismus als Devisenbringer für die Türkei wird besser in ein paar Urlaubsorten am Mittelmeer verschreckt, auch hier dürfen aber die Bomben nicht ungezielt lebensbedrohlich tagsüber explodieren.

Und ein ganz großes Problem sind die Hinrichtungen an PKK-KritikerInnen in den Jahren um 1986/87 in der BRD. Selbstkritik ist nicht die Stärke der AktivistInnen.

Wir erwarten, daß innerhalb der Linken öfter und offener über unseren Umgang mit der PKK und anderen kurdischen Organisationen geredet wird. Eine Verherr(!)lichung des Befreiungskampfes bringt nichts, ebenso wie die völlige Ablehnung irgendeines Verhaltens dazu. Die BRD ist und bleibt Kriegspartei in Kurdistan und will auch gerne hier Krieg gegen kurdische Menschen und Gruppen führen. Und genau das ist nunmal trotz aller ganz heftiger Kritik an der PKK ein Ansatzpunkt, um hier linke Politik zu machen.

Den Haushalt kippen !

gemeinsam

für eine Umverteilung von oben nach unten

Demonstration

gegen Sozialkürzungen, Ausgrenzung und Hauptstadtwahn

VisdP. RefRat der HUB Tel. 2093.2603/ Unter den Linden 6/ 10099 Berlin